

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: jede Zeile 20 Pf. (zweifache Zeilenbreite) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Des Teufels Paradies.

II.

London, 17. Juli 1912.

Man wird sich erstaunt fragen, wie heute derartige Greuelthaten, von denen der englische Generalkonsul berichtet und die an die Schreckensherrschaft alter orientalischer Despoten erinnern, nur in der Welt möglich sind. Die Antwort darauf ist, daß das System, nach dem eine moderne kapitalistische Handelsgesellschaft mit Hilfe des Auswurfs der Menschheit ein ganzes Volk ausbeutet und ausrottet, in einer Gegend praktiziert wird, die weitab von aller Kultur liegt. Der Distrikt El Putumayo, der nach einem Nebenfluß des Amazonasstroms benannt ist, liegt zwischen dem Äquator, dem 5. Grade südlicher Breite und den 70. und 75. westlichen Längengraden. Er wird bewohnt von vier indianischen Stämmen, die noch zu Anfang des Jahrhunderts zwischen 40 und 50 000 Köpfe zählten, heute aber bis auf 10 000 Männer, Frauen und Kinder ausgerottet worden sind. Das Gebiet machen sich augenblicklich Kolumbianer und Peruaner streitig. Der Mittelpunkt des Gummihandels der Peruvian Amazon Company, die das Gebiet beherrscht, ist Jaitos, das weit über 1000 Kilometer von dem Schauplatz der Greuelthaten entfernt ist. Dies ist auch der Sitz der Familie Arana, die das Gummiland zuerst „erschloß“.

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts drangen einige Kolumbianer in den Putumayo ein. Sie siedelten sich an und bezogen von Jaitos die Waren, mit denen sie mit der indianischen Bevölkerung Kaufhandel trieben. Bald erfuhren die Gebrüder Arana in Jaitos von dem Gummireichtum des Landes. Diese schickten sich darauf an, die kolumbianischen Ansiedler auszurotten und sich die indianische Bevölkerung des Gebietes als Sklaven zu unterwerfen. Sie schickten ihre Agenten nach allen Teilen des Putumayo, die überall Stationen errichteten, Zwangsburgen, von denen aus die friedliche eingeborene Bevölkerung gezwungen wurde, regelmäßig und unentgeltlich Gummi herbeizuschaffen. Ungehorsam wurde mit Auspeitschen, Lösung oder Foltern bestraft. Ueber das System, das von den Gebrüdern Arana und anderen angewendet wird, berichtet Sir Roger Casement: „Es ist etwas ganz Gewöhnliches, am oberen Amazonasstrom zu hören, wie ein Händler von „meinen Indianern“ oder von „meinem Fluß“ spricht. Leute fahren einen bisher unbefiedelten Fluß hinauf oder hinab, setzen sich an seinen Ufern fest, unterwerfen sich den Stamm oder die Stämme des Waldes, zwingen sie, zu ihren Bedingungen zu arbeiten, und von der Zeit ab werden Fluß und Indianer das ausschließliche, efferlich bewachte Gehege des ersten Abenteurers. Der Versuch irgend eines anderen, diesen Fluß hinauf zu fahren, wird als „Räuberei“ betrachtet, und wenn jemand mit den Indianern freundliche Beziehungen anknüpft, ist das ein Verbrechen, worauf die Todesstrafe steht; die, die es versuchen, müssen stets gewärtig sein, ihr Leben zu verlieren. „Gummiräuber“ werden ohne Umstände erschossen, und wenn jemand Indianer „stiehlt“, so hat das blutige Vergeltungsmagel und private Kriege zur Folge, die an die feudalen Konflikte des früheren Mittelalters erinnern. Wenn ein indianischer Stamm einmal „erobert“ ist, wird er das ausschließliche Eigentum des erfolgreichen Angreifers und dieser ungezügelter Anspruch wird in einem weit ausgedehnten Gebiete, das nicht allein den Putumayo umfaßt, als ein Recht anerkannt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß weder die Gesetze Perus, noch die irgendeiner der anderen Republiken, die sich in der Oberherrschaft über die entfernten Wälder teilen, dieses Recht anerkennen. Der durch lange Ueberlieferung sanktionierte Brauch und eine uralte Sitte, deren Grundriss ist, daß der Indianer keine Rechte hat“, sind weit stärker als das entfernte Gesetz, das selten zur Anwendung gelangt. Es ist mir mehr als ein Fall mitgeteilt worden, in dem Magistrate tatkräftig einschritten, um fortgelassene Indianer zu fangen oder sie zu zwingen, in die Knechtschaft, der sie entflohen waren, zurückzukehren, und zwar in Gebieten, die weit wirksamer verwaltet werden, als der Putumayo. Aufforderungen an die eingesetzten Behörden, Fälle dieser Art zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen, sind in mehr als einem mir bekannten Fall ohne Erfolg geblieben. Die eingebürgerte Sitte war weit stärker als das Gesetz.“

Dieses von dem englischen Generalkonsul geschilderte „feudale“ Ausbeutungssystem wurde von den Gebrüdern Arana im Anfang des Jahrhunderts im Putumayo eingeführt. Die Greuelthaten, die es im Gefolge hatte, wurden bald in den benachbarten Republiken bekannt. Schon vor etwa sieben Jahren erzählte uns ein Bekannter aus der Republik Kolumbien von der unglaublich klingen, barbarischen Behandlung der Eingeborenen im Putumayo. Aber nichts geschah, um dem Treiben der Gebrüder Arana Einhalt zu gebieten. Im Jahre 1907 veränderte sich die Firma G. Brüder Arana in eine englische Gesellschaft, die ihren Sitz in London nahm und sich unter dem Namen The Peruvian Amazon Company zwei englische Direktoren zulegte. Drei Jahre später erfolgten die erstaunlichen Enthüllungen des amerikanischen Reisenden Hardenberger, die zu der vorliegenden Untersuchung durch einen angesehenen Beamten der englischen Regierung führten. Die Heiligkeit Sir Roger Casements

sind übrigens von einer von der peruanischen Regierung eingesetzten gerichtlichen Untersuchungskommission vollkommen bestätigt worden. Es scheint aber, als ob die peruanische Regierung die Verbrecher entweder nicht zur Rechenschaft ziehen will oder kann. Ihre Bemühungen, des „Teufels Paradies“, wie der Putumayo in Südamerika genannt wird, zu reformieren, scheinen keinen Erfolg gehabt zu haben. Es muß dort augenblicklich schlimmer hergehen denn je zuvor. Wie Sir Edward Grey in seiner letzten nach Washington geschickten Note bemerkt, betrug die Ausfuhr an Gummi von Jaitos vom 1. Januar bis zum Ende des Monats April dieses Jahres ebensoviel, wie die ganze Ausfuhr des Jahres 1911.

In England schickt man sich jetzt an, eine katholische Mission nach dem Putumayo zu schicken; die Peruaner lassen bezeichnenderweise nur katholische Missionäre ins Land. Was die Mission ausrichten soll, ist nicht recht klar. Soll sie die menschlichen Bestien, die die Peruvian Amazon Company als ihre Agenten anstellt, bekehren? Oder soll sie etwa die unglücklichen Heiden beten lehren wie die Vorfahren der märkischen Bauern beteten: Vor den Agenten der Peruvian Amazon Company bewahr uns, lieber Herrgott? Ob sich der von dem englischen Generalkonsul gefennzeichnete Bandit Normand viel daraus machen wird, einem Missionar eine Kugel durch den Kopf zu jagen oder ihn zu vierteilen? Das beste wäre wohl, man schickte eine Schar streitbarer Missionare, die gute Schützen sind und die noch lebenden Eingeborenen von ihren Peinigern befreien könnten! Und sollte sich denn wirklich nicht eine internationale Intervention zustande bringen lassen, die so rasch und so energisch als möglich die unbeschreiblichen Verhältnisse unterdrückt?

Auftrag im englischen Parlament.

London, 16. Juli. (Unterhaus.) An das Auswärtige Amt wurde heute eine große Anzahl von Anfragen gerichtet, die das lebhafteste Interesse an den in den Gummibezirken von Putumayo an den Indianern begangene Grausamkeiten betrafen. — Parlamentarischer Untersekretär Acland erklärte: Einer der Gründe bei der kürzlich erfolgten Herausgabe eines Blaibuchs sei die Absicht gewesen, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu beeinflussen, die besser Gelegenheit hätten, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen, als irgend eine andere interessierte Regierung. Der Unionist Sandys stellte erstmals die Anfrage, ob der Minister des Reiches Grey seine Aufmerksamkeit der Artikel der deutschen Presse gewidmet habe, die behaupteten, daß britische Untertanen die Grausamkeiten in Putumayo begangen hätten; zweitens, ob in dem Blaibuch nicht vollständig klar auseinandergesetzt worden sei, daß die britische Regierung jede in ihrer Macht liegende Maßnahme ergriffen habe, um die peruanische Regierung zur Beseitigung der in Putumayo vorhandenen Zustände zu veranlassen; drittens, ob die einzigen in Betracht kommenden britischen Untertanen eine Anzahl von Eingeborenen aus Barbudos seien; und viertens, ob er die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diese Angelegenheit lenken wolle, da die falschen Darstellungen der deutschen Presse, wenn ihnen nicht widersprochen wird, geeignet seien, die öffentliche Meinung Deutschlands ungünstig zu beeinflussen.

Acland erwiderte: Ich weiß nicht, ob Grey die in Frage kommenden Artikel gesehen hat. Aber wir haben keine Mitteilung über die Sache von unserem diplomatischen Vertreter in Berlin erhalten. Die tatsächlichen Erklärungen in dem zweiten und dritten Teil der Anfrage Sandys sind vollständig richtig. Es sind von Engländern keine Grausamkeiten irgend welcher Art begangen worden. Was den letzten Teil der Anfrage betrifft, so denke ich, daß die von Sandys auf die Sache gelenkte Aufmerksamkeit genügen wird, um den irrigen Eindruck, der vielleicht durch unvollständiges Lesen des Blaibuchs entstanden sein mag, richtig zu stellen. Ich habe keinen Grund, zu behaupten, daß mit Absicht falsche Darstellungen gegeben worden sind.

Eine Wohnungsaufsicht für Berlin.

Gegenüber dem Wohnungselend, das an der Volksgeundheit zehrt, bieten die Abhilfsvor schläge bürgerlicher Wohnungsdreformer wenig Aussicht auf Erfolg. Eine durchgreifendere Wirkung ist davon zu erwarten, daß einmal Grund und Boden in den Besitz der Gesamtheit kommen, wie das die Sozialdemokratie fordert. Aber zur Vinderung schlimmster Anwohner des Wohnungselends kann doch auch schon unter den bestehenden Verhältnissen manches getan werden, wenn man nur will.

Auf diesem Gebiete sich zu betätigen, ist eine lohnende Aufgabe für die Gemeindeverwaltungen. Freilich hat gerade die Wohnungsfrage den meisten Gemeindevertretungen — zur Freude des Hausagariertums, das in ihnen konzentriert — nur zu lange als ein „Ullmlein Mühl“ nicht an! gegolten. Selbst die Einrichtung kommunaler Wohnungsämter, die vor allem eine regelmäßige Wohnungsaufsicht zu führen haben, wurde schon als eine beinahe revolutionäre Tat angesehen.

Endlich soll nun auch die Stadt Berlin — nachdem zahlreiche andere Städte, z. B. auch Charlottenburg, vorgegangen sind — ein Wohnungsamt erhalten, dem die Wohnungsaufsicht zu übertragen wäre. Wieder einmal hat hier die Sozialdemokratie, die seit einer langen

Reihe von Jahren für diese Forderung eintrat, sich als treibende Kraft bewährt. Als im September vorigen Jahres die Berliner Stadtverordneten-Versammlung über einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verhandelte, der von der Stadt die Errichtung eines Wohnungsamtes mit Wohnungsaufsicht sowie eines unentgeltlichen Wohnungsnachweises für kleinere Wohnungen forderte, erinnerte unser Redner Genosse Heilmann an die Wohnungsnotdebatten der Jahre 1900 und 1901. Er stellte fest, daß damals, zur Zeit der ärgsten Wohnungsnot in Berlin, die Stadtverordnetenversammlung ähnliche Anträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt hat. Den Verdacht, daß der Magistrat seitdem in dieser Frage sich untätig verhalten habe, suchte Stadtrat Fischbeil zu entkräften. Im Ton gekränkter Stolz erklärte er, der Magistrat habe ständig sich weiter informiert, und gerade jetzt sei die Sache nahe der Entscheidung.

Man weiß ja, daß bei dem Magistrat unserer Stadt Berlin so viele Dinge, die längst erledigt sein müßten, seit Jahren „in Vorbereitung“ sind. Diesmal indes waren die Vorbereitungen wirklich so weit gediehen, daß schon am 6. Oktober 1911, acht Tage nach jener Stadtverordnetenversammlung, in der Magistrat vorerst grundsätzlich die Einführung einer kommunalen Wohnungsaufsicht, aber nicht auch eines Wohnungsnachweises, beschlossen wurde. Inzwischen ist nach Verlauf von neun Monaten der Magistrat mit seinen weiteren Vorbereitungen dahin gelangt, daß er am 28. Juni 1912 beschloß, bei der Staatsregierung zunächst die Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadtgemeinde zu beantragen, weil das Wohnungsamt nicht ohne Polizeibefugnisse eine Wohnungsaufsicht erfolgreich ausüben könne. So weit sind wir jetzt glücklich, und man wird nun abwarten haben, wann und wie die Sache weitergehen wird.

Einstweilen hat der Magistrat den Stadtverordneten zur Information ein „Gutachten zur Einführung der Wohnungsaufsicht in Berlin“ überreicht, das vom Magistratsassessor Dr. Spiegel ausgearbeitet worden ist. Man darf annehmen, daß es im ganzen die Ansichten wiedergibt, die im Magistratskollegium eine Mehrheit gefunden haben.

Das Gutachten äußert in einem allgemeinen Teil sich zunächst über die Ziele und möglichen Erfolge einer Wohnungsaufsicht. An die Spitze stellt es die Förderung der Frage, ob auch die Nachweisung von Wohnungen damit zu verbinden sei und sich bewähren würde. Nur bei Wohnungsmangel werde ein Nachweis kleiner Wohnungen nötig sein und viel benutzt werden, ein Wohnungsmangel bestesse aber seit längerer Zeit in Berlin nicht. Auch sei der Wohnungsmarkt für Groß-Berlin einheitlich, im großen und ganzen bleibe die Bevölkerungsbewegung nicht an die Grenzen der einzelnen Gemeinden gebunden. Hieran werden die folgenden, ein bißchen sehr ostentativ klingenden Ausführungen geknüpft: „Wenn auch die Gemeinde die Pflicht hat, für angemessenes Unterkommen ihrer Angehörigen zu sorgen, so ist doch keinerlei Anspruch der Kreise, die weit über das Bedürfnis hinaus und zum Schaden des platten Landes in die Großstadt strömen, anzuerkennen, in der Großstadt oder gerade in der politischen Gemeinde Berlin untergebracht zu werden. Ist es der Stadtgemeinde Berlin infolge der Größe der Bevölkerung und technischer Schwierigkeiten auch nicht möglich, von der Bestimmung des § 4 des Freizügigkeitsgesetzes Gebrauch zu machen und arbeitsfähige Personen zurückzuweisen, so kann man es andererseits auch nicht als ihre Aufgabe betrachten, einen über das Bedürfnis stehenden Zugang innerhalb ihres Reichsbildes unterzubringen.“ Trotz Charlottenburg, das zu seinem Wohnungsamt auch einen eigenen Wohnungsnachweis hat, kommt das Gutachten zu dem keineswegs einwandfreien Schluß, Berlin brauche zunächst keinen Nachweis und ein einheitlicher Nachweis für Groß-Berlin habe vielleicht keinen Zweck.

Die Wohnungsaufsicht, deren Einführung allerdings nicht von der Zutat eines Wohnungsnachweises abhängen braucht, wird in dem Gutachten als ein Teil der kommunalen Boden- und Wohnungspolitik betrachtet, aber — mit Recht — nur zu den „kleinen Mitteln“ gezählt. Als „große Mittel der Wohnungspolitik“ werden genannt: „Baupolizeiordnung, Fluchtlinienpläne, Verkehrspolitik (Verbindung der Wohngegenden mit den Geschäftszentren), Erstellung von Kleinwohnungen durch die Gemeinde, Vergebung von Grund und Boden in Erbbaurecht und zu Wiederkaufrecht, Unterstützung gemeinnütziger Bautätigkeit, endlich die Erbauung von Ledigenheimen und dergleichen.“ Sinterher werden freilich gerade gegen ein paar der größeren dieser Mittel — gegen die Wohnungsproduktion durch die Gemeinde, sowie gegen die Vergebung von Grund und Boden zu Erbbaurecht und Wiederkaufrecht — allerlei Einwendungen vorgebracht. Es bleibe, lesen wir da, „zu bedenken, ob die vollkommene Errichtung von Wohnhäusern seitens der Gemeinde nicht zu einem etwas weitgehenden Munizipal-Sozialismus führt“. Nur als Ausnahmemäßregel bei größerer Wohnungsnot oder ungenügender Spekulation möge das seine Berechtigung haben. Die Vergebung von Grund und Boden werde in Berlin daran scheitern, daß es hier an Bodenreserven innerhalb des Reichsbildes fehle. Gegen den Vorschlag, z. B. auf Berlins Grundbesitz in Treptow vorbildliche Kleinwohnungen zu schaffen, wird erwidert, es scheine „nur die

Aufgabe der Gemeinde, die Wohlfahrtszwecke ihrer eigenen Mitglieder zu fördern und daher nicht anständig, einfach für die Angehörigen einer anderen Gemeinde Ausgaben zu machen." Man sieht, die kommunalfreie Wohnungspolitik will im Rahmen des Reichsrechts bleiben. Und daß die Stadtgemeinde selber als Bauherr und Hauswirt sich an der Wohnungsproduktion beteiligen und den Wohnungsmarkt beeinflussen sollte, das gehört vollends nicht in das Programm dieser Wohnungspolitik hinein, die vom „Municipalsozialismus“ abriden zu sollen glaubt.

Bis auf weiteres müssen wir also zufrieden sein, daß wenigstens gegen das kleine Mittel der von einem Wohnungsausschuss überwachten Wohnungsaufsicht nichts „Grundständiges“ mehr eingewendet wird. Unter den Aufgaben des Wohnungsamtes ist die Beschaffung von statistischem Material, das zur Beleuchtung der Zustände des Wohnungswesens dienen kann, nicht die wichtigste. Das Gutachten nimmt sogar an, daß für die Wohnungsstatistik die Tätigkeit des Amtes nicht allzu hoch veranschlagt werden dürfe. Wichtiger sei die Wohnungsinspektion, die Sorge für die Beseitigung der vorgefundenen Mängel, die teils auf baulichen Mängeln des Hauses, teils auf „Wohnungsunsitten“ der Mieter beruhen können. Ueber die „Wohnungsunsitten“ wird gesagt: „Hinsichtlich der schlechten, ungeeigneten Behandlung der Wohnungen (große Wäsche in der Wohnung, mangelhaftes Lüften und dergleichen, Nichtbenutzung einer sogenannten „guten Stube“ und Zusammenpferdung der Familienmitglieder in den übrigen Räumen, mangelhafte Geschlechtertrennung usw.) kann viel Erziehungsarbeit am Volke geleistet werden, und hier wird auch die Mitwirkung von Frauen wertvolle Dienste leisten können.“ Dahinter steht dann der einschränkende Zusatz: „Hier wird man allerdings teilweise die Erfahrung machen, daß die Wohnungsfrage ein Teil der sozialen Frage ist, und daß sie lösen, die soziale Frage überhaupt lösen heißt.“ Gemeint ist vermutlich: daß die soziale Frage überhaupt lösen, auch die Wohnungsfrage lösen heißt.

Im Kampf gegen die Wohnungsüberfüllung wird in der Tat das Wohnungsamt nur zu bald sich an der Grenze seiner Macht sehen, wenn für eine vielföpfige Familie mit geringem Einkommen eine ausreichende große Wohnung beschafft werden soll. Mietszuschüsse von der Armenverwaltung zu beanspruchen, werden im allgemeinen von den Wohnungsämtern vermieiden, hebt das Gutachten hervor. Das liege auch nicht im Sinn der Bevölkerung, die dadurch ihrer politischen Rechte verlustig gehe. Auch werde man gesunde Familienverhältnisse nicht ohne weiteres wegen Kinderreichtums die Sorgen und Verantwortung für die Familie abnehmen dürfen.“ Nein, wirklich nicht! Der Besitzlose hat den Nachdruck des Volkes zu liefern, damit es an Ausbeutungsobjekten und eventuell auch an Kanonenträgern nicht fehlt. Aber die Aufzucht hat er selber zu bezahlen.

Zu den besonderen Aufgaben gehört die Beaufsichtigung des Schlafstellenwesens, die in Berlin der kommunalen Wohnungsaufsicht ein weites Feld der Betätigung bieten wird. Das Gutachten sagt, das Ziel könne nicht sein, die mehr als 100 000 Schlafleute Berlins möglichst aus den Schlafstellen zu vertreiben. Es werde nicht möglich sein, sie alle in Ledigenheimen unterzubringen. Die Verhältnisse des Schlafstellenwesens seien notorisch, aber der Anstoß des Schlafgängers an die Familie habe doch auch seine freundlichen Züge. Auch hier werde die wirtschaftliche Lage die Ziele und den Inhalt der Wohnungsaufsicht begrenzen müssen.

In dem Abschnitt über die rechtlichen Grundlagen der Wohnungsaufsicht wird auch die Frage einer Heranziehung der Polizei behandelt. Die Wohnungsaufsicht sei als kommunale Einrichtung gedacht, bei der das polizeiliche Moment möglichst in den Hintergrund treten solle. Die Bevölkerung solle in den Beamten des Wohnungsamtes einen Helfer und Berater, aber einen polizeilichen Kontrolleur erblicken. Nur im äußersten Fall, wenn alle Mittel des Zuspruchs und der Belehrung versagen, dürfe zur zwangsvollen Durchführung die Polizei zu Hilfe gezogen werden.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen wird die Frage der praktischen Ausgestaltung erörtert. Die Wohnungsaufsicht solle sich nur auf die Kleinwohnungen erstrecken, auf Wohnungen mit höchstens zwei heizbaren Zimmern. Man finde ja die durch eine Wohnungsaufsicht zu bekämpfenden Schäden, die baulichen Mängel, die Überfüllung usw., fast nur in den kleinsten Wohnungen. Bei der Beaufsichtigung der Kleinwohnungen werde das Schlafstellenwesen von vornherein Beachtung finden, doch sei eine systematische Beaufsichtigung des gesamten Schlafstellenwesens zu wünschen. Dagegen sollte man das Wohnungsamt nicht mit einer besonderen Aufsicht über Chambergarnisierquartiere belasten. Auch die Schlafräume der Dienstboten seien der Wohnungsaufsicht zu unterstellen, während die Beaufsichtigung der Schlafräume der bei Arbeitgebern wohnenden Gehilfen, Lehrlinge usw. eine Frage der Gewerbepolitik bleiben müsse.

Durch statistische Angaben, die leider erst den Ergebnissen der Volkszählung von 1905 entnommen werden konnten, soll der Umfang einer Wohnungsaufsicht für Berlin beleuchtet werden. Mehr als drei Viertel aller Berliner Wohnungen (rund 78 Proz., 408 576 von damals überhaupt 524 441 bewohnten Wohnungen) waren Kleinwohnungen, die höchstens bis zwei heizbare Zimmer hatten. In ihnen hausten ziemlich drei Viertel der gesamten Bevölkerung (rund 73 Proz., 1 484 457 von damals 2 040 148 Einwohnern Berlins). Die große Mehrheit der Wohnungen wie der Bevölkerung wäre hiernach Gegenstand der Wohnungsaufsicht. Wieviel von den damals 26 424 bewohnten Grundstücken und ihren Besitzern von der Wohnungsaufsicht getroffen werden, läßt sich nicht sagen. Es würde aber auch in diese „höcherrschäftliche“ Häuser hineingeleuchtet werden, weil ja z. B. die „Portierwohnungen“ meist zu den kleinsten Wohnungen gehören. Ohne Ansehung der Größe wären über 60 000 Wohnungen mit Schlafleuten der Wohnungsaufsicht unterstellt, von der allerdings die meisten schon deshalb berücksichtigt werden, weil sie Kleinwohnungen sind. Die Fürsorge für die Schlafräume der Schar von Dienstmädchen und Wirtschaftlerinnen, von Aufsehern und Chauffeurs wird auch in die Wohnungen der Wohlhabenden die Beamten des Wohnungsamtes hineinführen, gewiß zum Verdruß mancher „Gnädigen“, die bisher über den Begriff „Gesindegelack“ ihre eigenen Anschauungen hatte.

Das Gutachten streift auch den bekannten Streit um die Frage, wieviel Wohnungen in Groß-Berlin überfüllt seien. Es stellt sich — den Hausagrarern wird das eine

Genehmigung sein — nicht auf die Seite des Propaganda-ausschusses Groß-Berlin. Für Berlin allein werden nur 24 102 Kleinwohnungen mit 163 470 Bewohnern herangezogen, weil eine Wohnung mit einem heizbaren Zimmer erst bei mehr als fünf Bewohnern und eine Wohnung mit zwei heizbaren Zimmern erst bei mehr als zehn Bewohnern „überfüllt“ sei. Bei solchen Wohnungen werde das Wohnungsamt besonderen Anlaß zum Einschreiten haben.

Bezüglich der für die Wohnungsaufsicht nötigen Bestimmungen wird die Frage erörtert, ob beim Polizeipräsidenten eine als Polizeiverordnung zu erlassende „Wohnungsordnung“ zu erlassen sei. Sie könne die Arbeit erleichtern, werde aber leicht zur Schematisierung führen. Nötig seien aber mindestens Normativbestimmungen des Wohnungsamtes, zu deren Durchführung die Polizei ihre etwa erforderliche Hilfe zusagen müsse. Das Charlottenburger Wohnungsamt, dessen Einrichtungen überall zur Vergleichung herangezogen werden, hat eigene Bestimmungen über den baulichen Zustand der Wohnungen wie über die Art ihrer Benutzung. Für das Schlafstellenwesen fordert das Gutachten schärfere Polizeiverordnungen zum Schutze der Schlafleute und auch des Quartiersgebers. Für die Beseitigung der Wohnungen wird nach den guten Erfahrungen, die anderwärts gemacht worden sind, keine Schwierigkeit erwartet. Von minder guten Erfahrungen wird die allerdings interessante Anekdote eines Charlottenburger Wohnungspflegers angeführt, die etwaige Neigung zum Widerstand gegen die Wohnungsaufsicht wache mit der — Bildung der Mieter.

Die Organisation des Wohnungsamtes ist so gedacht, daß die Wohnungsaufsicht durch Berufsbeamte ausgeübt werden soll, wobei eine ehrenamtliche Mitwirkung des Laienelements nicht ausgeschlossen zu werden braucht. Neben systematischen Besichtigungen der Wohnungen ganzer Stadtteile seien bei Anzeigen außerordentliche Kontrollen vorzunehmen. Die systematische Beaufsichtigung werde im Jahre sich auf nur etwa 5 Proz. der Kleinwohnungen, 20 000 von über 400 000 Kleinwohnungen erstrecken können. Erforderlich seien dazu 8 Wohnungsinspektoren (Architekten), die jeder pro Jahr 2000 Wohnungen besichtigen sollen, außerdem 12 Wohnungsamtsgehilfen (Techniker), denen besonders die Kontrolle der Schlafstellen übertragbar werden soll. Als Chef sei ein Wohnungsamtsvorsteher nötig, der höherer Baubeamter oder Verwaltungsbeamter sein könne. Organe der ehrenamtlichen Mitwirkung sollen die über das ganze Stadtgebiet verteilten Wohnungskommissionen sowie eine Verwaltungsdeputation sein. Die Einziehung von Frauen sei für die Kommissionen erwünscht, aber für die Deputation nicht nötig. In der Deputation müsse auch ein Vertreter der Krankenkassen sitzen.

Die gesamten Kosten werden auf mindestens 115 000 Mark pro Jahr berechnet. Ohne bedeutende Ausgaben sei in einer Stadt wie Berlin an eine befriedigende Wohnungsaufsicht nicht zu denken, schließt das Gutachten.

Bis das Wohnungsamt zustande kommt, wird wohl noch viel Wasser die Spree hinablaufen. Die Hausbesitzer werden ja sehr erfreut darüber sein, daß die Mieter über „Wohnungsunsitten“ belehrt werden sollen, aber ganz und gar nicht darüber, daß man ihnen selber die Vermietung erbärmlicher Lächer erschweren will. Die allererbärmlichsten finden sich im ältesten Berlin in ganz kleinen Häusern, die längst abbruchreif sind, aber keinen Käufer finden. Sie legen den Gedanken nahe, daß die Stadt diese Ruinen ankauft und niederreißt. Das Gutachten weist auf diesen Ausweg hin und auf die Möglichkeit, durch die Ermittlungen des Wohnungsamtes derartige Maßnahmen zur Sanierung ganzer Stadtteile anzubahnen.

Es ist gewiß, daß das Wohnungswesen eine Begleiterscheinung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist und erst mit dieser ganz verschwinden wird. Aber die schlimmsten Auswüchse aufzudecken und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung darzutun, das kann schon eine geregelte Wohnungsaufsicht leisten. Die Grenzen ihrer Erfolge kennen wir, und wir haben sie oben bereits hervorgehoben. Wir überschätzen den Nutzen einer Wohnungsaufsicht nicht, aber wir erwarten von ihr, daß sie manches im Berliner Wohnungswesen bessern wird.

Der Krieg.

Ein neuer italienischer Angriff auf die Dardanellen?

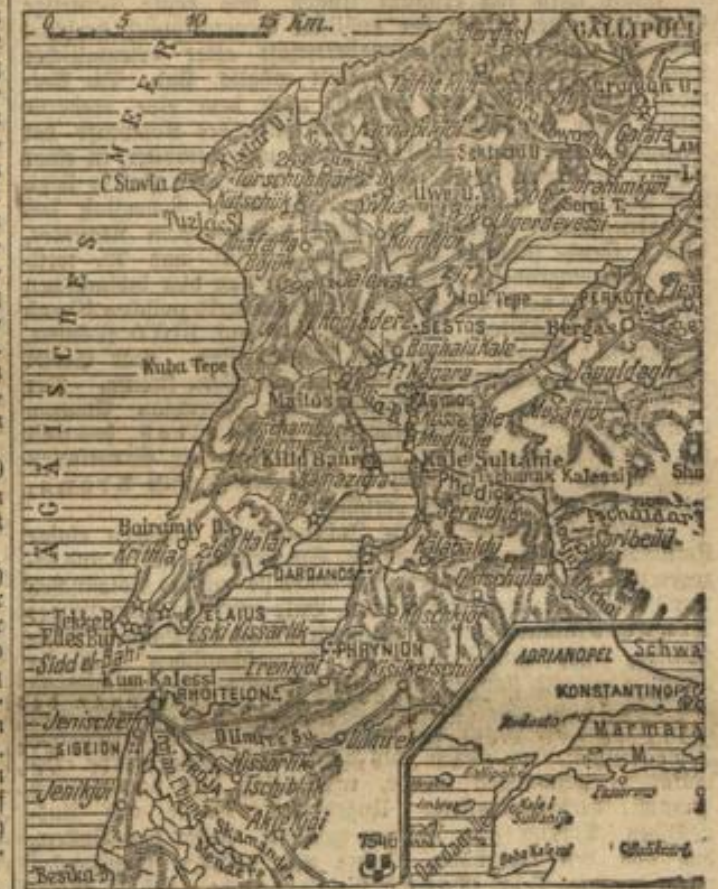
Ganz unerwartet trafen im Laufe des Freitags Telegramme aus Konstantinopel ein, die von einem Angriff italienischer Torpedoboote auf die türkischen Forts am Eingange der Dardanellen berichteten. Die türkische Küstenartillerie habe den italienischen Torpedoboote aber derart zugehört, daß eins, nach anderer Besart sogar zwei in Grund gebohrt, die anderen schwerbeschädigt wieder davon gedampft seien. Merkwürdigerweise lagen aber bis Freitagabend 9 Uhr weder von türkischer noch von italienischer Seite genaue Nachrichten über den Angriff vor, ebenso wenig erhielt man Klarheit darüber, ob sich hinter den Torpedoboote ein größeres italienisches Geschwader zum Angriff auf die Forts bereit gehalten habe. Das Ganze scheint demnach auf eine sensationelle Stimmungsmache hinausgelaufen.

Begreiflich wäre schon, wenn Italien die augenblickliche Verfahrtheit der inneren türkischen Politik zu einem energischen Vorstoß auf die empfindlichste Stelle der Türkei, eben die Dardanellen, benutzen würde. Aber ein gewalttames Eindringen in die Meerenge wäre nicht nur militärisch ein gewagtes Unternehmen, denn die Türken haben die Forts mit moderner Artillerie armiert, sondern es könnte auch politisch gerade das Gegenteil von dem erreicht werden, was man erreichen wollte. Die feindlichen Parteien der Türkei, vor allem das jungtürkische Komitee, würden sich sofort erheben, wenn sich der Feind Eingang in die Dardanellen erzwingen wollte. Es hat daher auch mehr den Anschein, als ob die Sensationsmeldungen von türkischer Seite lanciert worden sind, um eine Ablenkung von den inneren Wirren, der Offiziersrevolte usw., zu erzielen.

Natürlich ist ein Angriff auf die Dardanellen auch von großer internationaler Bedeutung, und die Alarmnachrichten haben überall die größte Aufregung hervorgerufen, weil die Forcierung der Dardanellen das europäische Gleichgewicht ins Wanken bringen würde. Die Beherrschung der Dardanellen ist für den Bestand der europäischen Türkei eine Lebensfrage. Gelingt es einer Flotte, durch die Meerenge hindurch zu kommen und vor Konstantinopel vor Anker zu gehen, so wäre damit die ganze internationale Orientpolitik vor folgenschwere

Konflikte gestellt. Bis jetzt haben die einander widerstrebenden Interessen der Großmächte der Türkei seit mehr als siebenzig Jahren die Sicherheit der Dardanellen garantiert. Der im Jahre 1841 abgeschlossene Dardanellenvertrag bestimmte, daß keine fremden Kriegsschiffe in die Meerenge einfahren dürften, wenn die Pforte nicht ihre Genehmigung dazu gab. Dieser Vertrag ist später mehrmals, zuletzt im Jahre 1878 auf dem Berliner Kongreß bestätigt worden. Am schmerzlichsten empfand Rußland diesen Zustand, wurde doch seine Schwarzmeer-Flotte in diesem Vinnengewässer festgelegt und von der Verbindung mit dem Mittelmeer abgeschlossen. Allerdings wurde im Jahre 1891 zwischen Rußland und der Türkei ein Vertrag geschlossen, nach dem die russische Freiwilligenflotte, sofern sie die Handelsflagge führt, durch die Dardanellen hindurchfahren darf. Sind aber Soldaten an Bord der russischen Schiffe, so muß die Pforte davon benachrichtigt werden. Auf diese ungewissen Bestimmungen sind die Intrigen Rußlands zurückzuführen, die bei der ersten Dardanellensperre im April dieses Jahres die internationale Lage beunruhigten.

Ob die Türkei auch jetzt wieder die Dardanellen für den ganzen Schiffsverkehr, also auch für Handelschiffe, durch Seeminen usw. sperren wird, läßt sich aus den vorliegenden Meldungen nicht feststellen. Jedenfalls würde der internationale Handel jetzt nicht so schwer unter einer solchen Maßnahme zu leiden haben wie im April. Die russische Getreideernte des Vorjahres ist inzwischen vollständig verfrachtet und befördert worden, und die neue Ernte kann vor Ende August kaum für den Export in Frage kommen. Der ökonomische Schaden einer Dardanellensperre würde also für die nächste Zeit für Länder, die auf russisches Getreide angewiesen sind, nicht allzu groß sein.



Die Dardanellen und ihre Befestigungen.

Türkische Meldungen über den Angriff auf die Dardanellen.

Konstantinopel, 19. Juli. Heute früh 1 1/2 Uhr haben acht italienische Torpedoboote die Dardanellen zwischen Soganaligere und Baufschichte angegriffen. Die Festungswerke erwiderten das Feuer. Zwei Torpedoboote sollen gesunken, sechs beschädigt worden sein.

Wie berichtet wird, hat der Ministerrat beschlossen, die Dardanellen vollkommen zu sperren.

Konstantinopel, 19. Juli. Die Nachricht von der Schließung der Dardanellen wird bemerkt. Die Pforte hat noch keinen Beschluß gefaßt. Man erklärt, daß sie für den Augenblick auf die Schließung verzichtet. — Hier geht das noch nicht offiziell bestätigte Gerücht, die italienische Flotte habe am Morgen den Angriff auf die Dardanellen wieder aufgenommen.

Die italienische Darstellung.

Rom, 19. Juli. Die Agenzia Stefani meldet aus Konstantinopel: Derselben von den Dardanellen meldeten nachts eine Kanonade, die bei den Forts am Kumsaleh stattfand. Nach einem Gerücht soll es sich dabei um eine Aufstandsbewegung in der türkischen Armee oder Marine gehandelt haben. Einem anderen Gerücht zufolge seien fünf italienische Torpedoboote vergangene Nacht 1 Uhr vor Fort Kumsaleh erschienen, und das Fort hätte ein Feuer auf sie eröffnet, das nach einer Stunde eingestellt worden sei.

Rom, 19. Juli. Bei der Regierung ist, wie die Agenzia Stefani berichtet, nichts über eine Aktion von italienischen Torpedoboote vor den Dardanellen bekannt. Der Kommandant der Flotte war allerdings darüber informiert, daß, wie dies auch ausländische Zeitungen berichteten, türkische Torpedoboote die Dardanellen verlassen hätten, um einzelne italienische Flotteneinheiten anzugreifen. Es ist daher möglich, daß italienische Torpedoboote ihnen entgegengefahren sind. Da es aber unsinnig wäre, anzunehmen, fünf Torpedoboote wollten die Dardanellen forcieren, so ist das Bombardement von Seiten der Forts entweder mit der jetzt herrschenden Panik zu erklären oder es wurde mit wohlüberlegter Absicht gefaßt, um einen Vorwand für eine erneute Schließung der Dardanellen zu schaffen, wie dies bereits durch die Depesche als Beschluß des zurücktretenden Kabinetts gemeldet worden war.

Die türkische Ministerkrise.

Konstantinopel, 19. Juli. Infolge des Angriffs der Italiener auf die Dardanellen dauerte der heutige Ministerrat die ganze Nacht an.

Nach dem Ministerrat machten die Minister die Mitteilung, daß Tewfik Pascha das Großwesirat angenommen habe. Konstantinopel, 19. Juli. Die leitenden Kreise der jungtürkischen Partei erklären, entschlossen zu sein, sich mit aller Entschiedenheit einer Auflösung der Kammer zu widersetzen, welche Maßnahme dann nötig werden könnte, wenn das neue Kabinett aus Persönlichkeiten gebildet würde, die außerhalb der jungtürkischen Partei seien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juli 1912.

Wilhelm II. gegen Bodman.

Seitdem der badische Minister von Bodman sich hat verleiten lassen, der Wahrheit die Ehre zu geben und die Sozialdemokratie als eine großartige Bewegung zu bezeichnen, ist er für die Junker und Merkale der schwarze Mann, an dessen Sturz sie unermüdet arbeiten. Nun scheinen sie dem Ziele nahe zu sein und es ist für die deutschen Zustände im allgemeinen und die badischen im besonderen charakteristisch, wie sie zu diesem Ziel gelangen. Auch in dem angeblich demokratischen Musterlande hat nämlich die Volksvertretung keinen Einfluß auf die Besetzung des Ministeriums. Niemand ist es auch dort der Monarch, der sich seine Dandlanger nach eigenem Willen aussucht und sie auch einer widerstrebenden Kammer aufdringt. Denn daß die Kammer es auf einen Verfassungskampf ankommen ließe und ein parlamentarisches Regierungssystem durchzusetzen trachtete, daran ist ja nicht zu denken; denn dazu fehlt es den badischen Liberalen an der nötigen Courage.

So haben die Junker und Merkale ein verhältnismäßig leichtes Spiel. Sie brauchen nur ihre höfischen Beziehungen zu benutzen, um ihnen unbecommene Männer zu beschaffen und ihre Kreaturen an deren Stelle zu setzen. In Baden selbst finden sie in diesem Bestreben beim Großherzog Friedrich II. so viel Verständnis, als sie nur immer wünschen können. Denn Friedrich II. ist ein Feind der Sozialdemokratie, dem die sogenannte Großblockade der badischen Liberalen von jeher verhaßt ist. Den Bestrebungen der badischen Reaktionskräfte kommen auch mächtige Einflüsse von Berlin aus zu Hilfe. Kürzlich hatte das „Berliner Tageblatt“ von dem „scharfen Wind von Norden“ gesprochen, der Herrn v. Bodman wegwehen werde. Und die „Frankf. Zeitung“ schreibt:

„Mit dem „Wind von Norden“ sind vermutlich nicht Berliner Einflüsse und Anschauungen im allgemeinen zu verstehen, sondern eine ganz bestimmte, gegen Herrn v. Bodman gerichtete Keuherung einer ganz bestimmten Stelle. Wir haben damals aus Rücksicht nicht gegenüber Bodman, sondern gegenüber derjenigen Stelle, der man die Worte zuschreibt, geschwiegen, in der sicheren Annahme, daß diese Keuherung gerade wegen ihrer jedes Maß überschreitenden Tonart auf ernsteste Entschlüsse einen Einfluß nicht haben könne. Auffallend ist aber, daß vorher schon die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, einen unserer Erinnerungs aus Baden datierten Artikel gebracht hatte, der die üblichen Jeremiaden gegen Bodman anstimmte und dabei eine Bemerkung einschließen ließ, die etwas laute, es gebe Stellen, die zwar einem badischen Minister nicht berufen und nicht absetzen können, im Widerspruch zu deren Anschauungen ein badischer Minister auf die Dauer jedoch nicht gut im Amte bleiben könne. Die Annahme liegt nahe, daß dem Verfasser dieses Artikels auch jene von uns angebotene Keuherung damals schon bekannt war und daß er sich an der ausschlaggebenden Stelle des badischen Hofes eine Wirkung von ihr versprach. Allerdings wird sogar von badischen Zentrumskreisen ziemlich ungeniert über jene Keuherung mit allen Vogelstummeln gesprochen. Sollte Bodmans Rücktritt zur Lausche werden, so ist es unter solchen Umständen wahrscheinlich schwer zu vermeiden, daß die königliche Keuherung doch noch öffentlich zur Sprache kommt, so bedauerlich das auch wieder einmal für das Ansehen monarchischer Institutionen werden müßte, die ja gerade aus dem monarchischen Lager selbst recht schwere Stöße erlitten haben.“

Es handelt sich natürlich um eine Keuherung Wilhelms II. und das Frankfurter Blatt hätte die Pflicht, wenn es die Keuherung wirklich kennt, sie mitzuteilen und damit der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschütten. Denn ein solches Eingreifen Wilhelms II. in die innersten Angelegenheiten eines Bundesstaates ist für die Beurteilung deutscher Verfassungszustände zu charakteristisch als daß es der Öffentlichkeit vorenthalten werden dürfte. Bemerkenswert ist auch unser Mannheimener Parteilorgan zu diesen Meldungen: „Es handelt sich dabei, wie uns von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, um eine Keuherung Kaiser Wilhelms II., deren Wortlaut — sofern er uns richtig gemeldet wurde — sowohl in staatsrechtlicher Hinsicht wie nach der persönlichen Seite hin sich so ungeheuerlich anhört, daß das „Ansehen der monarchischen Institutionen“ durch sein Bekanntwerden in weiteren Kreisen allerdings — wenigstens in Baden — wieder einmal einen „recht schweren Stoß erlitten“ würde.“

Die ärztlichen Scharfmacher.

Zu der in der Nummer 162 des „Vorwärts“ veröffentlichten „Verächtigung“, die Rechtsanwalt Thierich, Leipzig als Beauftragter der beiden Vorsitzenden des sogenannten Leipziger Verbandes eingehandelt hat, schreibt uns Genosse Kempens, Köln:

Die Einfindung des Vertreters der beiden Leipziger Herren stellt einen argen Mißbrauch des überaus seltenen Paragraphen 11 des Preßgesetzes dar. Formell ist sie das wunderbarste, was seit lange auf dem Gebiete der „Verächtigungen“ geleistet worden ist. Rechtsanwalt Dr. Thierich wiederholt in 30 Druckzeilen den wichtigsten Inhalt des für den Leipziger Verband so blamablen Berichtes über den Ausgang des Verleumdungsprozesses Hartmann-Göh gegen Baum-Armstrong, um dann in knapp drei Zeilen zu erklären: „Diese Behauptungen sind unwahr. Die Angeklagten haben weder ihre Behauptungen nachgewiesen, noch hat das Gericht den Nachweis als erbracht angesehen.“

In Wirklichkeit war in dem Berichte des „Vorwärts“ nichts enthalten, was nicht durch Zeugen oder durch urkundlichen Beweis erhärtet worden wäre. Schon in der Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts Leipzig erwiderte die Information des Herrn Dr. Thierich als lächerlich, und so mag ihm auch hier der gute Glaube zugestanden werden. Tatsächlich aber hat das Gericht mit Ausnahme des nach den Verleumdungen der Privat-Beklagten gar nicht gegen die beiden Privatkläger gerichteten Passus von den „verschwindenden Hunderttausenden“ den Nachweis der Wahrheit der zur Beurteilung stehenden Artikel als erbracht angesehen. Nach der mündlich gegebenen Begründung fußt das Urteil auf den Feststellungen der ersten Instanz, des Schöffengerichts Leipzig, und in der von diesem gegebenen schriftlichen Urteilsbegründung heißt es:

„Der Kampf ist von beiden Seiten (Krankenkassen und Leipziger Verband, Ann. der Redaktion) mit äußerster Erbitterung geführt worden, wie gerichtsunfähig ist; diese Erbitterung ließ Ausschreitungen, auch in der Wahl der Kampfmittel, kaum vermeiden. Doch sind Vorschriften, daß Verträge mit den Kassen nicht ohne Zustimmung des Verbandes eingegangen werden dürfen, die Verteilung zum Druck solcher ohne Genehmigung geschlossener Verträge, die Beeinflussung von Ehrengerichten, die Rehabilitierung Wortbrüchiger, endlich die Verweigerung ärztlichen

Beistandes in Fällen dringender Gefahr, Maßnahmen bedenklicher Art; sie fordern eine abfällige und scharfe Kritik geradezu heraus, auch wenn es sich hierbei offenbar nur um vereinzelte Erscheinungen handelt.“

Trotzdem Herr Dr. Thierich als aufmerksamer Anwalt seiner beiden Mandanten wissen mußte, daß sich der urkundliche Gegenbeweis bei den Akten befand, behauptete er im Termin, die Verweigerung ärztlichen Beistandes sei nur von einzelnen Ärzten entgegen dem Willen des Verbandes geschehen. Darauf wurde ihm der in dem offiziellen Organ des Leipziger Verbandes, den „Verglichen Mitteilungen“, veröffentlichte Beschluß vorgelesen, wonach die Verbandsärzte verpflichtet wurden, nicht nur keine Kassenmitglieder, sondern auch keinen von den nicht-versicherten Angehörigen (!) der Kassenmitglieder irgendwie (!) zu behandeln, auch nicht gegen Bezahlung (!) und auch nicht in Notfällen (!).“

In seiner Hilflosigkeit gegenüber dem erdrückenden Material, das die Privatbeklagten gegen den Leipziger Verband und dessen Kampfesweise beigebracht hatten, vertiefte Rechtsanwalt Dr. Thierich schließlich darauf, den roten Lappen zu schwenken. Es wurde ihm aber erwidert, daß der ganze Kampf mit Parteipolitik nicht das mindeste zu tun habe und daß gegen die Kampfesweise der Leipziger sich Reichsgericht und Oberlandesgericht, Kommunal- und Regierungsbehörden, ferner die Staatsminister Seemann, Gollweg, Dr. Delbrück und Graf Posadowsky ausgesprochen hätten.

Die Einnahmen der Reichspost und der Reichseisenbahnen.

Im Mai 1912 kamen bei der Reichspost nur 53,63 Millionen Mark ein, während der monatliche Durchschnitt des Etatsjohrs 61,50 Millionen Mark beträgt. Im Mai vorigen Jahres waren 61,58 Millionen Mark vereinnahmt worden, so daß die Zunahme gegenüber dem Vorjahre 2,06 Millionen Mark oder 3,9 Proz. beträgt. In den beiden ersten Monaten des neuen Etatsjahres betragen die Einnahmen 124,94 Millionen Mark, das ist 4,96 Millionen Mark weniger als der entsprechende Anteil am Etatsanschlag ausmacht.

Die Verkehrsinnahmen deutscher Eisenbahnen für Juni 1912 betragen nach der im Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht:

im Fernverkehrs	80 231 807 M. (gegen das Vorjahr 5 162 113 M. weniger)
im Güterverkehr	154 614 430 M. (gegen das Vorjahr 13 726 145 M. mehr).

Kein Dreieck, sondern ein Zweieck!

In unserer gestrigen Notiz „Scherl im Zeide“ teilt uns der Verleger Rudolf Wölfe mit, daß es unrichtig sei, daß er mit den Firmen August Scherl und Köflein u. Co. eine dahingehende Abmachung getroffen habe, nach der keine der drei Firmen ohne Zustimmung der anderen beiden Kontrahenten eine neue Zeitung gründen dürfe. Zwischen der Firma Rudolf Wölfe einerseits und den genannten beiden anderen Firmen bestehe kein derartiger Vertrag.

Ein China-Sachverständiger.

Der Brandenburger Professor Dr. Görde, eifriges Mitglied des Reichsverbandes, ist bei den letzten Reichstagswahlen unterlegen, obwohl er sich alle Mühe gab, dadurch wieder in den Reichstag zu kommen, daß er sich als Sammelkandidat für alle bürgerlichen Parteien anbot. Während seiner Reichstagsstätigkeit hat er eine überaus fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. Den Abschluß seiner schönen Leistungen hat er wohl ganz wesentlich dem Umstande verdankt, daß hinter seinem Namen das „R. v. R.“ prangte. Professor Görde veröffentlicht nun in der „Bräunhauweiger Landeszeitung“ einen langen Artikel: „Zur Lage in China“, und die Redaktion bemerkt in einer Fußnote:

„Herr Prof. Dr. Görde hat im vorigen Jahre als Mitglied des Reichstages und als Vertrauensmann von dessen Budgetkommission China bereist.“

Daran ist nun mancherlei unrichtig. Vor allem stimmt es nicht, daß Dr. Görde als Vertrauensmann der Budgetkommission des Reichstages nach China gegangen ist. Das Reichsministerium hatte damals — auf dessen Anregung, weicht man nicht — Herrn Dr. Görde und einen Zentrumsgesandten zu einer Besichtigung von Kiautschou eingeladen. Der Zentrumsmann lehnte ab; Herr Dr. Görde aber ließ verstanden, daß er die Aufgabe annehmen werde. Tatsächlich ist er auch abgereist, und das Reichsministerium gab ihm den Kapitän zur See Brüninghaus als Mentor mit. Herr Görde hat dann des langen und breiten diese Reise beschrieben. Aus der Beschreibung konnte man ersehen, daß er in überaus eiligem Tempo mit der transsibirischen Eisenbahn Rußland und dann einen Teil von China bereist hat.

Seit dieser Zeit ist Herr Professor Görde für liberale Zeitungen der „Sachverständige“ für China, Kiautschou und die umliegenden Dörfer geworden.

Der Polizeikampf in Breslau

gegen die in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen treibt die absonderlichsten Blüten. Häufig genug ist schon eifrigen Polizisten und Polizeikommissaren vom Gericht gefügt worden, daß sie ungesetzlich gehandelt haben; aber das sieht die eifrigen Polizisten nicht im geringsten an. Der Kampf gegen die Arbeiterbewegung wird munter fortgesetzt, wenn auch die Polizei eine Niederlage nach der anderen erleidet.

Ein echtes Polizeifischnäsen lieferte die Polizei wieder am 25. April d. J., als ein Genosse Miskerl vor der städtischen Fortbildungsschule keine Handzettel mit den vom Breslauer Jugend-Ausschuß geplanten Veranstaltungen verteilte. Obwohl Genosse Miskerl im Besitz eines vom Breslauer Polizeipräsidenten ausgestellten Erlaubnisweines war, forderte ihn der Schutzmann auf, mit nach der Wache zu kommen, weil die Zettel nach Meinung des Ordnungsführers „aufdröselnd“ sein sollten. Diesem Befehl zu folgen, weigerte sich Genosse Miskerl anfänglich mit gutem Recht, weil er der sehr richtigen Meinung war, daß die Aufforderung des Schutzmannes, mit nach der Wache zu kommen, völlig ungesetzlich sei. Die Folge war ein polizeilicher Strafbesehl mit der Begründung, M. habe durch das Verteilen der Zettel großen Unfug verübt, einen Menschenenaufmarsch verursacht, den Straßenverkehr beeinträchtigt und der Aufforderung des Schutzmannes, mit zur Wache zu kommen, nicht ungefügt Folge geleistet. Gegen dieses Monstrum von Strafbesehl wurde natürlich gerichtliche Einscheidung beantragt. Vor Gericht behauptete der als Zeuge geladene Schutzmann, daß ihm der Leiter der politischen Abteilung beauftragt habe, den vor den Fortbildungsschulen tätigen Zettelverteilern alle Zettel zu beschlagnahmen und dem Präsidium einzureichen. Selbst das Breslauer Gericht konnte sich jedoch mit den polizeilichen Maßnahmen nicht einverstanden erklären und erkannte auf Freisprechung.

Die Kongo-Kommission.

Aus Bern meldet der offiziöse Draht: Die deutsch-französische Kommission, welche seit Mitte Juni hier tagte, um die Ausführung des deutsch-französischen Kongoabkommens vom

4. November 1911 in die Wege zu leiten, hat heute ihre Arbeiten beendet. Die Arbeiten haben für beide Teile einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen. Ihr nächster Zweck hat darin bestanden, die technische Tätigkeit der an Ort und Stelle zu entsendenden Abgrenzungskommission vorzubereiten, sodann sollte eine Vereinbarung über die Modalitäten und Daten für die Uebergabe der Gebiete, die abzutreten sind, getroffen werden. Die Kommission hat diese Aufgabe in der Weise gelöst, daß sie über jede der beiden Fragen den Weg für eine Vereinbarung festlegte, die den Regierungen zur Ratifizierung unterbreitet werden sollen. Darüber hinaus ist es der Kommission gelungen, die im Novemberabkommen in Aussicht genommene spezielle Vereinbarung über Konzessionsgesellschaften durch einen Entwurf vorzubereiten, der in 50 Artikeln diese umfangreiche schwierige Materie zu regeln bestimmt ist.

Oesterreich.

Militärische Begeisterung und ihre Reverso.

Wie in anderen Militärstaaten sind auch hier die Patrioten daran, eine Luftflotte zusammenzuflicken. Es besteht dazu ein eigenes Zentralkomitee zur Schaffung einer österreichischen Luftflotte, das mit der Klage darüber arbeitet, daß bei der Bewilligung von Hunderten Millionen doch noch eilige Forderungen unbewilligt geblieben seien. Augenblicklich wird der Anlauf eines Lohner-Daimler-Heißfliegers rührig betrieben, mit dem Oberkumant Wlaschko beim Westfliegen in Wien-Wespem den Höhenrekord aufgestellt hat. Es soll verhindert werden, daß dieses Flugzeug ins Ausland wandere; am Geburtstag des Kaisers soll es als ordnungsbekämpfender Erfolg patriotischer Schnorrerei der Heeresverwaltung von der „Zivilbagage“ überreicht werden. Dabei erklärte die Armeeleitung eben erst, daß ihr das bewilligte Budget die Anfertigung von 35 Flugzeugen gestatte!

Eine fragwürdige Unternehmung der Schnorraktion ist aber die Veröffentlichung einer Selbstmordstatistik in den Mitteilungen der I. I. Statistischen Zentralkommission, aus der hervorgeht, daß die Selbstmorde im Heer 15mal häufiger sind als in der Zivilbevölkerung. Sie haben ihren Höhepunkt im Oktober, November und Januar, also in den Monaten nach dem Einrücken und während der Abkühlung der Rekruten. Unter den Ursachen der Soldatenselbstmorde steht an erster Stelle die Furcht vor Strafe. ... Wenn auch die Zahl der Selbstmorde in der Armee zurückgeht, gleichwohl infolge der wenn auch langsamen Demokratisierung des öffentlichen Lebens und des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die konmissionäre Soldatenselbstmorde, so betrug sie im Jahrzehnt 1901 bis 1910, immer noch 2614 und 450 Selbstmordversuche. Was für Jammer steckt in diesen Zahlen!

England.

Der Flottenetat.

London, 18. Juli. Der Ergänzungsflootten-Etat ist heute veröffentlicht worden und wird am Montag im Unterhaus zur Besprechung gelangen. 99 000 Pfund Sterling sind darin vorgesehen für eine Vermehrung des Mannschafbestandes um 15 000 Mann. In Ergänzung des Flottenetats sind an Mehrausgaben vorgesehene 266 000 Pfund Sterling für Schiffbau, 215 000 für Schiffmaschinen, 54 000 für Geschütze, 67 000 für Munition und Torpedos, 20 000 für die Anschaffung von Luftschiffen. Der Rest ist für Löhnung, Proviant usw. bestimmt. Eine Erläuterung ist dem Ergänzungsetat nicht angefügt, auch Angaben über die Art der Ergänzungsausgaben sind nicht darin enthalten.

Marokko.

Unruhen und kein Ende.

Tanger, 19. Juli. Aus Mazagan wird unter dem 15. Juli gemeldet: Die Stämme in der Gegend von Mazagan, Marrakesch, Asemur und Ammerchia haben sich gegen ihre Raids erhoben, der Aufruhr gewinnt täglich mehr Ausdehnung.

Frei, 19. Juli. Die aus drei Bataillonen bestehende Abteilung Magillier ist gestern früh aufgebrochen, um die mit Jussif, mit Segrassen und Sidi Kaho, die sich fünfzehn Kilometer südwestlich von Sefeu wieder vereinigt haben, zu zerstreuen. Der Bogi setzt seine Agitation bei den Stämmen fort.

China.

Ministerkrise.

London, 19. Juli. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau aus Peking sind die Bestrebungen, das Kabinett zu reorganisieren, auf einem toten Punkt angelangt, da die Nationalversammlung heute alle von Juansschikai vorgeschlagenen Ministerkandidaten abgelehnt hat. Nunmehr hat auch der Premierminister die Absicht ausgesprochen, unverzüglich abzutreten.

Die Agentur des äußersten Ostens meldet: Präsident Juansschikai hat seine Residenz nach dem Kriegsministerium verlegt. Während des Umzuges waren die Straßen, die Juansschikai zu passieren hatte, streng bewacht. Diese Ueberwachen wird als Anzeichen betrachtet, daß Juansschikai von jetzt ab eine viel energischer und persönlicher Politik betreiben werde. Präsident Juansschikai gedenkt, die ersten Nationalwahlen in China, soweit es möglich ist, im nächsten November zu veranstalten. Das Nationalparlament wird dann dem Präsidenten der Republik definitiv wählen.

Japan.

Die Verhandlungen mit Rußland.

London, 18. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio: Die Petersburger Nachrichten vom demnächst zu erwartenden Abschluß eines Bündnisses zwischen Rußland und Japan sind ungenau. Von autoritativer Seite wird erklärt, daß keinerlei Verhandlungen nach dieser Richtung stattgefunden haben und nicht derartiges geplant sei. Die Europareise des Fürsten Katsura siehe mit seinem spezifisch politischen Auftrag in Verbindung. Es sei jedoch richtig, daß sehr wichtige Communiqués zwischen den Regierungen Rußlands und Japans gewechselt worden seien, die die Abmachungen von 1907 und 1910 ergänzen. Es handle sich dabei um die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären, und zwar der russischen in der äußeren Mongolei und in der nördlichen Mandchurei und der japanischen in der inneren Mongolei und in der südlichen Mandchurei. Unter innerer Mongolei ist derjenige Teil der Mongolei zu verstehen, der früher so bezeichnet wurde. Die Communiqués, die durch die Revolution in China und die späteren Anleihenverhandlungen notwendig geworden seien, hätten eine klare Verständigung der beiden Mächte über die chinesische Frage ergeben und eine Entente von größter Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens (?) im fernen Osten gezeitigt. Für das englisch-japanische Bündnis sei diese nur in zweiter Linie von Bedeutung.

Gewerkchaftliches.

Handwerksmeister für ein Zuchtgesetz.

Wo der ganze Chor der Scharfmacher nach einem Verbot des Streikpostens schreit, da dürfen die biederen Innungsmeister nicht fehlen. Auf dem soeben beendeten 27. deutschen Schloßtag, der in Bremen tagte, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, an die Reichs- resp. Landesregierung das Ersuchen zu richten, im Interesse des ganzen Gewerbestandes, sowohl der Industrie als auch vor allen Dingen der Arbeiter (lies: Hingeb-Brüder) und des Handwerks für ein Verbot des Streikpostens einzutreten, sowie einen Schutz der Arbeiter (!) auf der Arbeitsstätte einzuführen.

Nun sage noch einer, daß unsere Kunstmeister nicht für die Interessen der Arbeiter eintreten! Es ist nur schade, daß sie im vorliegenden Falle unter dem Begriff Arbeiter das selbe verstehen, was wir mit dem Namen Streikbrecher bezeichnen.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Arbeiter und Kutscher in den Schwerefuhrwerksbetrieben ist zu berichten, daß im Laufe des Freitags die nachstehend genannten Firmen den Tarif unterschuldlich anerkannt haben: Fritz Kluge, Th. Schmiedigen u. A. Tabbert, Berlin, W. H. Kuhnau, Charlottenburg. Es haben bisher 86 Firmen mit 1125 Beschäftigten den Tarif anerkannt. Für die Korkkutscher, welche bei den Firmen Weidner und Gebr. Tabbert, Mühlentrag und Neufuß, wegen des Forderens von Streikarbeit die Arbeit niedergelegt haben, war bisher ein den hier in Betracht kommenden Verhältnissen entsprechender Tarif nicht vorgelegt worden. Es ist nun inzwischen ein Uebereinkommen mit dem Vorstehenden des Vereins der Fuhrbetriebsbesitzer in der Korkindustrie getroffen worden, nach welchem die im Streik stehenden Kutscher die Arbeit am Sonnabend unter der Bedingung wieder aufnehmen, daß bereits am Montag, den 22. Juli, eine Vorverhandlung zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes, des Transports, Handels- und Verkehrsvereins und Vertretern des deutschen Transportarbeiterverbandes stattfindet, in welcher zunächst ein Vertragsentwurf stipuliert werden soll. Es ist dann für Dienstag, den 23. Juli, eine weitere Verhandlung vorgesehen, in der eine paritätische Kommission von Unternehmern und Arbeitern über die Annahme resp. Ablehnung der gemachten Vorschläge beraten wird. Die hier gemachten Zugeständnisse in bezug auf etwaige Lohnerhöhungen sollen nach endgültigem Abschluß des Vertrages ab 15. Juli (also rückwirkend) zur Auszahlung gebracht werden. Zurzeit stehen noch 287 Kutscher und Arbeiter in 28 Betrieben im Streik.

Die Tarifbewegung der Dachdecker.

Da ein neuer Tarifabschluß nicht zuzufande gekommen ist, so arbeiten die Dachdecker seit dem 1. Juli ohne Tarifvertrag. Am 30. Juni hatte eine Versammlung die Leitung der Organisation beauftragt, die im Interesse der Tarifbewegung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Am letzten Donnerstag fand wieder eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt. Hier berichtete G. Br. n. h., daß ein sofortiges allgemeines Vorgehen gegen die Unternehmer nicht angebracht erschien. Man habe erst abwarten müssen, welche Haltung die Unternehmer in der tariflosen Zeit einnehmen würden. Es habe sich nun gezeigt, daß die meisten Arbeitgeber die Bedingungen des abgelaufenen Tarifs auch jetzt noch erfüllen und die alten Lohnsätze weiter zahlen. Nur drei Firmen haben versucht, Verschlechterungen einzuführen. Diese drei Firmen: W. A. Holz, W. A. n. h. und W. A. n. h. sind gesperrt, nachdem die Arbeit bei ihnen niedergelegt ist. Man könne also sagen, daß sich die Dachdecker und Berufsgenossen bereits im Kampfe befinden, wenn auch der Kampf nicht den Umfang angenommen habe, den manche Kollegen erwarteten und wünschten. Da die Unternehmer beschlossen haben, eine Sperre einzelner Firmen mit der allgemeinen Ausdehnung zu beantworten, so bleibe augenblicklich nichts weiter übrig, als noch einige Tage abzuwarten, ob die Unternehmer ihren Beschluß ausführen oder nicht. Die Situation habe sich seit dem 30. Juni nicht verschoben, es sei auch jetzt noch geboten, die weitere Entwicklung der Dinge mit kühler Ueberlegung abzuwarten, jedenfalls vor der am Sonntag stattfindenden regelmäßigen Verbandssammlung keine weitrtragenden Beschlüsse zu fassen.

Dieser Standpunkt des Referenten rief in der Versammlung die lebhafteste Opposition hervor. Einige Redner verlangten, daß sofort auf der ganzen Linie die Arbeit niedergelegt werde, um die Unternehmer zum Abschluß eines neuen Tarifs zu zwingen. Andere Redner traten zwar auch für den sofortigen Streik ein, doch meinten sie, derselbe solle nicht auf der ganzen Linie eröffnet werden, aber man müsse den Kampf gegen eine größere Zahl von Firmen unterzöglig aufnehmen. Für den vom Referenten eingenommenen Standpunkt trat unter anderen auch der Verbandsvorsitzende Die h. L. n. h. ein, der deshalb von den Verantwortlichen des Streiks heftig bekämpft wurde. Nach längerer, sehr lebhafter Debatte wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

Der Vorstand und die Kommission werden beauftragt, zu den drei bis jetzt gesperrten Firmen unterstützt bei weiteren Firmen zum Angriff überzugehen, da durch die Maßnahmen der genannten drei Firmen der Angriff seitens der Arbeitgeber eröffnet ist.

Deutsches Reich.

Sachfängergesetz.

Auf dem von der Zuckersabrik in Genthin gepachteten Gute des Barons v. P. l. o. t. o. in P. a. r. e. z. legten sämtliche polnischen und galizischen Sachfänger die Arbeit nieder, weil von der Gutsverwaltung die Vereinbarungen über Beschäftigung und Arbeitszeit nicht eingehalten werden. Ein aus den umliegenden Ortsteilen herangezogenes Gendarmerieaufgebot — ohne dem geht es schon gar nicht mehr — sollte die aufständigen Ausländer zur Reize bringen. Diese blieben jedoch handfest und erreichten auch die von ihnen gemünzten Zusicherungen durch die Gutsverwaltung, worauf sie die Arbeit wieder aufnahmen.

Lohnkämpfe im Holzgewerbe.

Ohne in der Öffentlichkeit viel Lärm zu schlagen, haben die Holzarbeiter auch in diesem Jahre wieder eine beträchtliche Anzahl von Lohnbewegungen geführt, die in ihrer Mehrzahl mit namhaften Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Beteiligten endeten. Auf dem kürzlich stattgefundenen Verbandstag des Holzarbeiterverbandes konnte der Vorstand berichten, daß in diesem Jahre bereits zahlreiche Bewegungen durch Abschluß von Tarifverträgen ihre Erledigung gefunden haben und außerdem eine größere Zahl Bewegungen im Gange sind, resp. die Genehmigung des Verbandes gefunden haben.

In den letzten Wochen machte eine Notiz die Kunde durch die Presse, wonach im Holzgewerbe ein allgemeiner Kampf wegen der Frage der Arbeitszeit bevorstehen soll. Dazu ist zu sagen, daß zwischen den beiden Zentralorganisationen die Vereinbarung getroffen ist, im Laufe des Sommers den Versuch zu machen, eine generelle Regelung der Arbeitszeit für das ganze Reich herbeizuführen. Inwiefern das gelingt und welche Konsequenzen sich eventuell daraus ergeben, steht vorläufig noch dahin. Der Plan geht von der Absicht aus, bei den zukünftigen Tarifkämpfen die Arbeitszeit besonders zu behandeln. Gelingt das nicht, dann muß auch diese Frage ebenso wie alle übrigen, bei den Vertragserneuerungen ihre Erledigung finden.

Gegenwärtig toben in mehreren Orten Kämpfe. In Bremen haben sich die Scharfmacher des Baugewerbes, die es nun schon zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit zum Kampfe getrieben haben, weil sie den Tischlern hartnäckig die allgemein üblichen Arbeitsbedingungen verweigern. Doch auch ihnen muß noch einmal die Ueberzeugung aufgedrängt werden, daß sich die Arbeiter auf die Dauer nicht widerprüchlos machen zu lassen. Solange sie das nicht einsehen wollen, werden sich die Kämpfe wiederholen.

Die Tarifbewegung in Rheinland-Westfalen hat auf die Disziplin der Unternehmer ein eigenartiges Licht geworfen, indem die Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in L. ü. d. n. s. c. h. e. i. d., die bei den Verhandlungen in erster Linie das große Wort führten, nachher, als das Verhandlungsergebnis nicht nach ihrem Willen ausgefallen war, sich einfach nicht fügten und die Vereinbarungen ablehnten. Nach mehrwöchigem Kampfe hatten sie neben dem Schaden auch noch den Spott zu tragen, da sie schließlich den Vertrag doch anerkennen mußten.

Von dem gleichen Geiste wie in Bremen haben lassen sich die Unternehmer in Schleswig leiten, indem sie auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe die in einer Verhandlung gemachten Zugeständnisse wieder zurückzogen und dadurch den Kampf unermüdlich machten, der nun schon über fünf Wochen tobt.

Weitere Kämpfe, die für die fernere Gestaltung der äußerst miserablen Verhältnisse von größter Bedeutung sind, finden gegenwärtig noch statt in Brand in der erzgebirgischen Holzindustrie, in D. a. n. n. e. n. b. e. r. g. a. n. d. e. r. E. l. b. e., in R. a. g. n. i. t. i. n. O. s. t. p. r. e. u. s. s. e. n. (Schal- und Kistenfabriken), W. e. s. e. l./R. h. e. i. n. u. S. e. n. s. b. u. r. g.

Die Stodarbeiter in Wald führten einen erbitterten Kampf um den Reinstundenlohn, der von den Unternehmern mit gleicher Entschiedenheit abgelehnt wird.

Die Bürstenmacher streiken in D. o. r. i. m. u. n. d. wegen minimaler Verbesserungen ihrer Löhne und die Pinselarbeiter in D. i. n. k. e. l. s. b. ü. h. l. um die brutale Behandlung und Lohnverschlechterungen abzuwehren.

Die Korbmacher in S. t. e. t. t. i. n. erzielten einen Vertragsabschluß mit dem Provinzialverband der Pommerischen Korbmachermeister, der eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden auf 57 Wochenstunden und 8 bis 10 Proz. Lohnhöhung vorsieht.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Baugewerbe resp. dessen Mitglieder in B. u. r. g. b. e. i. M. a. g. d. e. b. u. r. g., G. e. r. a. u. n. d. P. l. a. u. e. n. i. S. haben ihre Vertragsstreue wieder einmal glänzend bestätigt. In diesen Orten bestehen Tarifverträge, die zwischen beiden Zentralorganisationen abgeschlossen sind mit der klaren Bestimmung, daß die Verträge für alle Betriebe der Tischlereien usw. gelten sollen. In B. u. r. g. w. e. i. g. e. r. t. e. s. i. c. h. e. i. n. a. u. s. e. r. h. a. l. b. d. e. s. S. c. h. u. t. v. e. r. b. a. n. d. e. s. s. t. e. h. e. n. d. e. r. U. n. t. e. r. n. e. h. m. e. r. n. d. e. n. V. e. r. t. r. a. g. a. n. z. u. e. r. k. e. n. n. e. n. u. n. d. i. n. G. e. r. a. u. n. d. P. l. a. u. e. n. i. S. e. s. d. a. b. s. o. l. d. e. s. f. o. l. g. e. n. d. e. n. A. n. g. l. i. e. d. e. r. U. n. t. e. r. n. e. h. m. e. r. o. r. g. a. n. i. s. a. t. i. o. n.

Da blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als zur Arbeitsleistung in diesen Betrieben zu schreiten, oder dieses doch in Aussicht zu nehmen, um den bestehenden Verträgen Geltung zu verschaffen. Die Unternehmerorganisationen am Orte dagegen, anstatt ihre Verträge mit durchzuführen zu helfen, erklärten sich mit den vertragsfeindlichen Unternehmern solidarisch und sperrten die Arbeiter wegen ihres Vorgehens aus.

Auch den Unternehmern in B. r. i. e. g. u. n. d. S. c. h. ö. n. l. a. n. k. e., die nach mehrwöchigem Kampfe den zuerst abgelehnten Schiedsspruch nachträglich doch anerkennen mußten, war dieses Resultat nur durch das energische Eintreten des Holzarbeiterverbandes für die gefällten Schiedssprüche abzurufen.

Der Streik in der G. ö. r. l. i. c. h. e. r. W. a. g. g. o. n. f. a. b. r. i. k. hält noch immer die Gemüter der Bewohner dieses Städtchens in Aufregung, da die Streikbrecherkolonnen sich alle möglichen Ergesse und Radausgaben, sogar teilweise unter den Augen der Polizei erlauben dürfen; es ist aber noch nichts davon bekannt geworden, daß diesem Treiben gegenüber die Polizei oder Staatsanwaltschaft schon einmal eingeschritten wäre, während gegen die Streikenden der größte Schneid angewandt wird.

In W. e. i. n. h. e. i. m. i. s. t. d. i. e. 1/2 t. ä. g. l. i. c. h. e. A. r. b. e. i. t. z. e. i. t. d. u. r. c. h. d. e. n. H. o. l. z. a. r. b. e. i. t. e. r. v. e. r. b. a. n. d. d. u. r. c. h. g. e. f. ü. h. r. t. w. e. r. d. e. n.

Im G. e. r. i. n. g. s. w. a. l. d. e. r. S. t. u. b. l. g. e. b. i. e. t., z. u. w. e. l. c. h. e. m. a. u. s. e. r. d. e. m. n. o. c. h. W. a. l. d. h. e. i. m., L. e. i. s. n. i. g. u. n. d. H. a. r. t. h. a. g. e. h. ö. r. e. n., i. s. t. n. a. c. h. l. a. n. g. w. i. e. r. i. g. e. n. V. e. r. h. a. n. d. l. u. n. g. e. n. e. i. n. V. e. r. t. r. a. g. a. b. g. e. s. c. h. l. o. s. s. e. n. w. o. r. d. e. n., d. u. r. c. h. w. e. l. c. h. e. d. i. e. A. r. b. e. i. t. z. e. i. t. s. o. f. o. r. t. a. u. f. 58 S. t. u. n. d. e. n. u. n. d. a. m. 1. O. k. t. o. b. e. r. 1918 a. u. f. 55 S. t. u. n. d. e. n. h. e. r. a. b. g. e. s. e. t. z. t. w. i. r. d. b. e. i. e. i. n. e. r. L. o. h. n. e. r. h. ö. h. u. n. g. v. o. n. s. e. c. h. s. P. f. e. n. n. i. c. h. p. r. o. S. t. u. n. d. e. D. o. c. h. d. e. r. H. a. u. p. t. u. e. r. d. i. e. s. e. r. b. e. d. e. u. t. u. n. g. v. o. l. l. e. n. B. e. w. e. g. u. n. g. l. i. e. g. t. d. a. r. i. n., d. a.ß. d. i. e. a. u. t. o. r. i. t. ä. r. e. n. l. i. c. h. b. e. z. u. g. l. i. e. g. e. n. d. e. n. A. f. f. o. r. d. a. r. b. e. i. t. s. t. a. n. d. i. s. b. i. s. i. n. s. k. l. e. i. n. s. t. e. g. e. r. e. t. z. t. w. o. r. d. e. n., d. u. r. c. h. S. c. h. a. f. f. u. n. g. v. o. n. i. l. l. u. s. t. r. i. e. r. t. e. n. A. f. f. o. r. d. - u. n. d. T. a. x. a. t. i. o. n. s. t. a. r. i. f. e. n.

Da die Affordarbeit vorherrschend ist, bedurfte diese in erster Linie einer Regelung, die nunmehr in durchaus glücklichem Sinne erreicht ist. Der abgeschlossene Vertrag — der erste seiner Art in der deutschen Stuhlindustrie — nebst den Affordtarifen bildet ein stattliches Werk, das seinen Schöpfern alle Ehre macht.

Der Streik auf dem Eisenhüttenwerk in Thale a. S. hat eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß am Mittwoch sämtliche Former und Gießereiarbeiter ebenfalls die Arbeit eingestellt haben. In der Abteilung Gießfabrik sind die Arbeiter ausgesperrt worden. Die Betriebsleitung verlangt von den Arbeitern die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und will erst, wenn der Betrieb wieder voll im Gange ist, die Forderungen und Wünsche der Arbeiter „nach Möglichkeit erfüllen“. Die Streikenden verlangen natürlich, daß ihnen vor Wiederaufnahme der Arbeit ausreichende Zugeständnisse gemacht werden. Einer Kommission der Arbeiter, die mit der Betriebsleitung verhandelte, waren nur ganz ungenügende Zugeständnisse gemacht worden. Das Eisenhüttenwerk verbreitet durch die bürgerlichen Zeitungen die Nachricht, daß der Streik beendet sei. Auf diese Schwindeleien fallen hoffentlich aufgeliarte Arbeiter nicht herein; sie würden nur ihren Arbeitsbrüder in Thale den Kampf erschweren, zumal andere Arbeitsgelegenheit als auf dem Hüttenwerk in Thale nicht vorhanden ist.

Der Keilnerstreik in Frankfurt a. M. ist durch Abschluß eines Vertrages mit dem Inhaber des Café Hauptwache beendet. Sämtliche Streikende arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Arbeitslosigkeit im Hamburger Malergewerbe.

Der Vorstand des Ortsvereins Hamburg sieht sich veranlaßt, die Maler aller Orte vor Zugzug nach Hamburg dringend zu warnen. Die Gewerbesverhältnisse für Maler sind zurzeit in Hamburg die denkbar ungünstigsten. Hunderte von Malern sind seit Wochen arbeitslos, obwohl die sogenannte Ferienzeit bereits begonnen ist. Im paritätischen Arbeitsnachweis sind annähernd 200 Arbeitslose eingetragen, damit ist aber die Zahl der wirklich Arbeitslosen nicht im entferntesten getroffen. Da der Arbeitsnachweis nicht obligatorisch für Unternehmer und Arbeiter ist, lassen sich viele Arbeitslose gar nicht im Arbeitsnachweise eintragen, sondern versuchen unter der Hand Arbeit zu bekommen. Insbesondere die unorganisierten Gesellen bleiben dem Arbeitsnachweis fern, weil sie nach den Bestimmungen des Arbeitsnachweisregulativs bei der Vermittlung hinter den Organisierten zurückstehen müssen. Die Zahl der tatsächlich arbeitslosen Maler in Hamburg-Altona ist also sicher um mehrere Hundert höher als die angegebene Zahl. Wer gegenwärtig oder in nächster Zukunft nach Hamburg zureist, wird sicher damit rechnen müssen, mehrere Wochen arbeitslos zu sein. Hinzu kommt für die Gläublichen, die Arbeit gefunden haben, eine ständige Unsicherheit des Erwerbs. Viele Unternehmer nutzen natürlich die Situation aus und verlangen von den Gesellen eine so hohe Quantitätsleistung, die mancher Geselle beim besten Willen zu leisten nicht imstande ist. So bilden denn manche Werkstätten, namentlich solche, die Putzarbeit verrichten, die reinen Taubenschläge; unanständig werden die Gesellen auf die Strahe geschleift, die das verlangte hohe Quantum Arbeit nicht zu leisten vermögen.

Ausland.

Die erste Sitzung des nationalen Generalfreikomitees.

Brüssel, 18. Juli. (Fig. Ver.) Das vom außerordentlichen Parteitag zum Zweck der Organisierung des Generalfreikomitees eingesetzte Landeskomitee ist gestern zum erstenmal zusammengetreten. Es nahmen an der Sitzung teil die Mitglieder des Generalfreikomitees, die Delegierten der beruflichen Zentralen und Föderationen, der Gewerkschaftskommission, der Ausschüsse des Genossenschaftsverbandes und der Arbeitervereiner „Provoynance Sociale“.

Es wurde die Gründung von vier Kommissionen beschlossen, deren jede sich mit einem speziellen Gebiet der Organisation und Propaganda befassen wird. Die erste Kommission wird die Herausgabe der schriftlichen Propaganda, die Veranstaltung von Meetings, Manifestationen usw. zu regeln haben. In die Kompetenz der zweiten Kommission fällt die finanzielle Mission für die Streikvorbereitung (Schaffung von Fonds usw.). Die dritte Kommission wird sich mit dem Streiklauf und der Organisierung der Lebensmittelverteilung an die Streikenden, der Suppenausgabe beschäftigen. Die vierte Kommission endlich, der u. a. die Genossin Tillemans, die erprobte Vertreterin der belgischen Arbeiterinnenorganisation angehört, wird die Unterbringung der Kinder der Streikenden, eventuell auch ins Ausland, zu besorgen haben. Diese Kommissionen entsenden ihre Delegierten in das Bureau des Nationalkomitees, das dann mit diesen Delegierten das eigentliche Exekutivkomitee bildet. Mit der allgemeinen Verwaltung ist das Bureau des Generalfreikomitees beauftragt. — Das unter dem Vorsitz des Genossen De V. r. o. u. d. ö. r. e. t. a. g. e. n. d. e. Nationalkomitee für den Generalfreikomitee nahm auch eine Protestresolution gegen die ungerechtfertigte Inhaftierung der Leitung der Antwerpener Gewerkschaft der Seelente („Deemansbond“) an. — Bemerken wir noch, daß der ersten Kommission die Genossen V. a. n. d. e. r. v. e. l. d. e., A. n. s. e. l. e., D. e. f. r. o. e., W. a. n. t. e. r. s. u. n. d. D. e. V. r. o. u. d. ö. r. e. a. n. g. e. h. ö. r. e. n.

Der Kampf der Seelente in Antwerpen.

Man meldet uns aus Brüssel unterm 18. Juli: Die beabsichtigte Intervention über die Inhaftierung der Leitung des „Deemansbond“ konnte nicht stattfinden, da die Kammer noch nicht geschäftsordnungsmäßig konstituiert ist. Der Antwerpener Deputierte Genosse L. e. r. w. a. g. n. e. mußte sich daher auf einen kurzen Protest gegen das Vorgehen des Gerichts beschränken.

Dieses Vorgehen zeigt sich in immer schönerem Lichte. So erfährt die Öffentlichkeit durch den Anwalt der Verhafteten, daß das Gericht in seinem Eifer Montag das Verhör von 4 Uhr nachmittags bis Mitternacht ausgedehnt hat! Und dies, obwohl einer der Verhafteten, der Sekretär N. a. h. l. e. m. a. n. n., an einem argen Magenübel laboriert. Dem Anwalt wurde erst nach fünfmaliger Intervention erlaubt, mit den Verhafteten zu sprechen! Da soll man an die Unparteilichkeit der Gerichte glauben, wie das die Merkmalen neulich in der Kammer verlangten.

Trotzdem das Syndikat ein formelles Dementi den Merkmalen Verleumdungen entgegensetzte und auf öffentlichen Plakaten die niederträchtigen Beschuldigungen zurückwies, erklärt die Merkmalen Presse weiter, die Kontrolle der Buchhaltung des „Deemansbond“ habe ein Defizit von 1500 Fr. ergeben. Die Bande wird natürlich verklagt. Bei der Untersuchung der sozialistischen Seelente benimmt sich die Polizei skandalös. Sogar Verhandlungen sind vorgelommen.

Troy oder gerade angefaßt der Unterdrückungs- und Einschüchterungsakte zeigen die Streikenden Festigkeit und behnden ihre Vertrauen zum „Deemansbond“. Die Streikenden rekrutieren sich von etwa 30 ausschließlich belgischen Schiffen. Die Red Star Line hat die Streikenden ausgesperrt und läßt die Arbeit zum Teil durch deutsche Seelente besorgen.

Diese Gesellschaft hat die Arbeiter erst zum Streik getrieben, um sie nachher auszulpernen, um durch ihre Pländer dem Generalausland in New York entgegenzuwirken.

Letzte Nachrichten.

Rückzug vor der Öffentlichkeit?

Karlsruhe, 19. Juli. Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ bezeichnet das aus einem Berliner Blatte in badische Zeitungen übergangene Gerücht von einer Ministerkrise als jeder tatsächlichen Begründung entbehrend. Die Mitglieder des Staatsministeriums erfreuen sich ohne Ausnahme des vollen Vertrauens des Landesherrn. Weder jetzt noch zur Zeit des Landtagschlusses sei das Ausscheiden einzelner Minister zu erwarten.

Die epidemische Luftflottenbettelei.

London, 19. Juli. (W. T. P.) Die Luftschifferliga von Großbritannien hat einen nationalen Aufruf zur Sammlung von einer Million Schilling erlassen, die dazu beitragen soll, Großbritannien im Flugwesen mit dem Auslande auf gleiche Höhe zu bringen.

Rom, 19. Juli. (P. T.) Die in den Zuchthäusern und Gefängnissen untergebrachten Sträflinge haben zusammen 15 000 Lire für die italienische Luftflotte aufgebracht. Einige der zu lebenslänglicher Haft verurteilten Personen haben je hundert Lire gespendet.

Spitzbüßische Eisenbahnbeamte.

Magdeburg, 19. Juli. (S. P.) Infolge umfangreicher Eisenbahndiebstähle auf dem Bahnhof Magdeburg-Budau wurden 21 Rangierer und 2 Hehler verhaftet. Die Diebstähle sind jahrelang unentdeckt geblieben.

Ein Zigeunerheim abgebrannt.

Raheburg, 19. Juli. (S. P.) Heute früh zwischen 4 und 5 Uhr ist das Hotel „Raheburger Schweiz“ niedergebrannt. Erst vor kurzer Zeit hat der Zigeunerhauptmann Petermann in Raheburg das Etablissement für 80 000 M. angekauft. In den nächsten Tagen sollten 150 Zigeuner ihren Einzug halten.

Noch ein Opfer der Verge.

Innsbruck, 19. Juli. (W. T. P.) Der Tübinger Universitätslehrer Julius Brand ist bei einer Tour auf den Schaffauer Kaiser abgeköpft und lebensgefährlich verletzt in das Kaiserliche Krankenhaus gebracht worden.

Jugentgleisung in Frankreich.

Paris, 19. Juli. Nach Blättermeldungen aus Pant-Dore (Departement Puy-de-Dome) ist der Schnellzug Paris-Beziers bei Leiras entgleist. Mehrere Reisende sollen getötet worden sein.

Explosion auf einem italienischen Dampfer.

New York, 19. Juli. (P. C.) Hier traf ein drahtloses Telegramm über Antantel ein, demzufolge an Bord des von Genoa nach New York begriffenen italienischen Dampfers „Principe de Piemonte“ eine schwere Explosion stattgefunden hat, der mehrere Menschen zum Opfer gefallen sind. Im Maschinenraum platze ein Kesselrohr, und durch den ausströmenden heißen Dampf wurden 5 Maschinen getötet, während mehrere zu Hilfe eilende Heizer schwere Verletzungen erlitten.

Zur Frage der Erweiterung der Parteileitung.

Von H. Müller.

Die Vorlage über die Änderung des Organisationsstatuts, welche die in Jena eingefasste Kommission am 12. Juni veröffentlichte, hat in einem Teile der Parteipresse lebhaften Widerspruch gefunden, vor allem, was die Reformierung der Parteileitung betrifft. Die Kritiker bewegen sich dabei meist in denselben Gedankenengängen und kommen zu den gleichen oder ähnlichen Resultaten wie Genosse Dittmann in Nummer 162 des „Vorwärts“ und Genosse Ledebour in Nummer 39 und 40 der „Neuen Zeit“.

Genosse Ledebour findet, daß das Resultat der Kommissionsberatungen „wenig dem Sinne des (Jenaeer) Parteitagbeschlusses entspricht“ und führt es unter anderem darauf zurück, daß die Kommission mit unwesentlichen Änderungen einen ihr vom Parteivorstand vorgelegten Entwurf angenommen habe. Die Kommission wurde durch den Entwurf des Parteivorstandes keineswegs überrascht. Dieser Entwurf war 10 Tage vor dem Zusammentreten der Kommission verhandelt worden und die Mitglieder der Kommission hatten genügend Gelegenheit, den Entwurf vor Beginn der Beratungen durchzuarbeiten. Das geschah auch. Bei Beginn der Beratungen lagen bereits vervielfältigte Änderungsanträge vor, die unter anderem auch das enthielten, was Genosse Ledebour an Stelle der Vorlage sehen will: Die Vermehrung der Beisitzer im Parteivorstande um 7. Diese Anträge wurden in der Kommission allerdings abgelehnt, und zwar nicht nur mit Hilfe der Stimmen des Parteivorstandes, sondern auch mit den Stimmen der überwiegenden Mehrheit der 22 Genossen aus dem Lande. Der Parteitag hatte der Kommission gar keine Direktiven im Sinne der Vorlage Ledebours auf den Weg gegeben, sondern ihr völlig freie Hand gelassen.

Der Parteivorstand fühlte die Verpflichtung, der Kommission eine Vorlage zu machen. Dürfte er es nicht getan, und wären dadurch die Beratungen langwieriger und unfruchtbarer geworden, wäre ihm sicherlich wieder der beliebte Vorwurf mangelnder Initiative gemacht worden. Der Parteivorstand knüpfte in seiner Vorlage an das einzig Positive an, was auf dem Parteitage in Jena zur Reorganisation der Parteileitung in der Debatte geäußert worden war, und zwar vom Genossen Quard, der zur Begründung des Antrages 73 ausgeführt hatte, daß die politischen Führer der einzelnen Landesteile an der Leitung der Partei beteiligt werden sollten. Vor dem Parteitage hatte schon Genosse Kauffmann in Nummer 40 der „Neuen Zeit“ vom 8. September 1911 auf den Nationalrat der französischen Sozialdemokratie hingewiesen und über die Frage der Einsetzung eines Parteiausschusses unter anderem bemerkt, dieser habe dafür zu sorgen, daß der Parteivorstand stets in enger persönlicher Fühlung mit den Genossen der verschiedenen Teile des Reiches steht, deren Ansichten und Wünschen, deren Wünsche und Stimmungen er sich... Die Mehrheit der Kommission war denn auch durchaus der Meinung, daß die Einsetzung einer solchen, für die Partei neuen Institution, um mit Kauffmann zu reden, „wohl geeignet sei, Aktionen des Vorstandes zu fördern, wenn es sich um Beschlüsse von weittragender Natur handelt, die nur dann erfolgreich verwirklicht werden können, wenn die ganze Masse der Parteigenossen mit voller Kraft hinter ihnen steht“.

Als der Parteivorstand die Einsetzung eines Parteiausschusses vorschlug, war er ganz und gar nicht der Meinung Ledebours, daß damit nichts wesentliches geändert würde. Der Parteivorstand erleidet vielmehr, wenn der Entwurf der Kommission Parteigegehr werden sollte, eine wesentliche Einschränkung seiner bisherigen Rechte. Der Parteivorstand betrat trotzdem die neue Bahn, weil er glaubte, daß bei der großartigen Entwicklung, die die sozialdemokratischen Organisationen in den letzten 20 Jahren im ganzen Reiche genommen haben, durch die Schaffung einer besseren organisatorischen Fühlung mit den Genossen der einzelnen Landesteile die Schlagkraft der proletarischen Armee gerade in politisch bewegten Zeiten stark erhöht wird.

In der Beziehung der führenden Genossen aus dem Reiche

kann bei der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Zustände eine bedenkliche Konzeption an das föderalistische Prinzip nicht erblidet werden. Wir können uns über die Verhältnisse, unter denen und gegen die wir in der besonderen deutschen Misere zu kämpfen haben, nicht hinwegsetzen. Wir brauchen das um so weniger, als die französische Sozialdemokratie in dem Einheitsstaate Frankreich mit ihrem von den Organisationen der Departements gewählten Nationalrat sehr gut gefahren ist. Daß auch bei uns die Genossen der einzelnen Landesteile die Kandidaten zum Parteiausschuss vorschlagen müssen, liegt in der Natur der Sache, denn die Parteiauswahlmitglieder sollen wirklich das Vertrauen der Wähler ihrer Wahlkörper haben. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die dieser Streitfrage gewiß objektiv gegenübersteht, hat in ihrer Nummer 186 in einem Artikel über „Organisationsfragen in der deutschen Partei“ unter anderem sehr richtig bemerkt:

„Damit wird nicht etwas durchaus Neues geschaffen, auch dieser Parteiausschuss ist nur eine weitere Entwicklung schon bisher bestehender Einrichtungen. Das heute noch in Geltung stehende Statut hat schon festgelegt, daß bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen der Parteivorstand die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich zu hören oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten hat. Diese demokratische Bestimmung wird nun genau festgelegt und in eine zwingende Form gebracht. Man bemüht sich, alle Teile des Reiches und auch alle in der Partei zum Ausdruck gelangenden Strömungen im neuen Parteiausschuss zum Ausdruck zu bringen... So ergibt sich durch die beabsichtigte Einsetzung dieses neuen Organs der Parteileitung eine starke Demokratisierung der Regierung und Verwaltung der Partei.“

Gegen den Parteiausschuss wurde geltend gemacht, daß er die Initiative des Parteivorstandes lähmen könne, weil der Parteivorstand mit einer notwendigen Entscheidung zurückhalten könne, bis der Parteiausschuss zusammenläuft. Dieser Einwand ist hinsichtlich der Parteiauswahlmitglieder über Nacht aus allen Teilen des Reiches nach Berlin berufen worden und der Parteivorstand söge sich berechnete Vorwürfe zu, wenn er in einer brennenden Frage die Einberufung des Parteiausschusses nicht auf schnellstem Wege veranlassen würde. Ständen für eine Entscheidung von schwerwiegender Bedeutung aber nur Stunden zur Verfügung, so beredete der Parteivorstand, der nicht sofort handeln, nicht auf der Stelle zu stehen, auf die ihn das Vertrauen der Partei berief. Der Parteivorstand hat ferner in der Kommission bereits erklärt, daß er die neue Institution nicht als eine Organisation zur Abwälzung der eigenen Verantwortung betrachte. In Streitfällen wird man nach wie vor in erster Linie den Parteivorstand zur Verantwortung ziehen.

Unangenehm berührt ist Genosse Ledebour von dem Satze der Begründung der Vorlage, in dem es heißt, daß die 26 Wahlkörper bereits für den diesjährigen Parteitag Vorschläge machen sollen, „für den Fall, daß der Parteitag die vorgeschlagenen Änderungen beschließt“. Dadurch solle auf Umwegen dem Vorstandspolizeistand die Durchführung gesichert werden! In der Kommission ist niemand auf diesen Gedanken verfallen, als diese selbstverständliche Eventualmaßnahme von Kommissionsmitgliedern angeregt wurde. Wenn sich aber wirklich ein Parteitag delegierter finden sollte, der die Annahme der Vorlage mit den naiven Worten: „Na, die Vorschläge sind doch nun einmal schon gemacht“ befristet würde, so würde das jedenfalls ein ganz kolossales Eindeut machen.

Der Kommissionsentwurf genügt dem Genossen Ledebour aber auch deshalb nicht, weil er in den 22 Kommissionsmitgliedern immer noch kein genügendes Gegengewicht gegen die Parteivorstandsbureaucratie erblickt. Wie es in unserer Partei Genossen gibt, die die Parteiregierung bekämpfen, weil man angeblich jede Regierung bekämpfen muß, so gibt es auch Genossen, die in der Partei immer dann bürocratische Einflüsse wittern, wenn der Parteivorstand nicht so entscheidet, wie sie es gerade haben wollen. Das ist nicht erst seit gestern so. Als in den Kämpfen um die Budgetabstimmung in den Einzelanträgen der Parteivorstand nicht so entschied, wie die Mehrheit der süddeutschen Genossen es gerne haben wollten, wurde von revisionistischer Seite behauptet:

Im Parteivorstand sitzen keine Politiker mit weitem Blick, sondern Bureaucraten, die sich darin erschöpfen, die Partei nach dem vielerlei Resolutionen zu regieren. Heute wird von der äußersten Linken der Partei nach dem gleichen Rezept gegen den Parteivorstand gearbeitet. Auf diese Angriffe von rechts und links wird der Parteivorstand auch in Zukunft nicht ganz verzichten können.

Nach einem berühmten Dichtertext — heißt es da — ist nicht der freie Mensch zu fürchten, sondern der Sklave, wenn er die Ketten bricht. Die wenigsten großstädtischen Ehemänner gleichen heute gefesselten Sklaven, da die Frauen teils notgedrungen, teils aus eigenem Antrieb weit dubiozamer sind als früher. Eine eheliche Polizeistunde ist in der Großstadt, die die Nacht zum Tage macht, kaum mehr durchführbar; kein Mensch hält es für lächerlich, bis zum Morgengrauen im Café zu sitzen, und falls einmal eine Antitippe mißtraulich nachforscht, so braucht der Mann kein Dialektiker wie Sokrates zu sein, um sich mit geschicklichen Zusammenfängen um Mitternacht, mit späten wissenschaftlichen Vorträgen und ähnlichen Dingen glanzvoll herauszureden. Sodann betrachten gerade in den Kreisen, die am ehesten durchgängigeren Strohwitwen stellen könnten, auch die Frauen die im hellsten elektrischem Licht strahlenden dunklen Seiten Berlins nicht mehr mit der stillen Entrüstung ihrer Mütter und Großmütter; wie sie in Ausstattungstheater die unverschämtesten Unanständigkeiten freigeistig belachen, so fängt es sie, sich als Zuschauerinnen in die nächtlichen Orgien des leidenschaftlichen Lasters zu mischen. Dadurch verlieren für den Gatten die Stätten zweideutigen Vergnügens viel vom Reiz der Heimlichkeit und der verbotenen Frucht. Im übrigen hat er Zeit und Gelegenheit genug, unbemerkt sardanapalische Reigungen auszuleben, auch wenn seine Frau nicht in der See habe oder im Hochgebirge klettert; die Strohwitwenhaft findet ihn nicht als ausgehungerten Tiger, der sich, aus dem Käfig befreit, mit wilder Gier an seine Beute stürzt. Sie beraubt ihn mancher häuslichen Bequemlichkeiten, ohne ihm viel zu befehren, was er früher nicht schon gehabt hätte. Dazu kommt, daß sich in Berlin wie in anderen großen Städten Venus und Bacchus immer enger mit Merkur, dem Gott des Handels, verbinden. Der ein geborene Berliner weiß, daß die Tempel der Lust eine verzweifelte Wehmühsigkeit mit der Börse haben, daß sich der ganze in seiner Art wirklich großartige Apparat ausschließlich ums bare Geld dreht. So macht er den Kummel einmal mit guter Miene mit, um ihn gesehen zu haben, oder um ihn stannenden Fremden zu zeigen, ist aber im übrigen viel zu gewichtig, um sich von hochfeudalen Kellnern und anspruchsvollen Huldinnen zum Konsum unverschämter teuren Sektes pressen zu lassen. Das überläßt er den Fremden, die mehr schämüchende Phantasie in das Getriebe mitbringen, und den Hochstaplern, die Aufgaben für solche Zwecke unter die notwendigen Unkosten ihres Gewerbes rechnen.

Alfred Fouille, einer der bekanntesten zeitgenössischen Philosophen Frankreichs, ist 74 Jahre alt, in Lyon, gestorben. Er war Autodidakt, parierte nicht, wie die meisten Antiquarier auf die alademischen Stellen der Ecole Normale und machte sich eiliche Jahre als Gymnasiallehrer in der Provinz herumdrücken, ehe er sich durchsetzte. Doch wurde er schon 1870 zum Philosophieprofessor an der Ecole Normale ernannt und später zum Mitglied der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften gewählt, wo sein jüngster Kollege belamlich Herr Lépine geworden ist. Fouille war in Frankreich der Verkünder der Rückkehr zum Idealismus gegenüber dem Materialismus und dem Positivismus. Sein Hauptgedanke waren die „Lédox-Loxox“, die Ideen der Kräfte

Genosse Otto Bauer sagte im Juniheft der österreichischen Zeitschrift „Der Kampf“:

„Nunmehr ist die Macht in der Partei, so scheint die Entwicklung jetzt zur Dreiteilung zu treiben. Radikale Linke, marxistisches Zentrum, revisionistische Rechte.“

Der Parteivorstand vertritt die alte Parteileitung, die des marxistischen Zentrums der Partei und der Besitz dieser „Klassen und bestimmten Anschauungen“ wurde von den Kandidaten zum Parteivorstand allerdings bisher verlangt. Deshalb ist es auch falsch, wenn Ledebour behauptet, die Parteivorstandsmitglieder wären so ausgewählt worden, daß sie bei keiner Richtung Anstöß erregen durften. Den in unserer Partei zum Schlagwort gewordenen Begriff Bureaucratie definiert Ledebour so:

„Wenn eine Anzahl von Personen, die in erster Reihe berufsgemäß mit Verwaltungsgeschäften sich zu befassen haben, Jahr für Jahr unabhängig zusammenwirken, so bildet sich unter ihnen unbeschadet mancher Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen doch allmählich eine Interessen- und Ansehenssolidarität heraus, das, was man eben den bürocratischen Geist nennt.“

Was soll das heißen: Interessensolidarität? Die Parteivorstandsmitglieder haben kein anderes gemeinsames Interesse, als das, ihre ganze Kraft den Interessen der Arbeiterklasse zu widmen. Bleibt die Ansehenssolidarität. Unzweifelhaft richtig ist, daß Genossen, die jahraus, jahrein zusammenarbeiten und gemeinsam entscheiden, durch die Praxis gemeinsame Erfahrungen gewinnen. Das trifft zumal für die Behandlung geschäftlicher Dinge und organisatorischer Fragen zu. Da bilden sich gewisse Grundsätze heraus. Ohne solche können geschäftliche Unternehmungen überhaupt nicht geleitet werden. Ist ein Irrtümerer schon in der Politik schädlich, so vertragen geschäftliche und Verwaltungsangelegenheiten überhaupt keinen Pöckelfuss. Die „manderlei Meinungsverschiedenheiten“ werden sich aber fast immer bemerkbar machen, wenn es sich um Entscheidung politischer Fragen handelt. Die Politik einer Kampfpartei bringt von Jahr zu Jahr neue Probleme, bei deren Lösung das frischpulsierende Leben die bürocratische Behandlungsweise selbsttätig ausschaltet. Außerdem sind die Parteibeamten — nicht nur die Vorstandsmitglieder, auch unsere Sekretäre in den Provinzen und Kreisen — der staatlichen Bureaucratie nicht vergleichbar. Sie sind nicht an den grünen Tisch gefesselt, sondern agieren im Lande: reden, schreiben für die Presse, kandidieren bei Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde, und das alles bewahrt sie vor bürocratischer Verkünderung.

Nun meint freilich Genosse Dittmann, daß mit den Kräften der Parteivorstandsmitglieder Raubbau getrieben wird, und daß ihnen die Zeit und Mühe fehle zur Teilnahme an der geistigen Fortentwicklung der Partei und zu ihrer eigenen Weiterbildung. Leider sei man in unserer Partei noch vielfach von der Vorstellung befangen, ein Parteibeamter müsse von früh bis spät mit Bureau- und Verwaltungsarbeiten beladen sein usw. Wenn das richtig wäre, so müßte allerdings auf Abhilfe gedungen werden. In den letzten Jahren sind die Vorstandsmitglieder bereits bemüht gewesen, ihre Vurcazeit so einzurichten, daß ihnen noch Mühe zur Weiterbildung und Zeit bleibt, das Leben der Partei und das Wirken der Gegner genügend zu beobachten. Die Arbeit im Vorstand ist selbstverständlich ressortmäßig eingeteilt. Die zwölf Abteilungen, die Dittmann wünscht, sind vorhanden, wenn auch aus Zweckmäßigkeitsgründen anders gruppiert. Die Arbeit wird von sieben besoldeten Vorstandsmitgliedern und einer Genossin geleistet. Nach Auffassung des Parteivorstandes ist diese Zahl von Personen nach den heutigen Bedürfnissen einstelligen genügend. Zwei Sekretäre vertreten sich gegenseitig im Falle von Reisen im Dienste der Partei, von Ferien oder im Falle sonstiger Verhinderungen. Ein Teil der Arbeiten, die früher von Vorstandsmitgliedern erledigt wurden, werden jetzt von besonderen Hilfskräften erledigt. In den Druckereiangelegenheiten z. B. steht dem Parteivorstand ein angestellter technischer Sachverständiger zur Seite und für die Jugendbewegung ist seit einem halben Jahre ein besonderer Sekretär tätig. Inwiefern in Zukunft in anderen Ressorts Arbeiten an Nichtvorstandsmitgliedern abgegeben werden, wird die Entwicklung lehren. Der Parteivorstand wird im Bedarfsfalle auch gerne dazu die Initiative ergreifen, wie er das früher tat.

Nun noch einige Bemerkungen über den Vorschlag der Zuwahl von 7 bis 9 Beisitzern und über die Stellung der Kontrollkommission. Dem ersteren Vorschlage wurde in der Kommission und nicht nur von süddeutscher und revisionistischer Seite lebhaft widersprochen. Wenn die 7 bis 9 Beisitzer an allen Vorstandssitzungen teilnehmen sollen, so können sie nur aus Berlin und seiner nächsten Um-

in einer Neuauflage der Gedanken Platos unter Einfluß auch der Hegelschen Philosophie. Die Ideen sind für Fouille das Primäre, die Gefühle das Sekundäre. Der Wille ist weder determiniert, noch indeterminiert, aber determiniert. Einige Zeit hat Fouille einen starken Einfluß auf die Intellektuellen ausgeübt, heute hat der Bergsonische Intuitionismus als Modetheorie seine Lehre abgelöst. Fouille beschäftigte sich auch viel mit soziologischen Problemen, schrieb eine Psychologie des französischen Volkes und der Völker Europas, ein Buch über den Sozialismus und die reformistische Soziologie u. a. In diesen Werken zeigte er sich als Vertreter des alten moderierten Bourgeoisliberalismus und gab manchmal einen geradezu verblüffenden Mangel an Verständnis für die Marx'sche Lehre kund.

Notizen.

— Neue Dramen. Karl Hauptmann hat zwei neue Dramen geschaffen: „Die lange Julie“ und „Die armen Besenbinder“. Die armen Besenbinder“ werden voraussichtlich in Rußland gespielt werden.

— Bühnenchronik. Eleonora Duse will, wie zu erwarten war, wieder zur Bühne zurückkehren, die sie eine Zeit lang gemieden hat. Natürlich wird sie wieder mit einer ganz kleinen und voraussichtlich ganz elenden Truppe (wie bisher stets) reisen. Denn die große Künstlerin denkt nur an sich und spart dafür am Ensemble und opfert dem Gesamteindruck.

— Der amerikanische Kunstimport. Die Gesamtsumme, die Amerika im Jahre 1911 für fremde Kunstwerke ausgegeben hat, beläuft sich nach der Statistik des Zolldepartements auf die ungeheure Summe von 40 Millionen Dollar. Im Vorjahre hatte man nur 29 1/2 Millionen Dollar aufgewendet. Freilich beträgt die für Juwelen ausgegebene Summe 41 Millionen Dollar und die für Spitzen und andere Toilettengegenstände 44 Millionen Dollar. Aber wenn die 40 Millionen wirklich für bedeutende Kunstwerke ausgegeben worden wären, dann müßte Amerika bereits ein wahres Kunstparadies sein. Dies ist aber, wie in einem Bericht des „Cicero“ mitgeteilt wird, nicht der Fall. Die eingeführten Kunstwerke sind zum großen Teil Nachahmungen und wertlose Exportwaren.

— Das Wachstum amerikanischer Großstädte. Die soeben abgeschlossene Völkerverzählung der Vereinigten Staaten für das Jahr 1910 weist für Groß-New-York eine Einwohnerzahl von 4 760 033 Köpfen auf, was ein Wachstum von 88,7 Proz. in dem seit der letzten Zählung vergangenen Jahrzehnt bedeutet. In den sechs folgenden Großstädten der Union war die Bevölkerungszunahme im Vergleich zu der New Yorks geringer. So hat Chicago für das Jahrzehnt mit 2 448 921 Einwohnern eine Steigerung um 83,1 Proz., Philadelphia mit 1 872 342 Einwohnern 21,6 Proz., Boston mit 1 520 470 Einwohnern eine Steigerung von 21,7 Proz., Pittsburgh mit 1 042 855 Einwohnern eine Steigerung von 31,6 Proz. und St. Louis mit 828 788 Einwohnern eine solche von 27,6 Proz.

Kleines feuilleton.

Ein verschollenes deutsches Tier. Es ist eine der wunderbarsten und zugleich drängendsten Fälle aus der Vögelgeschichte unseres Vaterlandes, daß ein Tier, das noch zur Reformationszeit in großen Scharen den deutschen Wald bevölkerte, so spurlos untergegangen ist, daß es ein paar Jahrhunderte später als eine neue Tierart entdeckt wurde und sich heute nur in Zoologischen Gärten findet. Wilhelm Dölsche, der diesem aus unserer Fauna verschwundenen Tier, den Wald-rapp, einen interessanten Aufsatz in „Ueber Land und Meer“ widmet, meint, diese Geschichte sei wert, daß jeder sie näher kennen lernt: „denn sie enthält ein Reizmittel. Sie predigt mehr für die Notwendigkeit von Tierchutz und Heimatschutz, als ganze Bände vermögen. Im Jahre 1832 wurde der Schopfbis von Bogler zum ersten Male wissenschaftlich als ein Vogel Afrika beschrieben, der bisher von keinem europäischen Forscher gesehen worden war. Das Tier ward eingestrichelt in die Weltfauna, von den Museen mit mancherlei Mühen weit über Meer geschafft, und erst zufällig gelang 1897 die Feststellung, daß dieser heute nur noch egoistisch fortlebende Schopfbis kein anderer Vogel sei als der alte deutsche Waldrapp (Waldraube) des 16. Jahrhunderts, den damals an vielen Orten jedermann bei uns kannte. Das Tier ist von dem großen Zoologen der deutschen Renaissance, dem Züricher Konrad Gesner, vorzüglich beschrieben und gut abgebildet worden. Man erfährt, daß der Vogel einem Raben an Größe und Farbe „fast ähnlich“ war. Daneben aber erscheinen alle die charakteristischen Merkmale des ägyptischen Schopfbis: der krumme rote Wilschnabel, das behende Kadenzkopfe, die tünzliche Kahlheit des Kopfes und das schwarze übrige Gefieder, auf dem damals wie jetzt ein metallischer hunder Schimmer erglänzte. Man verglich ihn mit einem Raben, weil der Vogel, wie Gesner berichtet, nicht nur in „eindenden Wäldern“ wohnte, sondern besonders gern „in hohen Stroffen oder alten eindenden Tümen und Schlößern“ nistete. Der Waldrapp war also kein Sumpfvogel, wie der gewöhnliche Ibis, sondern lebte wie der Schopfbis mit Vorliebe in felsigen und altem Gemäuer. Dieser dochlenhaft auf Burgruinen nistende deutsche Ibis war, außer in der Schweiz, auch im Salzburgerischen, im weiteren Oesterreich, im bayerischen Donaugebiet, noch im sechzehnten Jahrhundert häufig anzutreffen. Um 1608 war der Waldrapp noch ein „gemein Wildvögel“ und sogar in Steiermark und Zürich urkundlich als Vertilger schädlicher Ungeziefer geschätzt. Warum ging nun der seit so lange bei uns heimische Vogel ein? Leider ward das Tier, wie Gesner sagt, „für einen Salsch gehalten“: das liebliche Fleisch und weich Gebein“ seiner Nestflügel lockte die Feinschmecker an, die die Waldrappjungen aus den steifsten Felsenestern herausnahmen. Und so erbarmungslos gründlich wurde die Plünderung betrieben, daß die Waldrappen, die wie Storch und Rahtigall Zugvögel waren, allmählich nicht mehr wiederamen.

Die Philosophie des Strohwitwers. In der „Köln. Zeitung“ finden wir eine Charakteristik des Berliner Strohwitwers, die als Beitrag zur Moralphilosophie des Vürgerturns nicht ohne Interesse ist.

gebung genommen werden. Es kann nicht im Interesse der Berliner liegen, so weitgehende Rechte zu verlangen, nachdem die Partei, ganz mit Recht, seit langem schon Berlin eine Ausnahmestellung eingeräumt hat, insofern die Groß-Berliner Parteiorganisation das Recht hat, zwei Reichstagesmitglieder zu ernennen. Die Parteipresse hat diese Vorschläge nur mit Einschränkung akzeptiert. Das „Hamburger Echo“ will keine Abgeordneten als Reichstagesmitglieder, weil diese schon hinreichend im Parteivorstand vertreten sind; das „Hollische Volksblatt“ hält es für bedenklich, daß Redakteure als Reichstagesmitglieder fungieren, weil ihnen dadurch die Freiheit der Kritik eingeengt werden könnte. Berliner Parteimitglieder und Gewerkschaftsbeamte würden angeblich wieder unter die Befehle der bürokratischen Verwaltung fallen. Arbeiter, die in den Fabriken stehen, können sich nur ganz selten die Woche ein- bis dreimal einen halben Tag freimachen, um an den Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen. Das Rekrutierungsgebiet für diese Reichstagesmitglieder unter Berücksichtigung dieser Wünsche und Verhältnisse kein allzu großes.

Für die Abschaffung der Kontrollkommission, die von einigen Seiten verlangt wurde, was die Kommission nicht. Bei den wachsenden Aufgaben der Partei ist die Existenz einer Kontrollkommission eine Notwendigkeit. Den Parteivorstand kann man ebenso wenig mit den Aufgaben der Kontrollkommission betrauen, wie diese mit den politischen Aufgaben, die der Entwurf dem Parteivorstand zuweist. Die Kontrollkommission ist nach dem Entwurf nicht nur Überwachungsorgan, sondern auch Beschwerdeinstanz gegen den Parteivorstand (§ 17 und 19 des O. St.). Gegen die Zuteilung der dem Parteivorstand zugehörigen Aufgaben an die Kontrollkommission hat sich in dem zitierten Artikel der „Neuen Zeit“ bereits Genosse Hauslich geäußert:

„Die Zuteilung der Funktionen eines politischen Parteivorstandes an die Kontrollkommission erscheint mir jedoch nicht zweckmäßig. Beide haben ganz verschiedene Aufgaben und sind daher in verschiedener Weise zusammenzusetzen. Die Kontrollkommission hat den Parteivorstand zu überwachen und die Rechte der Mitglieder ihm gegenüber zu wahren.“

In der Debatte über die Beschränkung der Rechte der Fraktion, soweit ihre Teilnahme am Parteitag in Frage kommt, wurde u. a. vorgeschlagen, der ganzen Fraktion die Teilnahme zu gestatten, aber ihr das Stimmrecht zu nehmen. Dann sollte aber auch den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Kontrollkommission das Stimmrecht genommen werden. Das letztere ist für eine demokratische Partei unannehmbar. Die Partei muß wissen, wie die Genossen, die sie als Parteivorstand und Kontrollkommission an die Spitze der Partei berufen hat, zu den die Partei bewegenden Streitfragen stehen und deshalb muß sie verlangen, daß die Führer der Partei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, auf dem Parteitag zu stimmen. An der Spitze der sozialdemokratischen Partei sollen keine Genossen stehen, von denen man, wie von dem schwedischen Obersten Wrangel in Schillers „Wallenstein“ sagen kann:

Sie haben bloß ein Amt und keine Meinung!

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig beschäftigte sich mit den vorgeschlagenen Änderungen des Organisationsstatuts. Nach längerer Debatte wurden folgende, dem Kreisrat des Wahlkreises Naumburg-Weißfels-Heilg. zu unterbreitende Entwürfe angenommen:

Die Festsetzung des Mindestbeitrages von 40 und 20 Pf. ist im Prinzip zu empfehlen. In den Kreisen, die Wochenbeiträge von 10 Pf. erheben, soll dieser Modus beibehalten werden. In jenen Kreisen, wo ausnahmsweise sehr niedrige Löhne gezahlt werden, soll eine Uebergangszeit zugelassen werden.

Der Reichstagsfraktion soll das Recht bleiben, auf dem Parteitag stimmberechtigt vertreten zu sein.

Der Parteivorstand ist in der vorgeschlagenen Form abzulehnen. Dagegen ist der Parteivorstand durch einen unbefugten politischenerrat zu verstärken, dem sieben Genossen angehören, die auf dem Parteitag zu wählen sind.

Die Kontrollkommission behält ihre politische Funktion. Der sozialdemokratische Verein für Magdeburg veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1911/12, in dessen Einleitung festgelegt wird, daß der Verein „an Umfang und Festigkeit im Geschäftsjahre wesentlich gewonnen“ hat. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Juli d. J. 7296 (1911: 6256), darunter 1238 weibliche (1012). Von den Mitgliedern standen nur 831 im Alter unter 25 Jahren, wodurch das 18jährige Alter der bürgerlichen Gegner wiedererlangt wird, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen nur unerfahren, jugendliche Leute seien.

Der Verein hatte eine Einnahme von 46 545,39 M. und eine Ausgabe von 42 314,18 M. Sein Kassenbestand betrug am 1. Juli d. J. 20 820,71 M.

Erwähnt mag noch werden, daß mit dem 1. Oktober d. J. die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam begründete Zentralbibliothek mit einem Bestande von annähernd 10 000 Bänden eröffnet wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung des weimarer Staatsministeriums hatte sich der Verantwortliche der „Weimarer Volkszeitung“, der Genosse Faber, vor der Strafkammer in Weimar zu verantworten. Im Dezember v. J. wurde in Bad-Sulza der Kassierer der städtischen Sparkasse in den Gemeinderat gewählt. Der Parteivorstand erklärte die Wahl aber für ungültig, da der Gewählte als städtischer Beamter nicht wählbar sei. Auf behördliche Anordnung wurde dann eine Neuwahl vorgenommen und ein anderes Gemeinderatsmitglied gewählt. Auf eine Beschwerde erklärte nun das Staatsministerium als oberste Instanz die Wahl die Wahl des Sparkassenrentners für rechtmäßig, da dieser kein städtischer Beamter sei. Dadurch wurde die zweite Wahl ungültig, und der Neugewählte mußte das Stadtparlament wieder verlassen. Durch eine Kritik dieser Angelegenheit in der „Volkszeitung“ fühlte sich das Staatsministerium beleidigt und stellte gegen den Verantwortlichen Strafantrag. Der Angeklagte lehnte aber vor der Verhandlung nicht nur sämtliche Richter der Strafkammer in Weimar, sondern die des Großherzogtums überhaupt aus Besorgnis ab. Nach längerem Hin- und Hergehen der Parteien vertagte das Gericht die Verhandlung. Eine besondere Beschlusskammer hat zunächst über den Ablehnungsantrag des Angeklagten zu entscheiden.

Aus Industrie und Handel.

Mannesmann.

Unlöslich sind die Mannesmann mit dem Marokkotonstift von 1911 verknüpft. Ebenso wie die östlichen Mannesmann — nur in wirtschaftlicher Hinsicht wie diese in politischer. Das Mutterunternehmen der Gebirgs-Mannesmann, die Mannesmann-Nöhrenwerke, Düsseldorf, treiben seit Jahren eine äußerst scharfe Ausbeutungspolitik. Dies läßt sich jetzt, wo für 15 Millionen Mark neue Aktien dieser Werke zum Börsenhandel zugelassen werden, wieder recht deutlich erkennen. Das Unternehmen besitzt heute ein Aktienkapital von 45 Millionen Mark. Diverse finanzielle Art gewähren ihm die Deutsche Bank, die Berliner Handels-Gesellschaft, die Bankhäuser Jakob Stern und von der Heydt u. Co. Schon diese Namen zeigen, mit welchen Mächten die Öffentlichkeit auch in der Mannesmann-Marokkotonstift zu tun gehabt hat.

Die Mannesmannwerke haben ganz besonders im vergangenen Jahre planmäßig auf eine entscheidende Konzentrierung des Rohstoffes hingearbeitet. Verkaufsgemeinschaftsverträge trafen sie mit dem Witterer Stahlwerken, Bolcke, Zellerling u. Co., A. G. in Venrath, Gustav Kunze, Wassergas-Schweißwerk A. G. in

Worms, Gewerkschaft Grillo, Junke u. Co. in Gelsenkirchen — Schalte u. Siegler Stahlrohrwerke G. m. b. H. in Weidenau, abgegeschlossen. Die Gewerkschaft Grillo, Junke u. Co. wurde völlig erworben. In erster Linie um die Beschaffung für das Schweißrohrwerk der Mannesmann-Gesellschaft sicher zu stellen. Im übrigen arbeiten die in Verkaufsgemeinschaft lebenden Werke unter einer scharf durchgeführten Arbeitsteilung darauf, daß je ein Werk immer nur möglichst dieselben Größen und Qualitäten herstellt.

Die Mannesmannunternehmen sind an einer ganzen Anzahl von Syndikaten, Kartellen, Vereinigungen und Konventionen interessiert. Besonders wichtig ist, daß die Mannesmannwerke, deren offizielle Firmenträger es im Vorjahr verstanden haben, von Deutschland Schutz ihrer deutschen Wirtschaftsinteressen in Marokko zu fordern, selbst durchaus international arbeiten, also für sich das Recht in Anspruch nehmen, in Ländern anderer Nationen auch Protekte holen zu können. So existiert eine Britisch-Mannesmann Tube Co. in London, eine Oesterreichische Mannesmannwerke G. m. b. H. in Wien, eine Societa Tubi Mannesmann in Mailand usw. Ueber alle herrscht die Muttergesellschaft zu Düsseldorf.

Es ist außerordentlich interessant zu beobachten, wie international die Großindustrie von heute und mit ihr ihre wichtigste Helferin und — Herrin, das Finanzkapital ist, trotzdem kommen immer gerade von dieser Seite die größten „patriotischen“ Kläusche. Es sei nur an den Patriottismus unserer deutschen Schiffbau-Gesellschaften, an die Vaterlandsliebe des Kohlenyndikats, das Deutschland der Raligewerkschaftsbefitzer und die preußische Liebe der Agrarier erinnert, die alle nach dem Ausland billiger verkaufen, mit dem Ausland Geschäfte machen, mit „Erbsenböden“ gemeinsam die dummen Volksmassen ausplündern, die noch an wirtschaftlichen Patriotismus und ähnlichen Schwindeln glauben.

Ein pfliffiger Plan.

Soeben wird der Geschäftsbericht des Kohlenkontors veröffentlicht. Das Kohlenkontor ist eine Vereinigung von Syndikatsgruppen. Es dient vorwiegend dem Auslandsabzug und der Versorgung Süddeutschland. Gleiche Interessen verbindet es mit dem Syndikat. Trotzdem wird nun der Ansehen einer Unstimmigkeit zu erwecken versucht. Der Bericht betont die Notwendigkeit, entgegen einem Verträge mit dem Syndikat, auch Kohlen von Aukenseitern zu beschaffen zu dürfen. Das hört sich an, als gerate man mit solcher Forderung in Gegensatz zum Syndikat. In Wahrheit dürfte hinter dem ganzen Plan nur die Absicht stehen, den Aukenseitern auf diesem Wege einen Strich zu drehen. Dem Syndikat sind die nicht angeschlossenen Aukenseitern natürlich ein Dorn im Fleische. Sie können ihn nicht entfernen, so lange die Aukenseitern noch jeder Richtung Bewegungsfreiheit haben. Dazu gehört auch die Unabhängigkeit in bezug auf den Absatz. Damit ist es jedoch vorbei, sobald sie auf den eigenen Verschleiß verzichten, ihn durch das Kohlenkontor besorgen lassen. Beherrscht dieses erst vollständig den Markt, dann sind ihm die Nichtangeschlossenen auf Gnade und Ungnade übergeben. Weigert sich dann das Kontor, Kohlen von Aukenseitern zu vertreiben, dann sind diese vom Markte abgeschnitten. Sie müssen, wohl oder übel, in die reitenden Syndikatsarme flüchten. — Der Absatz des Kohlenkontors stieg im letzten Jahre von 10 $\frac{1}{2}$ auf 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, die Tonnendividende von 40 auf 65 Pf., oder inklusive der Aufsichtsratsstättende von 4 833 408 M. auf 7 361 277 M. Wie wird man erst im Golde schwimmen, wenn die erhöhten Kohlenpreise in Anrechnung kommen!

Soziales.

Beauftragte Gehilfenbesitzer.

Mit einer ungewöhnlichen Beauftragung von Reichstagsmitgliedern trat in der letzten Verhandlung der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts die „Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft“ auf. Es handelte sich um einen jener zur händigen Einrichtung gewordenen Massenprozesse, in denen die von der Gesellschaft auf Grund des Vertrages verweigerter Gratifikationszahlung dem Klagegrund bildet. Im Aufstellungsprotokoll ist festgelegt, daß die Gratifikation stets eine „freiwillige Leistung“ bleibe, und daß Angestellte, die zur Zeit der Verteilung nicht mehr im Hause tätig sind, überhaupt keinen Anspruch auf die Gratifikation haben. Der Vertreter der Gesellschaft führte nun in der Verhandlung aus, daß entgegen allen anderen Entscheidungen, die die Vertragsfreiheit hochhielten, gerade die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts das seines Erachtens unbegriffliche Urteil fällte, daß trotz des klaren Wortlauts des Vertrages dem Gehilfen die Gratifikation zuzusprechen. Obgleich ein solches Urteil später von der Berufungskammer aufgehoben war, beharrte erst jüngst wiederum die 1. Kammer auf ihrem Standpunkt. Die Gesellschaft begehrt nun die Befürchtung, daß der Vertrag wieder nicht anerkannt wird, wolle aber, da wir in einem Rechtsstaat leben, die Verträge, die in Deutschland geschlossen werden, auch gehalten wissen. Die Vermutung läge nahe, daß die Gehilfenbesitzer in diesen Fällen mit einer vorgefaßten Meinung zu Gericht lägen, und die Gesellschaft gebe diesen Richtern anheim, ob sie sich nicht selber für befangen erklären müßten.

Von den in dieser Weise angegriffenen Reichstagsmitgliedern erwiderte einer, es mache den Eindruck, als sollte von der anderen Seite eine Verunsicherung ausgeht werden, während ein Prinzipalbesitzer dem Vertreter der Gesellschaft erwiderte, es kämen aus Arbeitgebern in die Lage, solche Verträge als sittenwidrig anzusehen.

Nach der Beratung ergab sich dann, daß die Gehilfenbesitzer sich nicht für befangen hielten. Das Urteil erging im vorliegenden Falle zugunsten der Gesellschaft, der Vertrag wurde für bindend angesehen so daß eine Verpflichtung zur Zahlung einer Gratifikation nicht besteht. Der Vorsitzende Magistratsrat Dedow, legte, wie in früheren Fällen auch diesmal dem Vertreter der besagten Gesellschaft nahe, die Direktion möge doch in ihrem eigenen Interesse ihren Standpunkt revidieren und die Gratifikation ein für alle Male als feste Zahlung anerkennen, wenn sich der Angestellte nicht hat zu Schulden kommen lassen. Dieser fällige Anrufum auf den Vertrag kann ihnen auf die Dauer doch auch nicht angenehm sein, und auf die paar Tausend Mark im Jahre wird es einer so großen Gesellschaft wie der Ihrigen wohl auch nicht ankommen!

Wann wird dem Vertreter der A. G. G. die Einsicht kommen, daß „in einem Rechtsstaat“ Verträge nichtig sind, die gegen die guten Sitten verstoßen, insbesondere wucherische oder solche Verträge oder Vertragsklauseln, durch die der wirtschaftlich Stärkere die Lage des wirtschaftlich Schwächeren übermäßig ausnutzt? Ein Beispiel, das auf Erfüllung des Wortlauts seines sittenwidrigen Scheins besteht, ist kein Vertreter einer Rechtsordnung, sondern die Karikatur einer solchen.

Schwarze Listen.

Die Lokomotivfabrik Arnold Jung in Jungsenthal hatte feierlich sieben technische Angestellte sofort entlassen, weil sie, deren Arbeitskraft schon übermäßig in Anspruch genommen war, sich weigerten, unbezahlte Überstunden zu machen. Diesem unerhörten Vorgehen hat die Firma Jung jetzt die Krone aufgesetzt, indem sie die entlassenen Angestellten auch noch auf die schwarze Liste gesetzt hat.

Es wäre zu wünschen, daß die von dem Terrorismus der Firma so schwer Verachteten gegen die Verfeinerung durch „Schwarze Listen“ auf Unterlassung und Schadenersatz klagen.

Arbeit als Heilmittel.

Der Stukfateur W. erlitt am 24. Februar 1909 dadurch einen schweren Betriebsunfall, daß er mit einer Nähnagel zusammenbrach, Kopfverletzung und Gehirnerschütterung wurde als Unfallfolge festgestellt. Die hannoversche Langenwerks-Berufsgenossenschaft gewährte die Vollrente. Trotz mehrfacher Heilverfahren wurde eine Besserung des schweren Nervenerleidens, das sich anschließend an den Unfall entwickelte, nicht erzielt. Vom 7. Dezember 1910 bis Anfang Januar 1911, also während vier Wochen, wurde W. wiederum seitens der Genossenschaft einem Krankenhaus, und zwar dem Krankenhaus für Unfallverletzte in der Hafenstraße, überwiesen. Nach der Entlassung wurde die Vollrente auf 75 Proz. auf Grund

eines Gutachtens des bekannten Nervenarztes Dr. Plazet herabgesetzt. Herr Dr. Plazet sagt zur „Begründung“ der Herabsetzung der Rente:

„Leider hat der Krankenhausaufenthalt voll bestätigt, was ich früher über den Patienten sagte. Es ließ sich nachweisen, ein trotz forcierter Ernährung und Ruhe eintretender Gewichtsverlust, Störung der Gefäßinnervation, lebenden Gesichtsausdruck, niedergedrücktes Wesen, endlich eine dauernde, oft extrem gesteigerte Vererregbarkeit. Ganz besonders bedauerlich ist es, daß keine Behandlungsmethode, welche wir auch immer versuchten, einen Erfolg brachte. Trotz und alledem, gerade weil es nur Nervenerstörungen sind, halte ich andauernde Versuche zu leichter Arbeit durchaus für angebracht.“

Gegen die Herabsetzung der Rente wurde von W. Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Hamburg eingelegt. Das Schiedsgericht wies die Berufung zurück und erklärte in der Begründung der Entscheidung, daß es nicht darauf ankomme, die Frage zu beantworten, ob in den Verhältnissen, die maßgebend bei der Festsetzung der Vollrente waren, eine Veränderung eingetreten ist, sondern daß es sich vielmehr um die Festsetzung der Rente nach einem erneuten Heilverfahren handelte. Hierbei hat das Schiedsgericht auf Grund des Gutachtens des Dr. Plazet die Ueberzeugung gewonnen, daß eine 75prozentige Rente ausreichend sei.

Der von W. gegen diese Entscheidung eingelegte Rekurs beim Reichsversicherungsamt hatte Erfolg. W. brachte zur Unterstützung seines Rekurses ein Gutachten des Nervenarztes Dr. R. bei, der da erklärte, daß es keinem Zweifel unterliege, daß auch jetzt noch eine sehr schwere funktionelle Nervenschwäche infolge des Unfalls besteht. Dr. R. sagt weiter, daß jeder Beweis dafür, „wie ein Mann mit so schweren objektiven Gleichgewichtstörungen, allgemeinem Zittern und erheblicher Herabsetzung der motorischen Kraft der oberen Extremitäten jetzt schon gewerblich tätig sein soll, fehlt“. In den Entscheidungsgründen des Reichsversicherungsamtes heißt es u. a.: „Im Gegensatz zum Schiedsgericht hat das Reichsversicherungsamt auf Grund des Befundes, den der Nervenarzt Dr. Plazet in seinem für den neuen Rentensitzungsbescheid des Beklagten maßgebenden Gutachten niedergelegt hat, nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kläger einen, wenn auch nur geringen Teil der Erwerbsfähigkeit wiedererlangt hat, die er infolge des Unfalls vom 24. Februar 1909 eingebüßt hatte. Das Reichsversicherungsamt ist der Ansicht, daß der Kläger eine im wirtschaftlichen Leben wertvolle Arbeitskraft zurzeit noch nicht besitzt. In dieser Auffassung ist der erkennende Senat durch das Gutachten des Dr. R. noch bestärkt worden.“ W. erhält nun die Vollrente wieder.

Das vom Reichsversicherungsamt für nicht ausschlaggebend erachtete Gutachten steht nicht vereinzelt da. Solche Gutachten machen es begreiflich, wenn in weiten Kreisen der Versicherten der Glaube verbreitet ist, die von der Genossenschaft geforderten Rente seien nur dazu da, unter allen Umständen eine Besserung in dem Zustande eines Verletzten zu konstatieren, denselben möglichst „gesund zu schreiben“. Da wird vom Arzt der Genossenschaft erklärt, „daß keine Behandlungsmethode, welche wir auch anwandten, einen Erfolg brachte, daß trotz forcierter Ernährung und Ruhe ein Gewichtsverlust eintrat“. Und trotzdem der Versuch einer Herabsetzung der Rente, um Arbeit als Heilmittel zu probieren. Ob der Verletzte wirklich Arbeiten verrichten kann, wird außer acht gelassen. Sine qua non ist, daß ein dem demotischen schwerer Kranken Mensch absolut unmöglich sein dürfte, geeignete Arbeit zu finden. In einer Zeit, wo Hunderte gesunder Personen wochenlang nach Arbeit laufen müssen, der Unternehmender gesunde Arbeiter zur Verfügung hat, wird ein kranker Mann überhaupt nicht damit rechnen können, in Arbeit genommen zu werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Unterhaltsätze für uneheliche Kinder.

Gemäß § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist dem unehelichen Kinde von seinem Vater der der Lebensstellung der Mutter entsprechende Unterhalt zu gewähren. Die überwiegende Mehrzahl der Mütter der unehelichen Kinder gehört dem Dienstboten- oder Arbeiterstande an; ihre Lebensstellung entspricht den Lebensverhältnissen der unbemittelten Volksschicht. Sie unterscheiden sich im einzelnen gar nicht oder nur unwesentlich und gestaltet daher die gleichmäßige Festsetzung der Unterhaltsbeiträge. Tatsächlich haben sich auch bei den einzelnen Amtsgerichten fogenannte Mindestsätze herausgebildet, Sätze, die ohne den Nachweis besonderer Bedürfnisse regelmäßig genehmigt werden, wenn sich die Lebensverhältnisse der Kindesmutter nicht über das Niveau der breiten Schichten des Volkes erheben. In den verschiedenen Gegenden des Reiches und bei den verschiedenen Amtsgerichten schwanken die Mindestsätze aber ganz außerordentlich.

Der Rat Dr. Link in Lübeck hat eine Umfrage über die Mindestsätze vorgenommen und die Antworten von 1770 Amtsgerichten in einer im Verlage von Coleman in Lübeck erschienenen Schrift zusammengestellt. Es seien hier einige Stichproben wiedergegeben. Für Berlin-Mitte betragen die Mindestsätze für Kinder von 1 bis 6 Jahren 300 M., von 7 bis 16 Jahren 420 M., für Berlin-Schöneberg 300 M., für Hamburg 300 M., Breslau 216 bis 240 M., München 240 bis 300 M., Leipzig 200 M., Frankfurt a. M. 300 M. für die ersten 6 Jahre, 360 M. für die weiteren Jahre. Hannover hat 240 M., Halle a. S. für die Stadt 216 bis 240 M., für das Land 108 bis 216 M., Magdeburg (Stadt) für Kinder von 1 bis 6 Jahren 300 M., für solche von 7 bis 16 Jahren 360 M., Königsberg 216 M., Kiel 240 M., Nürnberg 208 M. usw. festgelegt. Im Gegensatz zu diesen verhältnismäßig hohen stehen folgende recht niedrigen Sätze: Pöhl in Pommern 60 M., Mothenburg in Bayern 80 M., Mittelfeld in Bayern 60 bis 70 M., Heiligenbeil in Ostpreußen 72 M., Regen in Bayern 48 M. usw. Ob man wirklich glaubt, daß mit solchen Beträgen ein Mensch, und sei es auch nur ein Kind, ein ganzes Jahr zu erhalten ist?

Die Alimentenbeiträge können den unehelichen Vätern vom Lohn gepöhlend werden. Es darf aber nur soviel gepöhlend werden, daß dem Schuldner der „notdürftige Unterhalt“ im Sinne § 860 der Zivilprozessordnung belassen wird. Auch über dieses unantastbare „Existenzminimum“ haben sich bei den einzelnen Gerichten einheitliche Sätze herausgebildet. Hier seien folgende Beispiele genannt: Berlin-Mitte 2,50 M. täglich, Kiel 2 M., Wiesbaden 70 M. pro Monat, Stettin 80 M. pro Monat, Regensburg 18 M. pro Woche, Mannheim 70 bis 80 M. pro Monat, Kronach (Bayern), 12 M., Kremppe (Schleswig) 15 M., Langenselbold (Hessen) 10 M. pro Woche, Landsberg (Schlesien) 80 Pf. pro Tag usw.

Diese Sätze zeigen gleichzeitig, unter welchen elenden Verhältnissen die arbeitende Bevölkerung ihr Leben fristen muß. Das 20. Jahrhundert soll bekanntlich den Kinde gehören. Öffentlich lenkt das Jahrhundert auch dazu, die Fürsorge für uneheliche Kinder besser zu regeln. Heute sind diese Unglücklichen vielfach auf die mangelhafte Armenfürsorge angewiesen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr abends — Sonntags von 4 $\frac{1}{2}$ —6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Zahrtst.) statt.

H. B. 12. 1. Anmeldung des Gewerbes muß bei der Direktion für die Vermahlung der direkten Steuern, Lüdenstr. 84/86 erfolgen und bezieht sich für alle von Ihnen angegebenen Gegenstände. 2. In den zum bauernden Aufenthalt und regelmäßigen Verkehr von Menschen bestimmten Räumen dürfen nicht mehr als 15 Kilogramm Benzin um, aufbewahrt werden. Die Aufbewahrung darf nur in geschlossenen Gefäßen erfolgen. Gefäße zur Aufbewahrung größerer Mengen als 2 Kilogramm müssen aus verschieblichen, verbleuten oder verbleuten Blech hergestellt sein. In Verkaufs- und sonstigen Geschäftsräumen dürfen höchstens 20 Kilogramm aufbewahrt werden, wenn diese Räume in keiner Verbindung mit Wohnräumen usw. stehen oder von ihnen räumlich und feuerlicher abgeschlossen sind. Sie können die unrichtigen Polizeiverordnungen hierüber event. bei uns einsehen. — H. B. 76. Der „Vorwärts“ war zu der Einmischung nicht geladen. Der Bericht stammt aber von einem Teilnehmer.

Inserat Genossen 131
Paul Stewert nebst Braut
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur Vermählung.
 Alle Genossen des 551. Bez.
 6. Kreis.

Todes-Anzeigen

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Putzer.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
August Lippelt
 Friedenau,
 am 17. Juli verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 21. Juli, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des
 Gemeindefriedhofs in Friedenau,
 Wilhelmstraße, aus statt.
 140/20 Die örtliche Verwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeulier
 Criderverwaltung Berlin.
 Den Kollegen hiermit zur
 Nachricht, daß unser Mitglied,
 der Lehrling
Willi Jahn
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Samstag, den 20. d. Mts., nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Marius-Kirchhofes,
 Wilhelmberg, aus statt. 157/16
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
 Am 18. Juli verstarb nach
 längerem Leiden unser lieber
 Sohn, Bruder, Schwager und
 Onkel, der Schriftfeger
Alfred Schulz
 im 30. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
 Familie Schulz.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 22. Juli, nach-
 mittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe in
 Ahrensfelde statt. Abfahrt des
 Zuges vom Schlesischen Bahnhof
 (Kriegener Bahnsteig) 3.15 nach-
 mittags. 251/95

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser guter Vater
Johann Gungowski
 am 18. d. Mts. plötzlich am Schlag-
 anfall gestorben ist.
 Frau Gungowski nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, nachmittags 5 Uhr, von
 der Leichenhalle des städtischen
 Friedhofs in Friedrichsfelde aus
 statt.

Am 18. dieses Monats starb plötzlich unser braver
 Parteigenosse
Th. Völker.
 Derselbe war seit einem Dutzend Jahren als Be-
 richterstatler und Mitarbeiter am „Vorwärts“ tätig.
 Durch seine Gewissenhaftigkeit und stete Pflichttreue
 erwarb er sich die Zuneigung und das unbedingte Ver-
 trauen aller.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
**Die Aufsichtsinstanzen
 des „Vorwärts“:
 Der Parteivorstand.
 Die Preßkommission.**

Am 18. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden
 der Buchdruckereibesitzer und Geschäftsführer der „Tribüne“
Friedrich Theodor Stegmann
 im 72. Lebensjahre. 293/18
 Dies zeigt Freunden und Bekannten tiefbetrübt an
 Frau Witwe Fr. Stegmann.
 Erfurt, 18. Juli 1912.
 Die Einäscherung der Leiche erfolgt am Sonntag,
 den 21. Juli, im Krematorium zu Gotha.

Dankfagung.
 Für die zahlreichen Beweise auf-
 richtiger Teilnahme bei der Beerdigung
 unseres lieben Vaters, Schwagers
 und Sohnes
Hermann Radicke
 lagen wir hiermit allen Beteiligten
 unseren herzlichsten Dank. 72a
 S. A.: Familie Fechner.

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlicher Teil-
 nahme sowie Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines Sohnes sage ich
 diesem Wege allen Kollegen der
 städtischen Zentrale Dank sowie dem
 Pflegerpersonal der Seemannsstadt Dank
 herzlichsten Dank. 251/15
Witwe Pauline Bürger.

Dankfagung.
 Für die rege Teilnahme und die
 herrlichen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meiner lieben Frau
Jakobine Sprung,
 unserer herzlichgeliebten Mutter, Schwie-
 ger- und Oheimmutter, lagen wir
 allen Bekannten, insbesondere dem
 Wahlverein Berlin IV (254. Bezirk),
 ganz besonders dem Verein der
 Frauen und Mädchen für seine große
 Eile, sowie dem Gesangsverein
 der Schuhmacher unseren verbind-
 lichsten Dank. 251/15
 Im Namen der trauernden Hinter-
 bliebenen: **Karl Sprung.**

Dankfagung.
 Für die liebevolle Teilnahme und
 die Kranzspenden bei der Beerdigung
 meines lieben Mannes sage ich allen
 Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Pauline Müller
 geb. Mahn. 25a

Dankfagung.
 Für die rege Teilnahme und die
 herrlichen Kranzspenden bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau **Auguste
 Springer,** unserer herzlichgeliebten
 unübergebliebenen Mutter und Schwieger-
 mütter, lagen wir allen Verwandten,
 Bekannten, insbesondere dem
 Wahlverein der S. Abteilung und
 den Kollegen der elektrischen Zentrale
 der Auergeellschaft unseren Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Springer nebst Kindern,
 Groppluststraße 12.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Cabinet Kaffee



Vor dem Rösten gereinigter Bohnenkaffee

Johannes Gerold
 Berlin W
 Lützow Str. 94
 Unter den Linden 21

Saison-Ausverkauf!
Schluß der Hosen-Woche
heute!

Wir bitten in dem morgigen Inserat die Einkaufs-Vorteile der zweiten Woche unseres Saison-Ausverkaufs zu beachten.

BaerSohn
 Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
 Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Str. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
 Jeglicher Nachdruck verboten.
 Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenfrei!

Sommerpreise.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
 Telefon: Amt Königstadt, 3040 und 3096.
 Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Künstriner Platz, alt. Ostb.).
 Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)
 Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

pr. Ztr.	pr. Ztr.
Vulkan-Salon-Briketts . . . 0.90 M.	Krone Halbsteine . . . 0.85 M.
Krone-Salon- . . . 0.95 M.	Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst. 0.90 M.
Ilse, Kaiser u. Akw. . . 1.00 M.	Anthracit Cadé . . . 2.30 M.

Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.
 Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.
 Steinkohlen billigst. Koks zu Anstandspreisen.
 Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.
 Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.

Raucht
Kressin Cigaretten
 2-3 Pf.

WESTMANN
 Mohren-Strasse 37a nahe Jerusalem Str.
 Gr. Frankfurter Str. 115 nahe Andreasstrasse

Schluss-Saison-Ausverkauf
 zirka 7250 Stück! Einzelne Beispiele!
 Best: Stoffe, Fasern und Zutaten!

1 Posten Bastkostüme, jetzt 26,00 M., fr. b. 150 M.
1 Posten St. Kostüme, jetzt 22,00 M., fr. b. 51 M.
1 Posten Lein-Kostüme jetzt 12,00 M., fr. b. 39 M.
1 Posten Ulester jetzt 8,50 M., fr. b. 27 M.
1 Posten Kleider jetzt 19,00 M., fr. b. 56 M.
1 Posten Röcke jetzt 8,75 M., fr. b. 25 M.
1 Posten Seidenmütel, jetzt 19,00 M., fr. b. 56 M.
1 Posten Tuchmütel jetzt 22,50 M., fr. b. 78 M.

Ohne Rücksicht auf Wert verkaufe jetzt meine Frühjahrs- und Sommer-Lager zu jedem nur irgend annehmbaren Preise!

Zurückgesetzte Konfektion!
 Kostüme 10,-, Röcke 5,-, Wintermütel 12,-,
 Abendmütel 20 M. - Nur noch kurze Zeit!

Plüsch- und Pelzkonfektion zu Sommerpreisen.
 Sonntags geöffnet von 8-10 Uhr.



Achtung! Gewerkschaften u. Vereine!
 Zur Kenntnisnahme, daß ich das
 Lokal
Charlottenburg, Krumme Str. 43
 (früher Mertens)
 eröffnen habe.
 Stelle mein Lokal nebst Vereins-
 stimmer jederzeit zur Verfügung.
Bernhard Groß.

Technikum - Bauschule
 Reg.-Baumeister Werner
 Neanderstraße 3.

Buchhandlung Vorwärts
 SW. 65, Lindenstr. 69
 (Baden).
 Zu empfehlen ist: 246/8
Der Kleingarten,
 seine Anlage,
 Einteilung und Bewirtschaftung
 von
Max Hesdörffer.
 Preis brosch. 60 Pf.

Praktisches Taschenbuch
für Gartenfreunde.
 Ein Ratgeber für die Pflege und
 sachgemäße Bewirtschaftung des
 häuslichen Gartens, Gemüse- und
 Obstgartens.
 von
Max Hesdörffer.
 Mit 137 Textabbildungen.
 Preis geb. 3.50 M.

Saison-Räumungsverkauf
 Feinste Anzüge, Paletots,
 schicke Ulster, Gebrockanzüge
 Smokings auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
 21. Unter den Linden 21.

Waldorf Astoria Cigarettes

Hockey 2 Pf.
 Clio 5 Pf.

Borussia-Festfale
 Inhaber Georg Wolgramm
 Telefon: Amt 6/7 Alterstraße 6/7 Telefon: West
 Norden 2074 Norden 2074
 empfiehlt seine vier Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten, sowie
 zwei Vereinszimmer, kalantes Entgegenkommen. Prächtiger Natur-
 garten noch einige Sonnende und Sonntage frei.



Allein-Verkauf für Gross-Berlin!
Favorit-Socken
 medizinisch imprägniert, vielfach
 begutachtet, bestens empfohlen.
 Besonderen Schweizerfüsse
 Paar... **85, 1.35**

A. Jandorf & Co

Belle-Allianzstrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Nur noch
Heute
Sonnabend



Woche

Es versäume niemand, von dieser äusserst günstigen Einkaufsgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen!

Puddingpulver 28 Pf.
 in versch. Geschmack (gefärbt) 5 Pakete

Lebensmittel

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.30	Landleberwurst	Pfund	85 Pf.
Knoblauchwurst	Pfund	1.30	Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	48 Pf.
Teewurst	Pfund	1.10	Schinkenspeck	Pfund	1.10
ff. Leberwurst	Pfund	98 Pf.	Nusschinken	Pfund	1.30

Kassler

Neue Kartoffeln 10 Pfund **45 Pf.**

* Obst

Zitronen	Dutzend	25, 35 Pf.
Weintrauben	Pfund	32 Pf.
Kirschen	Pfund	20 Pf.
Birnen	Pfund	10 Pf.
Bananen	Pfund	25 Pf.
Johannisbeeren	Pfund	28 Pf.
Matjes-Heringe	Stück	9 Pf.

* Gemüse

Tomaten	Pfund	10 Pf.
Wirsingkohl	Kopf	5 Pf.
Rot- oder Weisskohl	Kopf	5 Pf.
Mohrrüben	4 Bund	10 Pf.
Schoten	Pfund	12 Pf.
Grüne Bohnen	Pfund	14 Pf.
Neue Vollheringe	2 Stück	15 Pf.
Neue saure Gurken	Stück	5 Pf.

Kaffee Pfund **1.30, 1.40**

Himbeer- od. Kirschsaff ^{1/2} Flasche **58 Pf.**
 Soweit Vorrat:
 Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

* Geflügel

Gänse	Pfund	63, 75 Pf.
Enten	Stück	2.00, 2.50
Junge Hühner	Stück	65, 85 Pf.
Suppenhühner	Stück	1.75, 2.25

* Butter und Käse

Feine Molkereibutter in Paketen	1/4 Pfund	65 Pf.
Schweizer Käse	Pfund	90 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	78 Pf.
Limburger Käse	Pfund	55 Pf.
Briekäse	Pfund	55 Pf.
Romatour Käse	Stück	29 Pf.
Landkäse	2 Stück	35 Pf.

* Räucherwaren

Aale	Pfund	1.10
Aale	Bund	40 Pf.
Fludern	Stück	5 Pf.
Räucherheringe	2 Stück	15 Pf.

Apfelwein ... 3 Flaschen **95 Pf.**

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 20. Juli 1912.

Prater. D diese Berliner. Anfang 8 Uhr.
Hrania. Geschlossen.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Aufsuchener. Der Langantwalt Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Hofmänn.
Schiller-Charlottenburg. Das Konzert.
Thalia. Antollebchen.
Mitros. Schwindelmeier u. Co.
Hollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Bitoria-Gänger.
Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Leffing. Vergnügungstheater.
Neues Schauspielhaus. Schwester Schäfer. 1. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich u. d. d.
Neues Operetten. Parlettig Nr. 10.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Die leuchtende Söhne.
Kofe. Die Tragödie einer Ehe.
Folies Caprice. Parthiana-Ensemble. Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Unerschämte. Der Weg seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Kravatte.
Königsstadt-Kasino. Spezialitäten. Anfang 10 Uhr.
Admiralshaus. Esballeit: Joanne.
Sternwarte. Anwaltsstr. 67-62.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
 Operette von Leo Fall.

Metropol-Theater.

Schwindelmeier & Comp.
 Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. S. Biffon. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Nur noch kurze Zeit!



Hagenbeck's Indien

Tempelhofer Feld.

Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
 Schaustellungen!
 Vorstellungen!
 Volksbelustigungen!
5 Kapellen!
 Unbeschränkter zwangloser Aufenthalt!
 Große Wirtschaftsbetriebe mit Unterhaltungs-Konzert. Maeri Seliotti's
Löwen- und Tigeryruppe.
 Ohne Extra-Entree!
Sonntag 11 1/2 Uhr vm.:
Große Matinee!
 Ferner Vorstellungen: 3, 5, 7, 8 1/2, 10 Uhr.
Stehplatz 50 Pfennig.
 Reservierte Plätze: Loge 2.00, I. Tribüne 1.50, II. Tribüne 1.00. Kinder u. Militär die Hälfte.

Ablfahrtsstelle Schillingsbrücke
 (am Schleifischen Bahnhof.)
 Morgen Sonntag von mittags 2 Uhr ab ca. 1/2 stündlich nach Restaurant „Kyffhäuser“. Dabeist großes Gartenkonzert und Ball. Einzige Fahrt wochentags 20, Sonntags 30 Pf. Fahrgäste zahlen kein Entree.
Heute Sonnabend große Dampfer-Promenadenfahrt. Abfahrt abends 9, 9 1/2 Uhr.
Morgen Sonntag früh u. 8 bis 9, mitt. 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Hin 50 Pf., zurück 50 Pf.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
 Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Deersstraße beim **Alten Freund**.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Clown Alf Daniels mit seinem Firtuspöhen.
Ada Pagini Regl. Kammerorchestra, und
 10 weitere große Attraktionen.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel der berühmten Dresdener **Victoria-Sänger.**
 Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Die Unfallgefahren in der Holzindustrie
 Wander-Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes
 vom 23. Juni bis 21. Juli 1912
 im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal III
 Engelufer 14-15
 Geöffnet v. 9-1 u. 4-9 Uhr
 Sonntags von 9-1 Uhr
Deutscher Holzarbeiter-Verband

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Heute: Große Festbeleuchtung.
 Eintritt 1 Mark. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

LUNA PARK
 Heute **Elitetag**
 Sonnabend: Feuerwerk (Deichmann & Gallwitz).
 Sonntag Volkstag. 30 Pf. Kinder frei!
 Attraktionen zu besonders ermäßigten Preisen.

IKLA
 Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.
 Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des Passage-Panoptikums.
 Eintritt, alles inkl. 50 Pf. Kinder, Sold. 25 Pf.

Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen Badstraße 58.
 Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
 Dr. rom. Ausstattungskunst m. Tanz und Gesang in 5 Akten.
 Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
 Ecke Holzmarkt- u. Weydenstr.
 Vom 16. Juli: 8 Glanznummern bis 1. August: „Die weiße Dame“ Schwan mit Gesang.

Schiller-Theater

Charlottenburg.
Das Konzert.
 Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Bohr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Das Konzert.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Hofmänn.
 Theater in der Königsgräber Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Die Tragödie einer Ehe.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenbühne:
Zulu! Es ist erreicht! Dr. Reune.

Reederei Kahnt & Hertzner Telefon Königsf. 2062.
Billige Dampfer-Extrafahrten ab Waisenbrücke.
 Morgen Sonntag nach **Krampenburg.** Abfahrt 9 und 2 Uhr.
 Hin und zurück 1 Pf.
 Jeden Montag und Donnerstag nach **Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle** Abfahrt 2 Uhr.
 Jeden Dienstag und Freitag nach **Neu-Ahlbeck und Woltersdorfer Schleuse** Hin u. zurück 50 Pf.
 Jeden Mittwoch nach **Freibad Grünau, Krampenburg und Ziegenhals** Abfahrt 7 1/2 Uhr vormittags. Hin und zurück 2 Mark.
 Jeden Mittwoch nach **Teupitz (Tornows Idyll)** Abfahrt 7 1/2 Uhr vormittags. Hin und zurück 2 Mark.
 Außerdem: **Extra-Ferienfahrten:**
 Am Montag, den 22., Mittwoch, den 24., Donnerstag, den 25., und Freitag, den 26. Juli, nach **über Hefenwinkel.** Abfahrt 10 Uhr vormittags.
 Am Mittwoch, d. 24., Donnerstag, d. 25., u. Freitag, d. 26. Juli, nach **Zernsdorf** über **Neue Mühle** mit Rundfahrt bis zum Weiße auf der idyllisch schönen Rente. Abfahrt 9 1/2 Uhr vorm. Hin und zurück 80 Pf., Neue Mühle 50 Pf.
Achtung! Am Sonntag, den 28. Juli, nach **Krampenburg.** Abfahrt 9 Uhr. Hin und zurück 1 Mark.
 Am Sonntag, den 28. Juli, und am 4. August nach **Tenpitz** (Tornows Idyll). Abfahrt 7 1/2 Uhr. Hin und zurück 2 Mark.
 Fahrtscheine sind vorher in unserem Kontor zu haben!
 Ab **Weidendammerbrücke:**
 Am Donnerstag, den 25. Juli, nach **Phöben,** durch die herrlichen Havelseen. Abf. 8 1/2, vorm. Hin u. zurück 1 Pf.

Aus aller Welt.

Der Polizeimord in New York.

Ueber die Mordaffäre Rosenthal wird gemeldet:

Die mit der Ermittlung der Mörder Rosenthals betrauten Detektiven entwickelten Tag und Nacht eine fieberhafte Tätigkeit und verfolgten bereits mehrere Spuren. (Hoffentlich mit besserem Erfolg als die Detektiven in Mark Twains Kriminalgeschichte „Der gestohlene Elefant“! Red.) Der berühmte Spieler Jack Rose, ein Freund des Ermordeten, der in Spielkreisen unter dem Spitznamen „Billardball“ bekannt ist, hat sich gestern morgen auf die Polizeipräfektur begeben. Rose, der im Alter von 50 Jahren steht, ist sehr elegant gekleidet und tritt sehr zuversichtlich auf. An beiden Händen trägt er kostbare Brillantringe. Er erklärte dem Polizeikommissar, daß er eine der Personen sei, die sich in dem Mordautomobil befunden hatten. Er habe den Wagen aber verlassen, bevor die Mordtat passierte und habe von dieser überhaupt nichts gewußt. Rose wurde gestern dem Staatsanwalt vorgeführt, dem er ebenfalls erklärte, daß er an dem Verbrechen unschuldig sei. Bürgermeister Gaynor von New York hat die Untersuchung persönlich in die Hand genommen. Ein Polizist, der bei der Ausübung des Verbrechens sich in einem gegenüberliegenden Lokal befunden hatte und Zeuge der Mordtat war, wurde von seinem Amte suspendiert. Er erklärte, daß er durch die ungeheure Menschenmenge, die sich an dem Tatorte angesammelt hatte, an der Verfolgung verhindert worden sei.

Am Donnerstagabend fand unter überaus zahlreicher Beteiligung die Beisehung des ermordeten Spielhöllebesizers Rosenthal statt. In dem Trauerzuge waren alle Verbrecherkategorien New Yorks vertreten. Diebe, Einbrecher, Spieler. Bezeichnend ist, daß sich in dem Trauerhause sämtliche Spielhöllebesitzer New Yorks eingefunden hatten, um den Verdacht, daß sie an der Ermordung Rosenthals beteiligt seien, zurückzuweisen.

Der Staatsanwalt Whitman ist nach wie vor der festen Ueberzeugung, daß die Anstifter zu dem Mord in den Kreisen höherer Polizeibeamten zu suchen sind. Wie es heißt, soll die Verhaftung mehrerer hoher Polizeibeamten nicht bevorstehen. Dieses Gerücht gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, nachdem die Verteidiger des verhafteten Chauffeurs vor Gericht die Erklärung abgegeben haben, daß die Polizei die Ermittlung der wirklichen Urheber der Mordtat anscheinend nicht wünsche. Dies entnehmen die Verteidiger aus einer Aeußerung der Insassen des Automobils. Diese sollen dem Chauffeur, als er wegen einer kleinen Panne rast machen wollte, zugerufen haben: „Sehen Sie denn nicht ein, daß die Polizei uns entkommen lassen will?“

Schwerer Marinereisfall.

Bei Flottenmanövern deutscher Kriegsschiffe wurde ein Torpedoboot gerammt, so daß es nicht nur schwere Beschädigungen erlitt, sondern auch drei Mann der Besatzung dabei getötet wurden. Das „B. L. B.“ meldet darüber unterm 19. Juli: Das Torpedoboot G 112 kam gestern abend beim Nacht-

angriff vor dem Bug S. M. S. Hessen und wurde in der Höhe des hinteren Turmes gerammt. Leider sind bei diesem Unglücksfall drei Mann der Bootbesatzung ums Leben gekommen. Es sind dies der verheiratete Maschinist Schattschneider, dessen Frau in Nürtingen bei Wilhelmshaven wohnt, der Matrose Voelken aus Moberstadt bei Gerstengünde und der Heizer Pfeiffer aus Jena. Das Boot wird nach Kiel geschleppt.

Ein neuer Sittenstandal in Paris.

Ein aufsehenerregender Sittenstandal, in den zahlreiche Damen der besten Gesellschaft verwickelt sind, wird aus dem Badeorte Vichy gemeldet. Die dortige Polizei hatte entdeckt, daß in einem Hotel in der Rue Pasteur seit einiger Zeit wilde Orgien gefeiert wurden. Als man der Sache näher auf die Spur ging, stellte es sich heraus, daß eine Reihe von Damen aus den ersten Gesellschaftskreisen in dem betreffenden Hotel eine Reihe von Zimmern gemietet hatten, in denen sie sich den ungeheuerlichsten Exzessen hingaben. Sie hatten es verstanden, junge, minderjährige Leute an sich zu fesseln, die sie in den gemieteten Räumen zu kaum glaublichen sexuellen Ausschreitungen verführten. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet. Eine Reihe von Verhaftungen steht bevor.

Ein Pfarrhaus-Idyll.

Kaum zu glauben ist, was der „Vöhr. Landeszeitung“ aus Langendorf bei Hammelburg berichtet wird.

Seit einigen Jahren schon ist dem dortigen Pfarrer Hemmerlein aus gewissen Gründen die Ausübung der kirchlichen Funktionen entzogen, und ein auf Staatskosten berufener Pfarrverweser besorgt seitdem die kirchlichen Angelegenheiten. Vor Jahresfrist wurde bereits die „Strafverweisung“ des Pfarrers nach Wülfershausen verfügt, aber der Pfarrer leistete dieser Verfügung einfach nicht Folge und blieb wohnhaft im Pfarrhause. Vor kurzen hieß es, der Pfarrer werde mit Gewalt aus dem Pfarrhause geschafft werden. Und siehe da, am 10. Juli erschien die Gendarmerie von Hammelburg sowie bestellte Möbelträger in Langendorf. Der Pfarrer hatte aber wohl vorher von dieser Maßregel erfahren und war schleunigst nach Hammelburg zum lgl. Bezirksamt gegangen. Dort wurde ihm nochmals eine kurze Frist zum freiwilligen Auszuge bewilligt, worauf die Gendarmen wieder abzogen.

Abends gab es dann im Pfarrhause einen für die Pfarrkinder sehr erbaulichen Auftritt. Der Pfarrverweser hatte nämlich mit der jungenfertigen Pfarrersfrau eine Auseinandersetzung, wobei sie ihm Gesicht und Hände zerkratzte und er ihr eine Ohrspeige verlegte. Spät in der Nacht hörte man dann im Pfarrhause Schüsse fallen. Aus dem nahen Wirtshaus strömten die Gäste eiligst herbei, aber der Pfarrverweser beruhigte sie; es sei „nichts Besonderes“ vorgefallen.

Anderen Tages begann Pfarrer Hemmerlein freiwillig aus dem Pfarrhause auszugehen.

Kleine Notizen.

Durch die Kohlenanbergsflöze im Maschinenhause der Braunkohlengrube Ober-Preuna bei Wersburg wurden, wie bereits gemeldet, gestern vier Arbeiter schwer und mehrere leicht verletzt. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus Bergmannstrost in Halle eingeliefert, wo sie im Laufe der vergangenen Nacht gestorben sind.

Vom Blitz erschlagen. Bei Mannheim wurde am Donnerstagmorgen eine mit Feldarbeit beschäftigte Frau aus dem Vorort Reckarau bei einem niedergehenden heftigen Gewitter vom Blitzschlage getötet.

Die Preise steigen. Ein eigenartiger Fall hat sich in der pommerischen Stadt Wolgast zugetragen. Für die am 7. Juli statt-

gefundene Regatta des Rudervereins waren 50 M. als Preis gestiftet. Um nun dieses Geld wieder dem Stadtdiener zuzuführen, wurde der Preis der Erlaubniszeitel zum Einsammeln von Waldbeeren von 75 Pf. auf 2 M. erhöht. Natürlich nicht mit der mitgeteilten Begründung. Waldbeeren sammeln die Armen der Armen, und Mitglieder des Rudervereins sind die Angehörigen der „Besseren“ Gesellschaft. Wer da hat, dem wird gegeben!

Durch den Flugzeugpropeller enthauptet. Auf dem Flugfelde von Bouthaon bei St. Etienne in Frankreich wurde der Techniker Renard, als er einen Motor in Gang brachte, von der Schraube des Flugzeuges erfaßt und enthauptet. — Da schon wiederholt bei dem gefährlichen Anwerfen des Propellers von Flugzeugen schwere Unglücksfälle vorgekommen sind, sollte doch an jedem Flugzeugmotor eine Vorrichtung angebracht werden, die das Anganglegen des Motors vom Führer aus ermöglicht.

Dreißig Personen durch Hauseneinsturz erschlagen. In dem Dorfe Gerga in Doghestan (Tiflis) sind beim Einsturz eines Hauses etwa dreißig Personen unter den Trümmern begraben worden. Dreißigzwanzig Leichen, in der Mehrzahl von Frauen, sind geborgen.

Marktbericht von Berlin am 18. Juli 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Rheinland) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Halm 1,20—3,20. Hanf 1,00—3,00. Getreide 1,20—2,50. Barische 0,80—2,40. Äpfel 1,20—3,20. Klee 0,80—1,00. 60 Stück Klee 2,00—4,00.

Witterungsüberblick vom 19. Juli 1912.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G., Temp. m. G., Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G., Temp. m. G.

Wetterprognose für Sonnabend, den 20. Juli 1912. Näher, veränderlich, vielfach wolfig mit Gewitterregen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns: Wasserstand, am 18. 7., seit 17. 7., Wasserstand, am 18. 7., seit 17. 7.

*) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

Erdrückende Beweise gegen unsere Feinde

Um unsere Behauptungen, die H. K. G. sei die billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung und biete dem Publikum bedeutende Ersparnisse, jederzeit beweisen zu können, haben wir bei mehreren Konkurrenten Einkäufe machen lassen und festgestellt, dass diese Artikel bei regulären Verkaufspreisen erheblich, und zwar

bis zu 25 % teurer sind wie bei uns.

Eine Firma, die bestimmte Artikel zu „enorm billigen“ Preisen anbietet, ist trotz der „enorm billigen“ Preise mit einem Artikel noch 20 % teurer wie wir.

Die Beurteilung dieses Tatbestandes, welcher jedes Misstrauen und jeden Zweifel gegen unser Verkaufssystem beseitigt, überlassen wir dem geehrten Publikum!



Herrn-Kleider-Vertriebs-Ges. Nur: Neue Schönhauser Strasse 1



Selbstkostenpreis + 10 %

Deutschlands grösstes Special-Geschäft für Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport- und Berufsbekleidung jeder Art mit dem Verkaufs-System Selbstkostenpreis + 10 %

Selbstkostenpreis + 10 %



Jeden Tag eine andere Suppe mit Knorr-Suppen und Bouillon-Würfel

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln

Dienstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Bartschs Festsälen, Hermannstraße 49:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Parteitag.
2. Anträge dazu.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

(237/18)

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1280. Verwaltungsstelle Berlin: Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987

Achtung! **Gürtler.** Achtung!

Montag, den 22. Juli, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal):

Große Versammlung

der Gürtlergesellen Berlins und der Umgegend sowie auch der in Gürtlereien beschäftigten Kronenschlosser.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtparordneten Genossen U. Heller: „Zweck und Ziele der Gürtler-Invalidentasse“.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Werte Kollegen! Es wird erwartet, daß in der Versammlung niemand fehlt, da die Tagesordnung eine wichtige ist.

Montag, den 22. Juli 1912, abends 7 Uhr, in Graumanns Festsälen, Raunhastraße 27:

Große Versammlung

aller in der

Schraubenbranche beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Agitationskommission.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Agitationskommission, Wahl des Branchenvertreters.
4. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 22. Juli 1912, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung

der

Werkzeugmacher (Schnittbauer, Lehrenbauer, Schneidzeugmacher, Einrichter, Scharfschleifer) sowie sämtlicher in den Buchdruckereimaschinen-Fabriken beschäft. Kollegen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen H. Ströbel.
2. Diskussion.
3. Neu- und Ergänzungen der Agitationskommission.
4. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

121/6

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

- Bezirk A am Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.
 „ B am Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Ehlert, Koilbuser Straße 19.
 „ C am Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Bartsch, Alte Jakobstr. 18/19.
 „ D am Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Vierteljährlicher Stellenbericht vom 2. Quartal 1912
3. Besprechung über die künftige Gestaltung unserer Krankenkasse.
4. Verschiedenes.

298/17

Die Ortsverwaltungen.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf u. Umgegend.

Wir suchen zum 1. August einen zuverlässigen

Aushilfsbeamten

als Krankenfürsager oder Kassierer, der außerdem auch einige Bureauarbeiten verrichten muß. Nachsichtschreiben erwünscht, jedoch nicht Bindung.

277/12 Bewerbungen sind verschlossen unter O. K. M. bis zum 24. Juli an die Kasse bezw. den Vorstand zu richten. Mariendorf, den 17. Juli 1912.

Der Vorstand.
 Aug. Leip, Kassier, Baschler, Schriftführer, Vorsitzender.

Vornehme Herren-



Bekleidung

fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen

Mass-Schneiderei

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate.



Rosenthaler Straße 36
 1. Etage.
 Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstraße.
 Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Grad-Anzüge, sowie von Kavaliereen getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.

1 Tr., best. billiger wie im Laden.

Hirsch Kieferbaum, Wasserlor-straße 12/13 I

Partei-Lokal,
 Fabrikstadt Driesen R./M., mit gr. Saal, gr. Konzertgarten, ist zu verkaufen oder zu verpachten. Kaufsch. auch mit H. Geschäft oder H. Hundshaus. Paul Eichstädt, Driesen.

Heideschloß Hohenbinde

„Zum Gutenberg“

Stadtbahnstation Erkner. Fernruf 293. Topfisch an Wald und Spree gelegen. Möbl. Sommerwohnungen u. Zimmer für Vereine etc. der schönste Ausflugsort. Fränkisch und Halle. Regelsbahnen etc. H. Schwann.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 Berlin N.
 Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger

Anzüge

und

Sommerpaletots,
 Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
 und Arbeiter-Berufskleidung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.



Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau mit Lackkappe, mod. Fassung, jetzt nur 4.95
 schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke und breite Fassungen, jetzt nur 5.95
 eleg. Lackstiefel mit Wildleder-Einsätzen, schwarz u. grau, jetzt nur 6.75

Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreau mit Lackkappe, jetzt nur 4.25
 braun Chevreau Derby-Lackkappe, jetzt nur 4.75
 schwarz Derby, große Ossen-Lackk., jetzt nur 4.95
 braun Chevreau I. Derby mit Lackkappe, jetzt nur 5.75
 Lack-Halbschuhe amerikanische Fassungen 5.95



Levinsohn's

Sensationell billiger

Schuhwaren-Saison-Ausverkauf

Rosenthaler Str. 40-41

Prompter Versand nach außerhalb | Hackescher Markt | Bahnhof Börse | Sandalen u. Furnschuh spottbillig



Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Schnürstiefel, breite Fassungen, kräftiger Straßenstiefel, auch Zug- und Sohnalle, jetzt nur 5.95
 schwarz Chevreau-Schnürstiefel mit Lackk., schlanke und breite Fassungen, jetzt nur 6.95
 schwarz Lackstiefel mit Wildleder-Einsätzen, orig. amerikan. Fassungen, jetzt nur 8.95

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapsstiefel
 20-24 25-26 27-30 31-35
 1.55 2.95 3.25 3.75
 braun, mit Lackk., Normalfassungen
 21-24 25-26 27-30 31-35
 2.95 3.45 3.75 4.25

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Kreis. II. Abteilung Sonntag, den 21. Juli, Familienausflug nach Sadoma-Pferdebucht. Treffpunkt: Alexanderplatz („Verolina“), morgens 8 1/2 Uhr.

Die Kreisgeneralversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim

tagt am Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, im Café Bellevue in Rummelsburg, Hauptstr. 2.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912. 2. Beratung und Beschlussfassung über das neue Kreisstatut. 3. Wahl der Kreisfunktionäre. 4. Stellungnahme zur Vorlage des neuen Verbandsstatuts für Groß-Berlin. 5. Anträge.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Kreisfunktionäre.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste betwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Der Kreisvorstand.

Königs-Wusterhausen. Abfahrt zum Kreisfest nach Restaurant „Müggelsee“ bei Friedrichshagen ab Königs-Wusterhausen 1 Uhr, ab Wildau 1 1/2 Uhr.

Falkenhagen-Seegefeld. Morgen Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, treffen sich alle Parteigenossen mit Familie im Restaurant Wehner in Baldhain, wo eine wichtige Besprechung stattfindet. Der Vorstand.

Stanken. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet in Gnädigs Gasthof Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Anträge zur Kreis-Generalversammlung und Wahl eines Delegierten. 3. Vortrag des Genossen Rühle. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ein Bad am Müggelsee.

Der Müggelsee ist das größte Wasserbecken, welches die Spree bildet. Seine Länge beträgt über 4 1/2, seine Breite über 2 1/2 Kilometer. Er ist ein Meer in Miniatur. Bei klarem Himmel wimmelt es auf ihm von Ruder-, Segelbooten und Dampfbooten. Wenn aber hoch oben schwarze Wolken dahinjagen, wenn der Sturm das Wasser peitscht, sieht die Müggel gar grimmig aus. Dann bilden sich Wellen, das ein größeres Boot sich dahinter verstecken kann, und ängstlich meiden Ruderer und Segler die offene See. Mit dem umgrenzenden Wald und den Müggelbergen an der südlichen Seite bietet sich uns ein herrliches Panorama. Der billige Vorortverkehr ermöglicht es Tausenden, dem Großstadtdrabel zu entfliehen und hier nicht nur das Auge zu weiden am Anblick der herrlichen Landschaft, sondern auch sich, so wie die Natur ihn geschaffen, von der Sonne bescheinen und dem klaren Wasser umspülen zu lassen. Ein Besuch des Freibades ermöglicht uns, den Müggelsee in seiner ganzen Schönheit zu genießen.

Verschiedene Wege führen von Friedrichshagen aus dort hin. Man kann mit der Straßenbahn fahren bis zu den Wasserwerken und hat dann noch einen Weg am See entlang von 30 Minuten. Oder man geht vom Bahnhof nur die Friedrichstraße geradezu bis zum See und fährt per Motorboot zum Freibad. Von Station Rahnsdorf der Vorortbahn führt der Weg rechts durch den Wald und erreicht man in zehn Minuten das Ziel. Der letzte Weg endlich führt von Bahnhof Friedrichshagen aus auf schattigen Waldwegen nach dem See. Wir folgen links der Schöneicher Chaussee, biegen dann rechts ein und kommen bald, nach Ueberschreitung der Bahn, an die Ufer der Müggel. Bis zum Freibad ist es im ganzen 1 Stunde Wegs. Weiter gehts am Ufer entlang. Mancher wird an die frohen Stunden erinnern, die er in vergangenen Jahren hier verbrachte. Keine Menschenseele sieht man heute hier baden. — Bald startt uns ein Drahtzaun entgegen. Allerdings etwas unästhetisch; aber bald werden grüne Ranken den Zaun verfüllen. Eigenartige Bauwerke sind hier entstanden, teils oben im Wald, teils unten am Strande. Das Ganze ist in seiner Schlichtheit ein Meisterwerk. Gleich der Haupteingang ist so einladend, daß er uns förmlich hineinzieht. Einen Obulus müssen wir natürlich springen lassen. Ein richtiger Naturzaun trennt den oberen Teil des Bades vom eigentlichen Strande. Natürliche Treppen führen uns hinab. Wir sind im Familienbad. Auch gibt es ein Männer- und Frauenbad; doch hindert im Wasser kein Drahtzaun die Geschlechter am gemeinsamen Baden. Zelte — es sind deren 6 — ermöglichen es insgesamt 1500 Personen, sich zu entspannen. Daneben gibt es eine Bäderausgabe und Fahrradstände. Genügend Brunnen sorgen für frisches Trinkwasser. Samariter sind ständig anwesend, und eine weit hörbare Notglocke ruf schnell Hilfe herbei. Das ganze Bad ist über 600 Meter lang. Leider viel, viel zu klein.

Im Volke liebt man derartige Kasernierung nicht. Man ist idealer gesonnen und verlangt nach absoluter Freiheit; aber der Fleiß und die Kunst, die hier helfen, ein derartiges Werk zu vollenden, versöhnen uns etwas mit der ganzen örtlichen Vegetation. Die imposante Wasserfläche, der mit Erten bestandene Strand, auf erhöhtem Ufer der Kleferwald, überall in schöner Anordnung die in Holz errichteten und mit Schilf gedeckten Gebäude, daneben richtige Leinwandtische und endlich in Gruppen eine Masse sonnengebräunter, nackter Gestalten im Saue liegend, im Wasser plätschernd — das ist Leben, das ist Natur. Ein Indianer aus Wildwest würde Neugierde mit seinem Heimatdialekt finden.

So praktisch dies Freibad aber auch eingerichtet sein mag, es hat auch seine Schattenseiten. Und die bestehen in der örtlichen Vegetation, die wiederum die Polizei ständig auf den Beinen hält. Da das eingezäunte Freibad dem Bedürfnisse in keiner Weise entspricht, nehmen sich Vadelustige die Freiheit, außerhalb der vorgeschriebenen Grenzpfähle wie früher zu baden. Das ist jetzt aber verboten. Und sofort erscheint die Polizei, um Jagd auf die Badenden zu machen. Durch diese Tätigkeit wird die Polizei in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen, um zu notieren und später Strafmandate folgen zu lassen. Eine recht unangenehme Begleiterscheinung des errichteten Freibades!

Theobald Bölder 7.

Die eifrigen Versammlungsbesucher unter unseren Lesern werden ihn kennen, ebenso die Angehörigen der Gewerkschaften. Wenn der stille, bescheidene Mann im schütterten Rollbart seinen Platz in der Versammlung aussuchte, wußte man: das ist ein Berichterstatter des „Vorwärts“. Die wenigsten aber wußten mehr von ihm und die wenigsten kannten seinen Namen. Nun vor Theobald Bölder ein fleißiger und gewissenhafter Berichterstatter; aber er war mehr. Der ehemalige Luchsbindergehilfe, als den wir ihn vor länger als einem Jahrzehnt kennen lernten, hatte sich eine umfassende Kenntnis der nordischen Sprachen und der nordischen Literatur angeeignet. Er beherrschte das Dänische und Schwedische in vollendeter Weise und hatte ausgedehnte Kenntnisse auch im Holländischen. Als Uebersetzer aus diesen Sprachen diente er dem „Vorwärts“ gelegentlich zuerst, später dann wurde sein Verhältnis zu unserer Redaktion ein festes und er griff unter Aufsicht seines Luchsbinderberufes zum Protokoll durch Berichterstatter. Auf zahllosen Kongressen hat dann Bölder seine Sprachkenntnisse als Uebersetzer betätigt. Auch den schriftlichen Verkehr mit unseren nordischen Genossen vermittelte er. Der vom hohen Norden nach Deutschland kam, suchte Bölder auf, der den Parteifreunden da oben dem Namen nach vielleicht bekannter war, als der großen Masse der deutschen Genossen. Auch auf literarischem Gebiete betätigte Bölder sich. Wie er in den übrigen Teilen des „Vorwärts“ mitarbeitete, so auch am Feuilleton und in der „Neuen Welt“. Den nordischen Dichter Johan Falkberget hat kein anderer entdeckt und in die deutsche Literatur eingeführt, als unser Theobald Bölder. Er hat die prachtvolle Uebersetzung von „In der äußersten Finsternis“ besorgt. Ritten in der Uebersetzung eines anderen Werkes von Falkberget ist er gestorben. Auch die nordische Malerei und Skulptur kannte er. Sein Stil war einfach und gerade wie der Mensch. Diese einfache Natur war auch wohl die Ursache, daß er der großen Masse unbekannt blieb. In unserer Zeit ist es leider in der Literatur und in der Journalistik Mode geworden, jede halbwegs gelungene Arbeit nach Art der Legehühner gackernd der Mitwelt als neuestes bewundernswürdiges Erzeugnis anzumelden. Und alle Angehörigen des literarischen Bühnenhofes gackern anerkennend mit. Zu den Naturen, die der Welt auf diese Weise ihren Wert zu beweisen suchen, gehörte Bölder nicht! Er fand in der Arbeit seine Befriedigung und zeigte nicht um den Ruhm. Ohne Pose, wie er lebte, starb er auch. Am Dienstag hat der todkranke Mann uns, ein paar Tage „aussehen“ zu dürfen; er fühlte sich „nicht wohl“. Das Befinden hatte sich bis Freitag nicht gebessert. In einem erneuten Schreiben teilte er das der Redaktion mit und bemerkte wehmütig, er werde wohl den ihm zustehenden Urlaub im Bett oder gar im Krankenhaus zubringen müssen. Als dieser Brief bei uns eintraf, ging auch von seinen Angehörigen die Nachricht von seinem Tode ein. Er wählte die Feder nur kurze Zeit aus der Hand gelegt; der große Altbewingener Tod riß sie ihm ganz fort. Mit Theobald Bölder starb ein schlichter, ernster, pflichtgetreuer Mann!

An die Arbeiterjugend Groß-Berlins!

Wie in den Vorjahren, so wird sich auch in diesem Jahre die gesamte proletarische Jugend Groß-Berlins zusammenfinden, um durch Wanderungen in die freie Natur Körper und Geist zu stärken. Am Sonntag, den 21. Juli 1912, findet ein

Massenaussflug

- zum „Alten Freund“ auf Bismarckwerder statt. In Berlin erfolgt von nachstehenden Treffpunkten der Abmarsch früh 7 Uhr: Gesundbrunnen: Binetplatz und Humboldtbrunn (Normaluhr) — Bahitrate, Ede Schwedenstraße — Erzgerikerstraße (Normaluhr). Jahrgeld 20 Pf. Schönhauser Vorstadt: Bahnhof Schönhauser Allee. Jahrgeld 40 Pf. Nordost: Arnswalder Platz—Danziger Straße, Ede Greifswalder Straße—Danziger Straße, Ede Weihenburger Straße. Jahrgeld 20 Pf. Nordost: Stromstraße, Ede Turmstraße (Denkmal im Kleinen Tiergarten). Jahrgeld 20 Pf. Südost: Görtzter Bahnhof (Unfallstation)—Rauscher Platz (Kirche). Jahrgeld 40 Pf. Süden: Hofensaulerplatz (Normaluhr)—Moritzplatz—Lindenstraße (Jerusalemstraße)—Dönhofsplatz (Steinbendmal). Jahrgeld 40 Pf. Osten: Samariterstraße, Ede Frankfurter Allee—Weidenweg, Ede Jorndorfer Straße—Comeniusplatz—Küstriner Platz—Straußberger Platz. Jahrgeld 40 Pf. Wedding: Walplaquestraße, Ede Kagarethstraße—Kettelbeckplatz (Normaluhr). Rosenthaler Vorstadt: Rappelsplatz, Ede Aderstraße—Gartenplatz, Ede Aderstraße (Ritzschstraße)—Arionaplatz, Ede Fürstener Straße—Leutoburger Platz, Ede Templiner Straße. Jahrgeld 30 Pf. Westen-Südwesten: Bellealliancestraße, Ede Eisenaustraße—Bälowsstraße, Ede Rankenstraße. Jahrgeld 30 Pf. Der Abmarsch erfolgt pünktlich 7 Uhr früh. Einmarsch im Lokal von 11—1 Uhr. Proviant und Wiederbücher mitbringen. Die Mitglieder der Jugendsektionen der Gewerkschaften sowie die Turner gehen, falls ihnen näheres seitens ihrer Leiter nicht bekannt wird, zu dem ihrer Wohnung nächstliegenden Treffpunkt. Die Jugendlichen der Vororte treffen sich an ihren bekannten Treffpunkten. Einmarsch im Lokal wie oben. Den Anordnungen der Ordner ist unbedingt Folge zu leisten. Auf zum Massenaussflug!

Eine „Ueberwachungsbehörde“ für Wohlfahrtseinrichtungen ist von der „Kreuzzeitung“ entdekt worden. In einem Artikel (in Nummer 327 vom 15. Juli), der uns erst jetzt zu Gesicht kommt, erzählt sie entrüstet: „Schon wiederholt hat die sozialdemokratische Parteileitung sich Wohlfahrtseinrichtungen (Asylen, Heilstätten usw.) gegenüber als Ueberwachungsbehörde aufgespielt“. Um das zu beweisen, will sie „ein paar beachtenswerte Fälle derartiger Annäherung“ vortragen.

Die Darstellung des ersten Falles wird in dem Blatt folgendermaßen eingeleitet: „So ist vor kurzem in Hohenelise, dem der Landesversicherungsanstalt Brandenburg gehörigen Genußheim, ein Berliner „Obergenosse“ in Begleitung eines „Protokollführers“ erschienen, um dort die Pflanzung über Beschwerden zu „vernehmen“, die an den „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Parteileitung gerichtet worden waren. ... Der „Obergenosse“ und sein sogenannter Protokollführer aber mußten unverrichteter Sache abziehen, da die Leitung des Genußheimes sich diese Art von Ueberwachung verbal“. Im „Vorwärts“ (Nummer 137 vom 15. Juni) wurden nach jenem Besuch die Beschwerden zum Teil wiedergegeben. Mit offensichtlich hinreichend klaren Worten stand da zu lesen: „Eine Besuche über Hohenelise war vor kurzem an die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte und in demselben Wortlaut auch an die Redaktion des „Vorwärts“ gelangt“. Hinzugefügt wurde ein den Besuch in Hohenelise schildernder Bericht, der so begann: „Zur Prüfung all dieser Beschwerden hielt der Vorsitzende der Zentralkommission der Krankenkassen, Genosse Simanowski, es für

ratsam, in Hohenelise an Ort und Stelle eine Aufklärung des Sachverhaltes zu versuchen“. Nebenbei bemerkt: auch in der Anzahl Hohenelise war der den erkrankten Oberinspektor vertretende Sekretär Jucker nicht einen Augenblick darüber im Zweifel gelassen worden, daß es die Zentralkommission der Krankenkassen war, die — vertreten durch ihren Vorsitzenden Simanowski — eine Prüfung der ihr zugegangenen Beschwerden herbeiführen wollte. Wie muß es in dem Hirnsafte so eines „Kreuzzeitungs“-Manes aussehen, der es fertig bringt, die sozialdemokratische Parteileitung mit der Zentralkommission der Krankenkassen zu verwechseln! Drollig ist auch die Idee, dem Begleiter Simanowski als „Protokollführer“ einzuschälen. Die „Kreuzzeitung“ spricht nachher von ihm als dem „sogenannten Protokollführer“, obwohl nur sie selber es ist, die ihn so genannt hat. Die Gewissenhaftigkeit, mit der in der „Kreuzzeitung“ der Fall dargelegt ist, wird gekennzeichnet durch ihre Angaben über die Beschwerden. Sie weiß nur folgendes zu melden: „Es handelt sich dabei um Klagen über zu dünn gestrichene und zu schwach belegte Butterbrote, hauptsächlich aber um die ärztliche Anordnung, daß als Heilmittel für die Pflanzung eine angemessene Beschäftigung ins Auge gefaßt werden solle“. Von weiteren Beschwerden steht nichts in dem Junkerblatt, obwohl im „Vorwärts“ eine beträchtliche Anzahl sehr beachtenswerter Klagen wiedergegeben worden war.

Der zweite „Fall derartiger Annäherung“ betrifft die der Landesversicherungsanstalt Berlin gehörende Heilstätte Weelitz. Hier handelt es sich um die Verfügung des Vorstandes der Versicherungsanstalt, daß die Besuche von Angehörigen der Kranken eingeschränkt sind. Wie „beweist“ die eble „Kreuzzeitung“ hier, daß „die sozialdemokratische Parteileitung“ sich als Ueberwachungsbehörde aufgespielt hat? Sie weiß nur zu melden: „Der „Vorwärts“ erhob dagegen schärfsten Widerspruch und verlangte Aufhebung dieser Bestimmungen“. Weiter nichts! Wir fragen noch einmal: Wie muß es in dem Schädel des Menschen aussehen, der da die „sozialdemokratische Parteileitung“ als „Ueberwachungsbehörde“ entlarvt zu haben sich freut! Daß der Vorstand der Versicherungsanstalt „diese Annäherung zu-rückwies, indem er darauf aufmerksam machte, daß die Heilstätte Weelitz kein Ausflugsort für die Berliner Arbeiterschaft sei“, erfüllt die „Kreuzzeitung“ mit Genugtuung. Zum Schluß hebt sie hervor, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin „als überaus „arbeiterfreundlich“ bekannt“ sei. Dabei sieht merkwürdigerweise sie selber das Wort „arbeiterfreundlich“ in Gänsefüßchen.

Es hieße, dem Gefasel zu viel Ehre antun, wenn man es ernst behandeln wollte. Auch bei den Patienten, die mit ihren Beschwerden sich an den „Vorwärts“ gewandt haben, wird dem Junkerblatt nur ein Heiterkeitserfolg blühen. Würde der Spott, den sie daran haben, ihnen hinweggeholfen über den Verdruß, den die in den Anstalten herrschenden Zustände ihnen bereiten.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

Wie wenig Wert mitunter spätere Rekonvaleszenzen haben, zeigte ein Fall, der gestern die II. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt wegen schweren Diebstahls im straffschärfenden Rückfall war der Arbeiter Johannes Wolff.

Der Angeklagte, welcher in seiner Jugend zwei Vorstrafen wegen Diebstahls erlitten hat und sich deshalb im straffschärfenden Rückfall befindet, hatte sich schon einmal am 25. März d. J. wegen Diebstahls im Rückfall zu verantworten gehabt. Er wurde seinerzeit beschuldigt, von einem Neubau in der Großen Frankfurter Str. 123 einen der Firma Jankes u. Weiter gehörigen Saal mit Werkzeugen im Werte von 150 M. gestohlen zu haben. Da er als Junge benommene Wächter Schirmer seinerzeit unter seinem Eide erklärte, daß er den Angeklagten mit aller Bestimmtheit als den Täter wiedererkenne, wurde der Angeklagte, trotz seines heftigen Bestreitens zu der bei schwerem Diebstahl im Rückfall bei Zubilligung mildernder Umstände niedrigsten geschlich zulässigen Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Während der Angeklagte diese Strafe in dem Strafgefängnis Ploehener verbrüht, stellte Rechtsanwalt Dr. Carl Lorenzthal als Verteidiger des B. weitere Ermittlungen an. Er stellte fest, daß der Angeklagte an jenem Tage, den 3. August 1911, bei der Firma Feld u. Franke auf dem Neubau der „Victoria“ bis nach 8 Uhr abends gearbeitet habe, während nach dem eidlichen Zeugnisse des Wächters Schirmer der Diebstahl schon um 1/2 Uhr verübt worden war. Der Verteidiger erbat von der Firma Feld u. Franke die Lohnlisten und stellte aus diesen fest, daß B. an jenem Tage tatsächlich 14 Stunden gearbeitet hatte. Ferner gelang die Feststellung, daß B. an jenem Tage von dem in der Lindenstraße gelegenen Neubau der „Victoria“ direkt nach einer in der Kaiserin-Augustaa-allee in Charlottenburg gelegenen Laubenkolonie eines Bekannten gefahren war. Unter Mitteilung dieser festgestellten Tatsachen beantragte der Verteidiger die Wiederaufnahme des Verfahrens. Diesem Verfahren wurde auch stattgegeben, ebenso wurde die weitere Strafverfolgung sofort unterbrochen.

In der geistigen Verhandlung ergab es sich, daß der Angeklagte tatsächlich zu Unrecht angeklagt und verurteilt worden war. Das Gericht erkannte deshalb auf Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag zwischen 9 und 10 Uhr beim Neubau des Museums. Der Maurer Paul Rehter, Schönberger, Coburger Straße 16, wohnhaft, stürzte während der Arbeit infolge eines Fehltritts in einen 8 bis 10 Meter tiefen Schacht und wurde in bewußtlosem Zustande nach der Königl. Klinik geschafft. Schon auf dem Wege dahin erlag er seinen schweren Verletzungen. Um ihn trauert Frau und fünf Kinder.

Vom Diebstahl getroffen wurde gestern mittag auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee ein unbekannter Mann. Ein Schuttmann sah den Mann anscheinend schlafend daliegen. Er wunderte sich aber, daß dieser zu seinem Schlafen sich gerade in die brennende Sonne gelegt hatte. Als er ihn wecken wollte, merkte er, daß er bewußtlos war. Er brachte ihn deshalb nach der Hiltzstraße in der Gaudhstraße, wo der Arzt aber nur nach seinem Tod feststellen konnte. In den Taschen des Toten, dessen Leiche nach dem Schauhause gebracht wurde, fand man Papiere auf den Namen eines am 6. Februar 1851 zu Caputh gebürtigen Arbeiters Reinhold Scheffler. Eine Wohnung war jedoch nicht angegeben.

Geschäftseinbrecher stifteten in der Nacht zu gestern dem Weiskwaren- und Fuhrgeschäft von Ida Warkus in der Pausauer Straße 8/9 einen Besuch ab. Sie verschafften sich gewaltsamen Eintritt in den Laden und hielten unter den Vorräten große Auswahl. Sie stohlen Straußfedern und Neureusen, Seiden- und Samtstoffe, Damenmäntel, Stulkeboas usw. im Gesamtwerte von ungefähr 5000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Dittlos aufgefunden wurde gestern morgen gegen 8 Uhr auf dem Königsplatz eine unbekannte, anscheinend geisteskränkte Frau von ungefähr 25 Jahren. Die Dittlose wurde zur Charité gebracht, wo sie nicht imstande war, ihren Namen anzugeben. Die Unbekannte trug ein helles Kleid, einem blauen Mantel, schwarze Halb-schuhe und einen weißen Hut.

Aus dem Luisenstädtischen Schiffahrtskanal wurde vor dem Hause Engelauer 2a die Leiche eines unbekanntes Mannes, anscheinend ein Schiffer oder Arbeiter, gelandet. Der Tote ist ungefähr 35 Jahre alt und 1,80 Meter groß, hat blondes Haar, einen rötlichen Schnurrbart und trug ein schwarzes Jackett, eine dunkelblau und braun gestreifte Weste und Hofe und braune Segelschuhe. Am Mittelfinger der linken Hand hat er eine detaillierte Karbe, durch die die Fingerpitze größer als die übrigen ist. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Aus Groß-Berlin. Von den statistischen Monatsberichten „Groß-Berlin“ ist schon seit 1/2 des 3. Jahrganges erschienen. Zu den bisher veröffentlichten Berichten sind jetzt die Landgemeinden Groß-Pietzen und Wargahn, sowie die Amtsbezirke Falkenberg und Wuhlbeide hinzugefügt. Material ist die Berichterstattung durch Kreis- und Gemeindeführer für Vieh, Fleisch und Fische und einer Reihe sonstiger Lebensmittel erweitert worden. Die Aufstellung zeigt eine zunehmende Tendenz bei einer Reihe von Fleischarten und -Sorten, welche sich auch über den Beobachtungszeitraum (Januar-März 1912) hinaus fortgesetzt und verstärkt hat. So kostete im Monatsdurchschnitt im Mai dieses Jahres Rindfleisch um 4-7 Pf. für das Pfund, Kalbfleisch um 2-5 Pf., Hammelfleisch um 4-6 Pf., Schweinefleisch um 3-4 Pf., Mergel- sowie Weizenbrot um 2 Pf. mehr als im Mai 1911. Ueber die Entwicklung der Bevölkerung Groß-Berlins werden interessante Zahlen mitgeteilt. Berlin mit den an die hiesige Statistik angeschlossen 64 Vororten zählte bei der letzten Volkszählung 3 711 008 Einwohner. Der Bundesverband Groß-Berlin umfaßte zu dem gleichen Zeitpunkt (1. Dezember 1910) 3 947 300 Seelen und kommt somit bis zu 83,6 Proz. in den statistischen Monatsberichten zur zahlenmäßigen Darstellung. Berlin und seine 64 Vororte haben im Jahre 1910 um 126 700, im Jahre 1911 um 119 200 Personen zugenommen. Das Zunahmeverhältnis war demnach im letzten Jahre um 0,92 Proz. geringer. Die Zunahme Berlins selbst betrug im Jahre 1910 14 310, im folgenden Jahre 12 100, so daß auch hier ein Sinken des Zunahmeverhältnisses zu verzeichnen ist.

Neue Bestimmungen über Fahrpreidermäßigungen auf der Oberbahn für die Ausflüge der Jugendvereine sind am 28. d. M. in Kraft getreten. Danach ist bei solchen Ausflügen die Hälfte des Fahrpreises für die dritte Wagenklasse der Personenzüge zu zahlen. Bei Schnellzügen wird eine Vergünstigung nicht gewährt. In Betracht kommen solche Vereine, die einer soziallich gebildeten Organisation für Jugendpflege, vorsehentlich dem Bund Jugenddeutschland, angehören und deren Mitglieder das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Leitung des Ausfluges muß eine erwachsene Person übernehmen und sich dem Bahnhofsvorstande gegenüber als mit der Leitung betraut ausweisen können. Die Ermäßigung wird jedem Verein bis zu zwölfmal im Jahre gewährt. Die Teilnehmerzahl muß mindestens zehn Personen betragen, auf je zehn Mitglieder darf höchstens eine Aufsichtsperson entfallen, bei der Ermäßigung ebenfalls zurecht. Als Mindestentfernung für eine Fahrtriestung gelten zehn Kilometer, die Höchstentfernung für ein tägliche Ausflüge ist auf 75 Kilometer beschränkt. Falls die Leitung eines Eis- oder Schnellzuges gewünscht wird, ist eine besondere Erlaubnis einzuholen, doch muß der tarifmäßige Zuschlag gezahlt werden.

Die Teilnahmehöchpreise sind natürlich nur ein Glied in der Kette der modernen Jugendpflege, wie sie heute „von oben“ geübt wird. Ganz offen werden die proletarischen Jugendorganisationen, die man sozialdemokratisch bezeichnet, von den Vergünstigungen ausgeschlossen. Jungdeutschlands Angehörige haben nur das Privileg der ermäßigten Fahrpreise. Die Kinder der Proletarier, die erst dem Staate die Mittel zu seiner Erhaltung liefern, müssen noch wie vor den hohen Preis zahlen, oder sie müssen Jugendclubmänner werden. Natürlich werden die Proletarierkinder und -Mädchen erst recht eine Jugendpflege meiden, die auf Patriotenfang zugeschnitten ist.

Die verkaufte Mädchenhändlerin. Ein peinlicher Vorgang hat sich vorgestern Abend auf dem letzten Bahnhof abgepielt. Vor der Abfahrt des hannoverschen Zuges wanderte eine Dame in Begleitung eines hübschen jungen Mädchens auf dem Bahnsteig auf und ab. Sie hatte ihre Koffer bereits besorgen lassen und wollte schon den Zug besteigen, als sie etwas unsanft daran gehindert wurde. Bahnbeamte und auch andere Fahrgäste hatten allerdings Verdacht geschöpft. Sie hatten vermutet, daß es sich hier um eine gefährliche Mädchenhändlerin handelte, die eines ihrer Opfer entführen wollte. Es gesellten sich immer mehr „Gutgläubige“ hinzu und bald hatte sich ein förmlicher Menschenandrang gebildet. Offen wurde die Dame als Mädchenhändlerin bezeichnet und man verlangte ihre Verhaftung. Vergeblich suchte die Verächtliche sich zu beschleunigen. Sie mußte zur Kasse und es stellte sich nun bald heraus, daß man einen falschen Verdacht ausgesprochen hatte. Die angebliche Mädchenhändlerin war die Fürstin G. aus Russland. Sie wohnt gegenwärtig in Paris, hatte sich auf der Durchreise von Russland nach Frankreich einige Tage in Berlin aufgehalten und auf Empfehlung jenes jungen Mädchens, das sie angeblich verschleppt haben sollte, als Zofe für sich engagiert. Da es den Beamten anfangs nicht scheute mit den Angaben der Fürstin voran, so ordnete der Kommissar vom Präsidium telefonisch aus an, daß die verkaufte Mädchenhändlerin nach dem Alexanderplatz transportiert werde. Dies wurde ihr aber erspart, nachdem die Identität der Fürstin festgestellt worden war.

Bei der Regatta des freien Ruderbundes am letzten Sonntag ist im Restaurant „Schwanenberk“, Stralau, ein wertvoller Damenring verloren worden. Dem christlichen Findex wird eine Belohnung zugesichert. Ferner wurde eine goldene Uhr mit Kette gefunden. Nähere Auskunft erteilt Hr. Grünwald, Görlitzer Ufer 24 IV.

Berliner. Am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags, ist auf der Tour zwischen Mariendorf und Neu-Dobendorf ein Paket in braunem Kaschpapier, enthaltend zwei Fuß- und zwei kleine Spielbälle, verloren worden. Die Fußballer fragen den Stempel Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“. Der Finder wird höflich gebeten, selbige an Ed. Pachtler, SO. 26, Drieger Straße 16 II, abzuliefern.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Der Bezirk Lichtenberg des Wahlvereins Niederbarnim hielt am Dienstag seine Jahresgeneralversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erlos die Verlesung der vorberufenen Genossen durch Schreiben von den Eigenen. Sodann ergänzte Genosse Jaffe den Geschäftsbericht, der den Mitgliedern im Druck vorlag. 27 öffentliche, 10 Mitglieder- und 3 Viertelversammlungen wurden abgehalten sowie 355 000 Flugblätter verbreitet.

Außer den Stadtverordneten- und Reichstagswahlen waren noch sehr viel andere Arbeiten zu erledigen. Auf dem Gebiete der Agitation und Organisation ist eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet worden.

Die Agitation zur Verbreitung der Parteipresse zeitigte einen Zuwachs von 1075 neuen Vorwärtsabonnenten. Die Stadtverordnetenwahlen für die dritte Wählerklasse endeten mit einem durchschlagenden Erfolg für die Partei. In der zweiten Wählerklasse hingegen konnte von einem Rondatgewinn noch nicht berichtet werden; immerhin kam es in einigen Bezirken zu Stichwahlen, die nur bedingten zugunsten der Bürgerlichen ausfielen, weil die feindlichen Brüder im bürgerlichen Lager geschlossen gegen die Sozialdemokratie handten. Die im Anblich an diese Wahlen zur Gewinnung neuer Parteimitglieder entfaltete Agitation brachte der Organisation einen Zuwachs von 500 neuen Mitgliedern. Ein hochinteressantes Resultat der Reichstagswahl ist die Steigerung der Stimmen in allen Bezirken. Als am Tage der Wahl, wohl zur Feier des Tages, auf dem Volkspredigtium die rote Flagge wehte, hatte sich die Organisation der besonderen Günst des Herrn Polizeipräsidenten zu erfreuen, denn es lagelte an diesem Tage eine große Anzahl von Strafmandaten auf die Parteigenossen hinunter. Ueberhaupt hatte sich die Organisation der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen. Sogar ein amtliches Plakat zu den Gewerbevereinswahlen verfiel der Konfiskation durch die Polizei. Die Jagd nach „Umsturzplakaten“ wurde anlässlich der Kaiserfeier mit dem der Polizei bei solchen Anlässen eigenen Eifer betrieben. Am ferneren Strafmandaten zu entgehen, veruchte es die Bezirksleitung nur mit einem Schreiben an das Präsidium, worin um Genehmigung zum Ausbau von Plakaten zum Sommerfest ersucht wurde. Erteilt wurde sie nicht. Darauf begaben sich etwa 200 Ge-

nossen persönlich ins Präsidium und nun war das Präsidium in Aufregung, denn auf einen solchen Massenbesuch war man da oben nicht eingerichtet. Der Besuch des Sommerfestes war ein überaus glänzender, da 10 000 Besucher gemustert wurden, wozu die Polizeibehörde durch die fortwährenden Schikanen nicht wenig beigetragen haben mochte.

Im Laufe des Berichtesjahres konnte der Bezirk Lichtenberg seine Mitgliederzahl um 1438 auf 4480 Mitglieder (darunter 755 weibliche) steigern. Gewiß ein erfreuliches Resultat nachhaltiger und intensiver Agitationsarbeit der Parteigenossen.

Genosse Vink gab dann den Kassenbericht. Den Gesamteinnahmen von 28 480,70 M. stehen Ausgaben von 21 824,92 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 1004,78 M. vorhanden ist.

Eine Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht wurde nicht gewünscht. Dann folgten die Berichte der Kommissionen, an die sich auch nur eine unweiseliche Aussprache knüpfte. Die in den Abteilungs- und Viertelversammlungen gewählten Genossen wurden bestätigt, die Wahl zur Zeitungskommission und zum Vergütungskomitee in dessen bis zur Versammlung im August vertagt. Zu den Kreisvorstandswahlen wurde einstimmig beschlossen, folgende Genossen der Kreis-Generalversammlung in Vorschlag zu bringen. Kreisvorsitzender: Raul Grühl; zweiter Kreisvorsitzender: Alfred Rollst; Kreisassistent: Rudolf Wähler. Lokalkommission: Elias. Genosse Zorn wurde als Delegierter zum Parteitag gleichfalls einstimmig vorgeschlagen. Dann erfolgte die Wahl von 31 Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung.

Vom Bezirk Lichtenberg liegen Anträge zur Kreis-Generalversammlung nicht vor. Ueber die von anderen Orten eingebrachten Anträge, die vom Genossen Jaffe vorlesen wurden, fand eine kurze Diskussion statt, in deren Verlauf zum Ausdruck gebracht wurde, daß insofern eine Änderung eintreten müsse, als die Frist, bis zu der Anträge eingereicht sein müssen, auf 8 Tage gegen seither drei Wochen herabzusetzen sei.

Der vom Genossen Queker gegen den Genossen Pieter gestellte Auswahlantrag wurde nach kurzer Debatte auf Vorschlag des Genossen Wähler dem Kreis überwiesen.

Abtlershof.

Ein Jahr der Wahlen bezeichnete der Vorsitzende des Wahlvereins Genosse Klotz das abgelaufene Geschäftsjahr in der letzten Generalversammlung. Nicht weniger als siebenmal mußte die Werbetrommel zum Wahl gerührt werden, denn außer der Reichstagswahl fanden fünf Gemeindevorwahlen sowie die Gewerbevereinswahlen statt. Flugblätter wurden 18 mal in einer Gesamtauflage von 88 000 Exemplaren verbreitet. Ferner fanden 14 öffentliche, vier General-, eine außerordentliche General- und zwei Mitgliederversammlungen statt. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 1911 616 (500 männliche und 116 weibliche), am 30. Juni 1912 715 (560 männliche und 155 weibliche Mitglieder). Die Zahl der „Vorwärts“-Leser ist von 712 auf 837 gestiegen. Dann ging Genosse Klotz noch näher auf die kommenden Arbeiten ein und forderte die Rechtprechung an, sich in den preussischen Staatsverband aufnehmen zu lassen. Genosse Stiefenhofer hielt in demselben Sinne an die Versammelten eine Ansprache.

Der Kassierer Genosse Hige berichtete über die Kassenverhältnisse; einer Gesamteinnahme von 726,75 M. stehen an Ausgaben 711,23 M. gegenüber, so daß der Kassenbestand 15,47 M. beträgt.

Der Bericht der Landagitationskommission, den der Genosse Liegner gab, zeigte, daß es auch auf dem Lande vorwärts geht. Den Bericht von Bildung- und Jugendausbau gab Genosse Neumann. Er machte hauptsächlich auf die Jugendbewegung und die jetzt stattfindenden Kinderausflüge aufmerksam. Die Jugend- und Bildungsausflüge hatte eine Einnahme von 99,75 M. und eine Ausgabe von 79,92 M. zu verzeichnen. Bei den Neuwahlen des Gesamtvorstandes wurden als Kassierer Genosse Martin, als Schriftführer Genosse Wolfcam und in die Lokalkommission Genosse Köhle ernannt.

Ober-Schönevelde.

Der Bauinspektor Wilhelm Kroske, der vergangene Woche auf dem Neubau Luisenstraße 18 schwer verunfallt, ist Montagabend im Hospital erlegen und wird voraussichtlich Sonntag beerdigt.

Nieder-Schönevelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Genosse Dehmel den Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr. In ihr haben vier General-, sechs Mitglieder- und fünf öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Haupttätigkeit entfaltete sich bei den Reichstags- und Gemeindevorwahlen. Die Stimmen bei der Reichstagswahl erhöhten sich von 400 auf über 1200. Bei der letzten Gemeindevorwahlenwahl hielt der erste Sozialdemokrat seinen Einzug ins Vorparlament. Der Kassenbericht, erstattet vom Genossen Praefel, wies im letzten Vierteljahr an Einnahme 232,65 M. und an Ausgabe 225,04 M. auf. Im ganzen Jahre stand einer Gesamteinnahme von 1103,90 M. eine Ausgabe von 1096,29 M. gegenüber. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 168 auf 216, darunter 45 weibliche. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser stieg von 318 auf 383. Dem Verein „Jugendheim“ gehören 45 Genossen an.

Die Vorstandswahlen zeitigten folgendes Ergebnis: Präz. Voh. Vorsitzender; Diecker, stellv. Vorsitzender; Praefel, Kassierer; v. Grant, Schriftführer; Genossin Wilens und die Genossen Genich und Käfel, Beisitzer; Brand, Vorkassierer und Gräblich, Revisoren; Paul, Bibliothekar; Irmus, Expediteur. Expeditions- und Beschwerdekommision: Karl Voh. Schädel, Bantzer; Jugendausflug: Dehmel, Wilh. Wede.

Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß am 24. Juli im Restaurant „Waldhaus“ ein Kinderfest stattfindet.

Nieder-Schönhansen.

Die Prüfung der Wahl des Genossen Siege führte zu einer heftigen Debatte in der letzten Sitzung der Gemeindevorwahlen. Der Vorsitzende des alten Hausbesitzervereins Lecker Franzen hatte gegen die Wahl unseres Genossen Siegel eingeleitet. Als Hauptgrund wurde im Protest angeführt, daß dem Siege die Eigenschaften als Angehöriger fehlten. Franzen bezweifelte die Hausbesitzerqualität und beantragte die Stimmen, die auf Siege entfallen sind, für ungültig, und Herrn Wahl als gewählt zu erklären. Schöffe Thormann gab darauf einen ausführlichen Bericht über die Vernehmung des Genossen Siege. Das Hausgeld von 2000 M. sei schon vor drei Jahren bezahlt worden, der Anteil sei jedoch erst vor der Wahl nominal eingetragten worden, um keine Schwierigkeiten zu haben bezüglich der Hypothek. Ganz energisch verwahrte sich Herr Siege gegen die Behauptung, daß nur aus Parteierwägungen die Eintragung erfolgt sei. Alle übrigen Fragen seien zur Zufriedenheit beantwortet worden, die Bestimmungen der Landgemeindevorwahlen seien erfüllt, und müsse die Wahl für gültig erklärt werden. In der hierauf folgenden Debatte bezeichnete Herr Hermann Kuhmann die Angelegenheit als „Schiedung“, und erklärte, gegen die Gültigkeit zu stimmen. Unser Genossen Breitmann und Hellrich versuchten wiederholt an Hand der Landgemeindevorwahlen nachzuweisen, daß die Wahl für gültig zu erklären sei, insbesondere wiesen sie darauf hin, daß gerade Herr Franzen schon allerlei „Schiedungen“ gemacht habe, z. B. die Auffstellung eines Ausländers als Gemeindevorwähler, der damals glücklicherweise nicht gewählt wurde. Da die bürgerlichen Vertreter sich in der Landgemeindevorwahlen nicht zurecht finden konnten, wurde die Angelegenheit gegen die Stimmen unserer Vertreter bis zur Rückkehr des Bürgermeisters vertagt.

Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt die Linie 51 und 57 bis nach Schmörgendorf zu führen. Die Vertretung erklärt sich damit einverstanden, jedoch soll der Fahrpreis nicht erhöht werden. Auf Anregung des Genossen Hellrich soll die Direktion der Siemensbahn beantragt werden, die ersten Wagen bereits um 1/2 Uhr morgens vom Widmarplatz abgehen zu lassen; da sehr viele Arbeiter jetzt gezwungen sind, bis nach Pantow zu fahren. In die Einkommensteuer-Forschungskommission wurden unter anderem auch die Genossen Breitmann und Hellrich gewählt.

Die Studarbeiten für die Aula der höheren Mädchenschule wurden der Firma Schneider in Friedenau zum Preise von 8700 M. übertragen. Schöffe Thormann machte darauf aufmerksam, daß beim Fällen der Räume in der Kaiser-Wilhelm-Straße sämtliche Räume durch Ausströmen von Gas aus den dort verlegten Gasröhren vergiftet worden sind. Es wurde vorgeschlagen, der Gasanstalt strengere Vorschriften für die Verlegung von Gasröhren zu unterbreiten, damit der Baumbestand nicht noch weiter beschädigt wird.

Pantow.

Der Gemeindevorwahlen vom Dienstag lag ein Ortstatut betreffend die Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft zur Beschlußfassung vor.

Die Urache ist folgende: In Gemeinden über 15 000 Einwohnern muß die halbe Konzession, d. h. der Ausschank von Bier und Wein, ohne weiteres gestattet werden. Bei der ganzen Konzession, also auch Ausschank von Brauwein, muß die Bedürfnisfrage unterläßt werden. Hierbei entscheidet der Kreisaußschuß, natürlich nach Anhören der Ortbehörde. Da sich angeblich besondere Verhältnisse gezeigt haben, soll nach dem vorliegenden Ortstatut auch für die halbe Konzession die Bedürfnisfrage festgelegt werden. Der solide Gastwirtsstand soll hieron nicht betroffen, im Gegenteil vor den unläuteren Elementen geschützt werden. Die Vorlage, die in der Finanzkommission gegen eine Stimme angenommen wurde, fand in der Vertretung wenig Gegenliebe. Vor ein paar Jahren lag dieses Ortstatut schon einmal zur Beschlußfassung vor. Die beteiligten Gastwirte, die gehört werden müssen, erklärten sich zuerst für Annahme dieses Statuts, später aber und zwar auf Veranlassung ihrer Berufsorganisation, strifte dagegen. Wenige Tage vorher hatte ja die Generalversammlung der freien Gast- und Schankwirte in Cöln gegen die Bedürfnisfrage scharf Stellung genommen. So war es also verständlich, wenn in der Versammlung, mit Ausnahme des Bürgermeisters, niemand für die Vorlage eintrat. Unser Redner hatte sich bereits in der Kommission festgelegt. Wir haben Gewerbefreiheit, daher keine Veranlassung für ein Gewerbe diese aufzugeben. Diese Auffassung fand in der Versammlung Zustimmung. Nach langem Hin und Her wurde die Vorlage gegen zwei Stimmen abgelehnt, nicht einmal die Mitglieder der Finanzkommission stimmten dafür.

Eine Reihe anderer Punkte der Tagesordnung fanden schnell Erledigung. Für die große Reinigung der Kanäle in den Schulen wurden besondere Mittel bewilligt. Die Kanalisation der Grundbesitzer in der Berliner Straße für Benutzung der Ubergänge sollen zurückgezahlt, ebenso in Zukunft keine Gebühren mehr erhoben werden. Bei diesem Punkte gab eine Anfrage, wie es mit der Berliner Straße stände, dem Herrn Bürgermeister Gelegenheit, über den augenblicklichen Stand dieser Frage Auskunft zu erteilen. Bei Anlegung des Ribens des neuen Straßenbildes sind natürlich große Schwierigkeiten zu überwinden. Das Projekt sieht vor: Je sieben Meter Bürgersteige, je sieben Meter Köpfschulstraße, dann eine Mittelpromenade von zwanzig Meter Breite. Diese soll wieder zerlegt werden in acht Meter Promenade und je sechs Meter grüne Anlagen, in denen die Weise der Straßendahn verlegt werden sollen. Die Straße soll als eine Geschäftstraße gelten und daher die Vorgärten laßiert werden. Ausgesprochen ist die Vorlage beim Landrat, nachdem vorher schon verschiedene Instanzen gehört waren. Später hat sich der Zweverbandsaußschuß ebenfalls damit noch zu beschäftigen. Natürlich wurde die Schnellbahnfrage bei dieser Gelegenheit ebenfalls wieder erörtert. Ob doch oder Untergrundbahn dürfte im Herbst entschieden werden können. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamtes Pantow wurden die beiden Juristen Schöffe Stawig und Assessor Dr. Müller gewählt.

Unter Verschiedenem entwickelte sich eine große Diskussion über die Siemensbahn, die sich jetzt zum größten Teil im Besitz der Stadt Berlin befindet. Mit keiner Gesellschaft ist so schwer zu verhandeln, alle Anregungen und Beschwerden sind in den Wind gesprochen. Bewegliche Klagen wurden laut über die Behandlung der Fahrgäste. Wann wird es endlich bei diesem Verlehrsmissat besser werden?

Böschungental bei Sebnitz.

Der Arbeitergesangsverein „Reich voran“ (M. d. D. A. S. D.) feiert am Sonntag, den 21. Juli, im Lokal Waldhaus (Jah. Herm. Marx), Bärwolfstr. 10/11, sein viertes Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Gesang und Tanz. Da der Verein sich allen Veranlassungen der Arbeiterschaft bereitwillig zur Verfügung stellt, wird besonders auf das Fest hingewiesen.

Nowawes.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich Mittwoch, vormittags, am Hiesigen Wohnbau. Beim Ueberfahren einer Eisenbahnstrecke staukelte der bei den Altpfalterungsarbeiten beschäftigte Arbeiter Sauerstedt auf Potsdam und geriet mit der rechten Hand in ein Gefäß mit kochendem Teer. Da man schwere Verletzungen vermutete, schaffte man ihn sofort nach dem nahen Kronenbaue, wo ihm ein Verband angelegt wurde. Glücklicherweise waren die Verletzungen nicht so schwer, wie anfänglich befürchtet wurde.

Jugendveranstaltungen.

Nowawes. Die Arbeiterjugend unternimmt am Sonntag, den 21. Juli, eine Tagestour nach Schmörgendorf. Abmarsch 6 Uhr früh vom Siedelplatz. Rückkehr 70 Uhr. Die Eltern werden gebeten, ihre Söhne und Töchter auf diesen Ausflüge nach Nowawes aufmerksam zu machen und ihnen Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter in Hamburg. (C. d. 29.) Halle Berlin 3. Sonnabend, 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Kaiser, Reichensberger Str. 154: Mitgliederversammlung. — Halle Berlin 9. Sonntag, 21. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Wotrowitz, Berthelstraße 14: Mitgliederversammlung. — Halle Berlin 10. Sonnabend, 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Haber, Stephanstraße 11: Mitgliederversammlung. — Halle Lichtenberg II (früher Kammelsberg). Sonnabend, 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Gume: Mitgliederversammlung. — Halle R. u. S. 11: Sonnabend, 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Zäbber, Steinmehle 114: Mitgliederversammlung. — Halle T. e. g. l. Sonnabend, 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Kottke, Berliner Str. 92: Mitgliederversammlung.

Gefunden

wurde, das im

Konzert-Café Roland

181 Brunnenstr. 181

Mondschein-Nacht

mit überkroffen und die größte Erdenswürdigkeit Berlins H. Mitwirkung der beliebten Kapelle William Smith

Die größte Kanone!

Anfang tänstlich 9 Uhr abends. — Eintritt frei!

Fruchtsäfte

billiger!

Mit feinsten Raffinade eingekocht

Himbeersaft

Johannisbeersaft

Erdbeersaft

Kirschsaft

pro

Literflasche

Mk. 1.30

exkl.

Zitronensaft 1/2-Literflasche Mk. 1.10 exkl.

Zu haben bei Hermann Meyer & Co., Aktien-Gesellschaft, und in allen Geschäften, die unsere Waren führen.

Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Was ist eine Versammlung im Sinne des Reichsvereinsgesetzes.

Der Abgeordnete Dr. Seyda in Rattowitz ist Vorsitzender eines polnischen Komitees, das öffentliche Vorträge veranstaltet. Auf der Tagesordnung einer derartigen Vortragsversammlung am 23. April 1911 stand das Thema: „Zahnkrankheiten und Arbeitsunfähigkeit.“ Als der Vortragende die polnische Sprache gebrauchte, löste ein Polizeibeamter die „Versammlung“ auf, weil es sich um eine öffentliche Versammlung handele, wo gemäß § 12 des Reichsvereinsgesetzes die Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen seien.

Auf die Klage des Dr. Seyda gegen die Polizeiverwaltung zu Rattowitz erklärte der Bezirksaus-schuh die Auflösung für ungerechtfertigt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dieser Tage das Urteil, weil es sich hier um eine Veranstaltung handele, die nicht unter das Vereinsgesetz falle. Das Oberverwaltungsgericht ging von folgenden Erwägungen aus: Das Reichsvereinsgesetz enthalte keine Bestimmung des Begriffs „Versammlung“.

Dieser Begriff im Sinne jenes Gesetzes müsse daher aus dem Sprachgebrauch, der früheren Gesetzgebung und aus dem Reichsvereinsgesetz selbst, sowie aus seiner Entstehungsgeschichte bestimmt werden. Hiernach sei unter einer Versammlung zu verstehen eine geplante (nicht zufällige) Zusammenkunft einer größeren Anzahl von Personen zur Erreichung eines gemeinschaftlichen (nicht bloß gleichen) Zweckes.

Ohne entscheidende Bedeutung sei der Ort oder der Raum, wo die Versammlung stattfindet. Von Zusammenkünften anderer Art unterscheidet sich die Versammlung durch ihren Zweck. Während durch andere Zusammenkünfte nur persönliche Interessen jeder einzelnen der zusammengetroffenen Personen befriedigt werden sollen, bezwecke die Versammlung die Verfolgung eines dem Zusammenstehenden gemeinsamen Zweckes, eine Einwirkung auf die Allgemeinheit, und zwar eine Einwirkung auf den Willen der Versammelten, um ihr künftiges Verhalten auf dem, den Gegenstand der Erörterung bildenden Gebiete zu bestimmen.

Daher sind Zusammenkünfte zum Zwecke der Unterhaltung, Erheiterung, Belehrung oder des Kunstgenusses (Gesellschaftsspiele, Schaustellungen, Vorstellungen, Aufführungen und sonstige Lustbarkeiten, gemeinschaftliche Übungen in Gesang, Turnen u. dergl., wissenschaftliche Vorträge, gemeinsame Unterrichtsstunden, Vorlesungen usw.) keine Versammlungen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes.

Der bei der Einladung angegebene Zweck sei allerdings nicht unter allen Umständen entscheidend. Es komme vielmehr auf die tatsächliche Gestaltung an. Auch mit Lustbarkeiten usw. könne ein weiterer Zweck verbunden sein, der die Zusammenkunft zu einer Versammlung machen könne.

Zusammenkünfte, die nach dem Ausgeführten keine Versammlungen seien, seien auch dann nicht unter das Vereinsgesetz, wenn sie sich nicht auf einen geschlossenen Personenkreis beschränkten, sondern jedermann zugänglich seien. Die Vorschriften des Vereinsgesetzes fänden auf sie keine Anwendung.

Für die Veranstalter und Teilnehmer dieser Zusammenkünfte beständen also auch nicht die Verpflichtungen, deren Erfüllung durch das Vereinsgesetz für „Versammlungen“ vorgeschrieben sei, wie z. B. die Verpflichtung zur Unterlassung des Waffentragens und zum Gebrauche der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen, zur Einholung einer Genehmigung für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, zur polizeilichen Anzeige und zur Leitung von öffentlichen politischen Versammlungen.

Eine solche Zusammenkunft, die keine „Versammlung“ sei und nicht unter das Vereinsgesetz falle, sei die hier in Frage stehende Zusammenkunft, die lediglich dem Anhören eines belehrenden Vortrages über den Zusammenhang zwischen Zahnkrankheiten und Arbeitsfähigkeit dienen sollte. Der Gebrauch der polnischen Sprache sei deshalb in dieser Zusammenkunft, obgleich sie eine öffentliche gewesen sei, zulässig gewesen und die Auflösung unberechtigt.

Abermals die Lichtenberger Justiz gegen Jugendliche. Am 18. d. M. berichteten wir über die Verurteilung des Leiters einer Versammlung, in der über die Geschichte des Lehrlingswesens vor Jugendlichen gesprochen wurde, zu 50 M. Am Mittwoch fanden mehrere Jugendliche unter 18 Jahren wegen Besuchs der Versammlung vor demselben Gericht. Der Amtsanwalt beantragte Bestrafung. Das Gericht gelangte zur Freisprechung, weil den Angeklagten das Bewußtsein gefehlt habe, daß die Versammlung eine politische war.

Dies Bewußtsein konnten die Angeklagten auch nicht haben, weil das Thema keineswegs ein politisches war, und weil es sich auch nach der oben wiedergegebenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts um keine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes handelte.

Eine neue Eulenburgeri? Am 2. Januar d. J. ist in Frankfurt a. O. ein Familienvater durch den Forstfasser v. Knobloch niedergestreckt worden. Inzwischen ist dieser auf seinen Gesundheitszustand untersucht und für genügend rechenfähig erachtet worden. Es war auch schon einmal eine Verhandlung angelegt. Sie wurde aber kurz vor dem Termin abgesetzt, weil erst noch ein Obergutachten über den Gesundheitszustand des Angeklagten eingeholt werden sollte. Seitdem ist wieder Ruhe über diesen Fall. Fast macht es den Anschein, als wenn wir einer neuen Eulenburgeri entgegengehen. Eigenartig, daß gerade ablige Herren fast dauernd verhandlungsunfähig werden.

Verband der Tapezierer. In der Quartalsversammlung der Filiale Berlin, die am Donnerstagabend bei Wendt in der Beuthstraße stattfand, erstattete Biewitz den Geschäftsbericht für

Zusammenkünfte, die nach dem Ausgeführten keine Versammlungen seien, seien auch dann nicht unter das Vereinsgesetz, wenn sie sich nicht auf einen geschlossenen Personenkreis beschränkten, sondern jedermann zugänglich seien. Die Vorschriften des Vereinsgesetzes fänden auf sie keine Anwendung. Für die Veranstalter und Teilnehmer dieser Zusammenkünfte beständen also auch nicht die Verpflichtungen, deren Erfüllung durch das Vereinsgesetz für „Versammlungen“ vorgeschrieben sei, wie z. B. die Verpflichtung zur Unterlassung des Waffentragens und zum Gebrauche der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen, zur Einholung einer Genehmigung für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, zur polizeilichen Anzeige und zur Leitung von öffentlichen politischen Versammlungen.

Eine solche Zusammenkunft, die keine „Versammlung“ sei und nicht unter das Vereinsgesetz falle, sei die hier in Frage stehende Zusammenkunft, die lediglich dem Anhören eines belehrenden Vortrages über den Zusammenhang zwischen Zahnkrankheiten und Arbeitsfähigkeit dienen sollte. Der Gebrauch der polnischen Sprache sei deshalb in dieser Zusammenkunft, obgleich sie eine öffentliche gewesen sei, zulässig gewesen und die Auflösung unberechtigt.

Abermals die Lichtenberger Justiz gegen Jugendliche.

Am 18. d. M. berichteten wir über die Verurteilung des Leiters einer Versammlung, in der über die Geschichte des Lehrlingswesens vor Jugendlichen gesprochen wurde, zu 50 M. Am Mittwoch fanden mehrere Jugendliche unter 18 Jahren wegen Besuchs der Versammlung vor demselben Gericht. Der Amtsanwalt beantragte Bestrafung. Das Gericht gelangte zur Freisprechung, weil den Angeklagten das Bewußtsein gefehlt habe, daß die Versammlung eine politische war.

Dies Bewußtsein konnten die Angeklagten auch nicht haben, weil das Thema keineswegs ein politisches war, und weil es sich auch nach der oben wiedergegebenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts um keine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes handelte.

Eine neue Eulenburgeri?

Am 2. Januar d. J. ist in Frankfurt a. O. ein Familienvater durch den Forstfasser v. Knobloch niedergestreckt worden. Inzwischen ist dieser auf seinen Gesundheitszustand untersucht und für genügend rechenfähig erachtet worden. Es war auch schon einmal eine Verhandlung angelegt. Sie wurde aber kurz vor dem Termin abgesetzt, weil erst noch ein Obergutachten über den Gesundheitszustand des Angeklagten eingeholt werden sollte. Seitdem ist wieder Ruhe über diesen Fall. Fast macht es den Anschein, als wenn wir einer neuen Eulenburgeri entgegengehen. Eigenartig, daß gerade ablige Herren fast dauernd verhandlungsunfähig werden.

Versammlungen.

Verband der Tapezierer. In der Quartalsversammlung der Filiale Berlin, die am Donnerstagabend bei Wendt in der Beuthstraße stattfand, erstattete Biewitz den Geschäftsbericht für

das zweite Quartal 1912. Die Arbeitsverhältnisse lagen sehr schlecht, die Arbeitslosigkeit im Gewerbe erstreckte sich auf alle Branchen. Die Schlichtungskommission hatte sich mit vielen Beschwerden über die Nichteinhaltung der Bestimmungen des Tarifs zu beschäftigen. Verschiedene Sperten mußten verhängt werden. Der Redner besprach die einzelnen Differenzen und betonte, daß sehr viel darauf ankomme, ob die Arbeiter selbst einig und nachsichtig sind, daß der Tarif eingehalten werde. Neueingestellte Arbeiter dürften nie veräugen, einen Schein vom Arbeitsnachweis vorzulegen. — Die Mitgliederbewegung zeigte einen Zugang von 228, darunter 22 Zugereiste, und einen Abgang von 288 Mitgliedern, darunter 20 Abgereiste. Am Schluß des ersten Quartals wurden 1980 Mitglieder, darunter 100 Männer, gezählt, am Schluß des zweiten Quartals 1920 Mitglieder, darunter 87 Männer. — In der Berichtszeit fanden 4 allgemeine (darunter die Kreisversammlung), 2 Magazinarbeiten, 2 Kleberversammlungen, eine Männer- und eine Bezirksversammlung statt, ferner 11 Sitzungen der Ortsverwaltung, 5 Sitzungen der Schlichtungskommission und 2 Vertrauensmännerkonferenzen. Der Kassensbericht, von Szilinski vorgelegt, ergibt für die Lokalfasse im zweiten Quartal eine Einnahme von 6448,38 M., eine Ausgabe von 4298,82 M. und einen Kasienbestand von 89117,64 M. gegenüber einem Bestand von 80968,10 M. am Schluß des ersten Quartals. — Die Abrechnung der Hauptkasse zeigt eine Bilanz von 12160,75 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Reiseunterstützung an 82 Mitglieder 64 M., Arbeitslosenunterstützung an 108 Mitglieder 3804,25 M., Krankenunterstützung an 81 Mitglieder 547,50 M., Sterbegeld für 9 Mitglieder 250 M., Lohnbewegung 1108,50 M., Gemahregeldunterstützung, 1 Mitglied, 13,30 M., sonstige Unterstützung 20 M. Die Berichte riefen keine Diskussion hervor. Der Bericht über die Tarifstatistik, der noch auf der Tagesordnung stand, wurde wegen des mangelhaften Besuches der Versammlung (der auf die herrschende Hitze zurückgeführt wurde) vertagt. — Einige Anträge der Vertrauensmänner, interne Verbandsangelegenheiten betreffend, fanden die Zustimmung der Versammelten. Der Ausschluß des Mitgliedes Otto Klein, der Arbeitswilligendienst geleistet hatte, wurde einstimmig gutgeheißen.

Schuhwarenhaus „Kottbuser Damm“ 12a eine Treppe

gibt Lesern dieser Zeitung 5 Proz. in bar! Biete reichhaltigste Auswahl reeller Schuhwaren zu festen aber auffallend billigen Preisen.

Herrenstiefel von 675, Damenstiefel von 575 an Großes Lager in Sandalen und Turnschuhen.

Berliner Ulk-Trio

Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L.

10 Mark Monatszahlung oder 25.— M. vierteljährlich liefert elegante Herrengarderobe nach Maß unter Garantie für ladellosen Sitz. Goldstein Seit 1892: Post-Str. 51. Rahlschneiderei - gr. Stofflager.

Möbel Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

Feine Wurst- u. Fleischwaren Spezialität: Landshinchen.

Oskar Klähn, Kottbuser Damm 3.

- Ospr. Landshinchen . . . 1,20
H. Kollshinchen . . . 1,25
Defikateshshinchen . . . 1,20
Rachshinchen . . . 1,25
Schinkenpied . . . 1,18
Landspied, fett u. mager . . . 0,88
Frischfleisch . . . 0,65
Fleischwurst . . . 0,65
Sommerische Landfleischwurst . . . 0,95
Fleischwurst . . . 0,95
H. Kalbsfleischwurst . . . 1,05
Hollsteiner Schinkenwurst . . . 1,25
Salami . . . 1,35
H. Leinwurst . . . 1,20
Bei Abnahme von 5 Pfd. Wurstwaren 5 Pfd. pro Pfund Preisermäßigung.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen. Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3. Zöpfe- und Perückenfabrik.

Schutz gegen die große Hitze!



Leichte Herren-Anzüge

- 1650 1850 2450 2650 2750
2950 3400 4000 5000 65M.

Federleichte Lüster-Jackets

- 360 410 650 750 850 1050
12-16 M.

Leinen Jacketts und Joppen

von 3 M. an.

Leinen Beinkleider

von 250 M. an.

Weißer Strand-Hosen

aus Satin u. Cheviot von 350 M. an.

Knaben-Wasch-Anzüge

von 150 M. an.

Jünglings-Wasch-Anzüge

von 200 M. an.

Waschblusen

von 50 Pf. an.

Wo haben Sie Ihre leichte Kleidung gekauft? Bei M. Schulmeister Berlin SO. 26 Dresdener Str. 4 Eckhaus am Kottbuser Tor.

Nur noch 2 billige Tage!



Nutzen Sie die Gelegenheit aus. Sie schaffen sich einen grossen Vorteil, wenn Sie die zum Saisonverkauf gestellten Waren erstehen. — Es handelt sich um einzelne Piecen und Bestände moderner

Anzüge, Ulster, Knaben-Anzüge, Leichter Kleidung, Beinkleider etc.

die teilweise noch unter der Hälfte des bisherigen Preises abgegeben werden. — So z. B.:

- Jackett-Anzüge z. T. def. 2650
früher bis 42,00 jetzt
Coul. Rockanzüge 3600
früher bis 75,00 jetzt
Knaben-Anzüge z. T. def. 700
früher bis 18,00 jetzt
Beinkleider z. T. def. 650
früher bis 10,00 jetzt

Gottlieb Weiß

Schöneberg, Hauptstraße 161 Ecke Stubenrauch-Strasse

H. Joseph & Co., Neukölln.

Unsere Propaganda

H. Joseph & Co.
Neukölln.

Tage



sollen den **weitesten Kreisen**

Während der Propaganda-Tage

Freie Fahrt

nach unserem Geschäftshause.

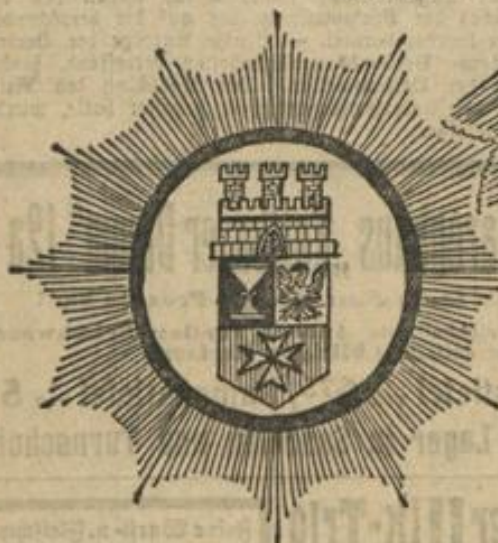
der Um-
gebung
Neuköllns den
Beweis
unserer
Leistungsfähig-
keit geben.

Man verlange ausserdem
Rabatt - Marken!

Bei einem Einkauf*) von je M. 1.— wird an
unsere Kassen ein Omnibus-Fahrschein für
5 Pf. vergütet

Bei einem Einkauf*) von je M. 2.— wird an
unsere Kassen ein Elektr. Bahnfahrschein für
10 Pf. vergütet.

*) Lebensmittel und einige Markenartikel sind hierbei ausgeschlossen.



Ein Posten reinwollener Kleiderstoffe, für Strassen-
und Hauskleider geeignet
Ein Posten 115 cm breiter Mohair mit starkem Seldenglanz
Ein Posten Vellé mit seidnen Effekten für Kleider und
Büsch
Ein Posten Kostümstoffe, 115-130 cm

Enorm billig!
zirka **2500** Stück
Trikotagen
bestehend aus Macco-Hemden,
Macco-Hosen, Normal-Hosen
und Hemden, div. Qualitäten u.
Ausführungen, zum
Teil Musterstücke
durchweg Stück **1.45**

Herren-Artikel
Selbstbinder gute Stoffe **75, 58 Pf.**

Oberhemden
ge mustert,
aussergewöhnlich
preiswert
Stück **1.95**

Wirtschafts-Artikel
Spirituskocher **42, 30, 24 Pf.**

2 Gasplättchen m. Erhitzer **4.25**
Bolzenplättchen verblecht **1.95**
Spiritusplättchen **5.95, 4.95, 3.95**
Fruchtpressen „Trutti“ **5.95**
Gaskocher **1.65, 1.25, 68 Pf.**
do. 1 Loch u. 1 Wärmer **3.45**
do. 2 Loch u. geschloss. **6.95**
Wandkaffeemühl. **2.95, 2.25**
Kaffeemühl. Holz . . . **95 Pf.**
Aermelplättbretter **65, 42 Pf.**
Plättbretter Pa. Besatz, m.
Blechbesch. **1.95**
1 Post. Tischmesser **18 Pf.**

Glas
Glasteller **4 Pf.**
Glasteller Steinschliff-
imitation **6 Pf.**
Milchsatten **7 Pf.**
Kompotieren Steinschliff-
imitation **35, 24, 15, 10 Pf.**
Zuckerschäl. Steinschliff-
imit. **20 Pf.**
Käseglocken Weisschliff-
imit. **48 Pf.**
Zitronenpressen **7 Pf.**
Pfefferstreuer **8 Pf.**
Bierbecher m. Bordüren
1/2 Liter **10 Pf.**
Biertulpen mit Bordüre
2 Liter **20 Pf.**
Klimache-Gläser
1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5 Ltr.
6, 7, 9, 14, 17, 24, 34, 45 Pf.

Damen- u. Kinder-Konfektion
Backfischkleider aus reinwoll.
kleidam, auch für Konfirman-
dinnen passend, bisheriger
Preis bis 17.50, jetzt **12.50**
Alpaka-Mäntel schw. u. marine
m. Herrensrover
oder breitem Kurbelkragen, bis-
heriger Preis bis 17.50, jetzt **10.50**
Stickerkleid. letzte Fassons,
gute Stoffe, bisher. Preis
bis 19.00, jetzt **10.50**
Ein Posten
Weisse Batist-Blusen
reisende-Neubelien halstfrei u.
geschloss., bisheriger
Preis bis 2.65, jetzt **1.65**
Zephir-Hemd-Blusen
fein gestr. Dessins mit Perl-
muttköpfen, regulärer
Wert 2.60, jetzt **1.45**

Reste und Abschnitte
von Zephir u. baumw. Musselins
und weissen Wasch-
stoffen, jeder Coupon
bis 2 1/2 Mtr.
jetzt **78 Pf.**

Wäsche
Damen-Schulter-Schluss-Hemden
Damen-Phantasie-Hemden,
Kniebeinkleider

prima
Stoffe,
mit
releher
Sticker-
Garnier,
und
Langgett.

Garantie-Markttasche **2.85**
1 Jahr Garantie
Besuch-
tasche
eleganter mit
Bügel **95 Pf.**
Landpar-
tickoffer
m. Blechhaus
95 Pf.
Blumenvase elegante
Ausführung **2.50**
Likör-Service mit Ta-
blett, Flasche u. 6 Gläser **95 Pf.**
Jardiniere elegante Aus-
führung **95 Pf.**

Der grösste Schlager!
1 fein versilb. Rasier-
Apparat mit 2 Messern
im eleg. Etui **1.10**

Auswaschbare Schweiß-
blätter „Blusen-
schutz“ Paar **98, 70 Pf.**
Damen-Strumpfhalter
aus starkem Hosenträger-
Gummibd., alle Farb. Paar
35 Pf.
Damen-Strumpfband
m. Schliefe, alle Farb. Paar
32 Pf.
Feder-Druckknöpfe
schwarz und weiss, rost-
frei, in 3 Grössen, Gros
65 Pf.

Briefpapier
50 Bogen, 50 Kuverts
mit Futter, f. Letztensprez.
Hausmarke „Neukölln“ **75 Pf.**

Kinder-Waschkleider einfarb.
und gestreift, in allen Grössen,
bisch. Preis bis 6.75, jetzt **3.75**
Batist-Kinderkleider m. feinen
Einsätzen, bisheriger Preis
bis 11.50, jetzt **6.50**
Moderne Kostüm-Röcke
aus Stoffen engl. Art, moderne
Schneitte mit Knopfgarnit.,
bisch. Preis bis 12.50, jetzt **8.50**
Wasch-Unterröcke gestreift, in
Farben, plissiert, Volant,
mit Besatz, Extrapreis jetzt **1.35**
Teppiche, Gardinen etc.
Jute-Perser-Teppiche zwei-
schöne Must. **13.50, 8.75, 5.75**
Pa. Velours-Teppiche schwere
Qualität **44.50, 36.50, 24.75**
Tischdecken bestickt oder ge-
webt. **5.50, 3.50, 1.95**
Tischdecken Mohair-Filzsch
in reich. Ausw. **16.50, 11.50, 7.50**
Steppdecken mit Trikot-
oder Jacquardmuster **6.75, 4.95, 2.95**
Steppdecken Handarbeit, eigen.
Fabrikat **11.75, 10.75, 7.95**
Schlafdecken in Wolle, Halb-
und rein Kamelhaar **16.50, 12.75, 9.75, 6.50, 3.35**
Tüll-Gardinen Fenster
= 2 Flügel. **8.75, 6.50, 2.35**
Tüll-Stores gewebt **5.50, 1.95**

Baumwoll-Waren
Hemdentuch Pa. Elsass.
Qualität, Mtr. **35 Pf.**
Pa. Elsass. Renforcé
Wert 65 Pf. **45 Pf.**
Weiss Körperbarchent
Wert 65 Pf. **43 Pf.**
1 Bezug mit 2 Kissen
prima Hemdentuch **3.75**
Ein Posten
Schürzenstoffe ca. 120 cm
Gr. Mtr. **48 Pf.**
Jacqu.-Tischtücher
reinsilber, 130-160 **2.55**
Kaffeegedecke m. Serv. **2.85**
Wischtücher 60-66, ges.
u. g.-b. Dtz. **1.90**
Küchenhandtücher
Drell 66/100, 1/2 Dtz. **3.15**
Damentaschentücher
mit Hohlraum u. farbiger
Kante, Wert 2.45, 1/2 Dtz. **1.45**
Batist-Tücher ringsum
bestickt **25 Pf.**
Reinl. Batist-Tücher
mit Hohlraum **1.25**

Ein gr. Posten Schürzen

zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Kinder-Ref-
Hänger gestr.
Haustuch mit
Kimono-Arm,
2 Teil m. boh.
Pliссeausatz
Gr. 45-55 60-70 cm
95 Pf. 1.10
Kinder-Ref-
Hängerschw.
Panama mit Bortengar-
nierung, Gr. 45-70 cm
95 Pf.
Kinder-Reform-Hänger
Pa. gep. Satin m. Kimono-Arm
Gr. 45-55 60-70 cm
1.10 1.25
Kinder-Reform-Hänger
Pa. türkeisch Satin mit hohem
Pliссeausatz
Gr. 45-60 65-80 cm
1.45 1.85
Knaben-Schürzen mit Bild
Gr. 45-55 cm **95 Pf.**

Dam-Blusen-
Schürzen m.
Borte u. Bind.
gsp. siert **95 Pf.**
Damen-Re-
form-Häng.
marine-weiss,
Pa. Cretoune m.
gest. Borte **1.95**
Damen-Re-
form-Häng.
Haustuch, voll-
kommen weiss,
m. Vo. **1.25 95 Pf.**
Haus-Schürzen extra
weiss m. Volant u. Tasche **95 Pf.**
Tändel-Schürzen mit Träger,
türkeisch gemustert. **95 Pf.**
Blusenform
Tändel-Schürzen mit Träger
Empireform, weiss ge-
streift Mull m. br. Stck. **95 Pf.**

Alpaka.
Esslöffel **38, 30, 24 Pf.**
Teelöffel **22, 18, 15 Pf.**

Braunes Geschirr
Töpfe braun,
flach **20, 15, 12 Pf.**
Bündel-Töpfe 6 Stück **46 Pf.**
Kaffeekannen br. **35, 28 Pf.**
Schüsseln **20, 15, 12 Pf.**
Kuchenform **45, 35, 20 Pf.**
Satten innen weiss **28, 22, 18 Pf.**
Einn.-Töpfe **40, 32, 25 Pf.**
Blumentöpfe **6, 4, 3, 2 Pf.**
Kaffeetisch **innen weiss 7 Pf.**
Eisschränke **4.00, 23.00**
Leitern Stufe **35 Pf.**
Schnell-Dampf-Wasch-
maschine „Clara“
statt 54.00, jetzt **38.00**

Porzellan
Kaffeekannen bunt **58, 38 Pf.**
Obertassen bunt **8 Pf.**
Tassen m. Untertasse, bunt **12 Pf.**
Kuchenteller hochfein
Dekor. **28 Pf.**
Dessertteller weiss **9 Pf.**
Kaffeekannen weiss-gold
massiv **95 Pf.**
Gemüseplatten bunt **48 Pf.**
Saucieren bunt **65 Pf.**
Terrinen bunt, oval **95 Pf.**
Zuckerrosen bunt **15 Pf.**
Speiseteller Pastel **15 Pf.**

Emaile
Eimer dekor., 25 cm **95 Pf.**
Wannen oval **95 Pf.**
Zwiebel-Behält. „Delt“ **90 Pf.**
Klosettbürst.-Behält.
„Delt“ **90 Pf.**
Füll- u. Schaumlöffel
zum Ausgüssen . Stück
18 Pf.
Waschschüsseln mit
Seifennapf **48 Pf.**
Eimer dekor., m. Deckel
u. Messingbügel **1.95**
Petroleumkannen 2 1/2
Inh. **95 Pf.**

**Blech-
waren**
Gießkannen,
lackiert
45, 35 Pf.
Gießkannen lackiert,
ca. 9 Liter Inhalt **95 Pf.**
Fliegenglocken **45, 35, 28 Pf.**
Gazedeckel **25, 22, 18, 15 Pf.**
1 Posten Brotschalen
m. Nickel-u. Handdurchs. **45 Pf.**
Waschkörbe gross **95 Pf.**
circa 3000 Glührümpfe
Prima inkl. Steuer Stück **20 Pf.**

Neukölln, H. Joseph & Co., Berliner Str. 54-55
Ecke Jäger-Strasse